

NEUE ZEIT



Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH FRIEDRICH SCHLEGEL“
1501 Plötzke, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

DER ROTE OKTOBER IN MEINEM LEBEN
Interviews auf dem Schloßplatz



SDI-GEISELN?

Die Vernichtung der Kernwaffen ist die einzige Garantie der Zukunft der Erde. Reykjavik wird vor allem deshalb ein extraordinäres diplomatisches Ereignis genannt, weil es die Realisierbarkeit dieses Ziels erwiesen hat. Möglich ist nicht nur eine Reduzierung, sondern auch die volle Vernichtung von Kernwaffen. Eine wahrhaft historische Vereinbarung wurde, als bis zum endgültigen Abkommen nur noch ein Schritt blieb, amerikanischerseits vereitelt. Washington war nicht bereit, auf das Wettrüsten zu verzichten.

Den Ton gibt da der Militär-Industrie-Komplex an. Die 300 Md. Dollar im Jahr sind viel zu verlockend, um auf sie ohne weiteres zu verzichten, und das wäre der Fall, wenn das Wettrüsten und seine Lokomotive, die Star-War-Pläne, aufgegeben worden wären. Zumindest müßten die Rüstungsindustriellen dann ihren Appetit mäßigen. Gäbe es keine solchen Pläne, so müßten sie — nach deren Logik — erfunden werden.

Es bestehen auch andere Berechnungen, von Washington geostrategisch genannt. Mit der ihm eigenen Gradlinigkeit formulierte Verteidigungsminister Weinberger sie: "Wenn wir ein System in der Hand haben, das wirksam sein und ihre" (die sowjetischen) "Rüstungen ineffektiv machen kann, kehren wir zu der Situation zurück, in der wir uns befanden, als wir die einzige Kernwaffenmacht waren."

Ja, das war ein "goldenes Zeitalter" für die USA: eine Sowjetunion nach dem blutigsten aller Kriege; beide Hauptkonkurrenten der USA im Kampf um die Märkte und Einflußsphären, Europa und Japan, ein Trümmerfeld; schließlich die Atombombe der USA als Gewähr ihrer Weltherrschaft. Jene Zeit zurückzuholen, wurde nach und nach zu einer fixen Idee.

Doch das Argument Atombombe wurde von der Zeit geschlagen. Eben deshalb waren die Übereinkünfte in Reykjavik möglich. Jetzt setzt man auf einen "technologischen Vorstoß" in den Weltraum, auf eine neue Wunderwaffe als Ergebnis modernster Forschungen und Technologien (siehe S. 18--19). Das eine Wettrüsten wird durch ein anderes, noch kostspieligeres und gefährlicheres ersetzt. Das geschieht vor unseren Augen.

Die "Strategische Verteidigungsinitiative" wird als "Schild gegen Raketen" hingestellt. Was soll aber der Schild, wenn kein Raketenschwert erhoben wird? Eine befriedigende Antwort auf diese Frage wurde nicht gegeben. Um so klingender werden die Worte um SDI: Neuerdings ist sie eine "Versicherungspolice" für den Fall, wenn Betrug vorläge oder ein Verrückter mit einer Atombombe auftauchte. Eine "Versicherungspolice", die mehrere Billionen Dollar kostet? Wer wird denn so naiv sein? Das ist ein Wechsel, den die Menschheit mit ihrer Zukunft bezahlen müßte.

POST

Die Aufbauleistungen des Sowjetvolkes sind fürwahr faszinierend. Aus Büchern und Zeitschriften weiß ich einiges über die Lage in Ihrem Land 1917 und heute, 1986. Nachdem Ihr Volk im Krieg, der einen Großteil Ihres nationalen Reichtums zerstörte, standgehalten hat, kann man mit Fug und Recht sagen, daß ein solches Volk zu wahren Großtaten fähig ist. In Ihrem Land gab es stets Menschen, die nicht nur hervorragend mit den schwierigsten Situationen fertig wurden, sondern es auch vermochten, die Achtung der Völkergemeinschaft für die Sowjetunion zu erringen.

Gregorio GONZALEZ GARCIA

Madrid, Spanien

Die Friedensoffensive der KPDSU ist die einzige Politik, die das Leben auf Erden, frei von Spannungen, zu gewährleisten vermag. Alle Entwicklungsländer, darunter auch Bangladesch, wo ich lebe, werden ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung nur in einem dauerhaften Frieden erreichen können. Ich hoffe, daß alle demokratischen und progressiven Kräfte des Planeten die große Bewegung für Stabilität, Harmonie und Frieden unterstützen werden.

Zakir AHMED
Dakka, Bangladesch

Ihre Friedensanstrengungen geben uns, allen, die wie Sie den Weg des sozialistischen Aufbaus gehen, Hoffnung auf eine schöne, friedliche Zukunft. Alle Völker der Welt brauchen den Frieden. Doch wir Vietnamesen, die wir so viel in den Jahren des schmutzigen US-Krieges durchgemacht haben, fühlen uns besonders dem Frieden verpflichtet. Wir glauben fest daran, daß ein Nuklearkrieg verhindert werden kann. Gewähr dafür ist die Friedenspolitik Ihres Landes.

Hoang Huu PHUOC
Ho-Chi-Minh-Stadt, Vietnam

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

45 November
1986

Gründungsjahr 1943

12
Polen.

Gemeinsame Betriebe

14
Lehren des Kopenhage-
ner Kongresses

15
Moslems im Frie-
denskampf

16
Fünf Interviews auf dem
Schloßplatz

20
USA.
Sackgassen der Des-
information

32
Schach. Die Argumente
Andrej Sokolows

Wort des Redakteurs (1),
Panorama (6),
Biographisches (13), Perso-
nalien (30), Diskussion mit
dem Leser (31)

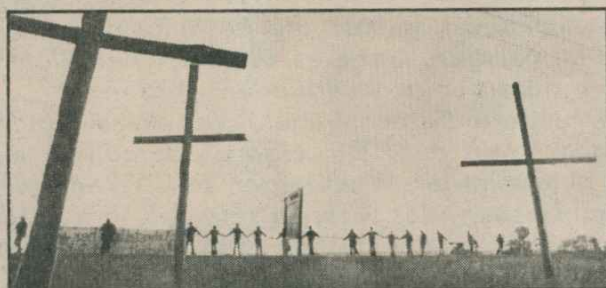
Erste Umschlagseite:
Foto von W. Baranowski
Zweite Umschlagseite:
Plakat von D. Moor [1921]



SANDINISTAS SIND ZUKUNFTSGEWISS

25 Jahre Sandinistische
Nationale Befreiungsfront

S. 25



KEINE RUHE IM HUNSRÜCK

Einst friedliche Gegend,
heute US-Waffendepot im
Südwesten der BRD

S. 10



SDI ENTTARNT

In Reykjavik erwies sich
SDI als Stolperstein. Was
macht das Star-Wars-
Programm für Washington
so anziehend?

S. 18

PROBLEME KLÄREN

Interview mit dem Kan-
didaten des Politbüros des
ZK der KP Vietnams,
Außenminister Nguyen Co
Thach zu Problemen der
kollektiven Sicherheit im
asiatisch-pazifischen Raum

S. 9



BENIN. HELDENPLATZ

Im Januar 1977 schlugen
die Einwohner von Coto-
nou hier die ausländischen
Söldner zurück. Mit diesen
Platz beginnt unser Bericht
vom neuen Leben diese
Landes

S. 2

CHINAS HERKULES

So nannte Maxim Gorki
den hervorragenden chine-
sischen Revolutionär Su
Yatsen

S. 2

EIN KIND DES FRIEDENS

So heißt ein sowjetisch-
amerikanisches Theater-
stück, das in den US
nicht nur freundliche, son-
dern auch feindliche Auf-
nahme findet

S.

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur],
A. PUMPIANSKI [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

GEDANKEN IM OKTOBER

Wadim SAGLADIN

Jeder Jahrestag des Roten Oktober läßt die Menschen erneut nachdenken — über den zurückgelegten Weg und die Pläne für die Zukunft, über die Lehren aus der Vergangenheit und die Aufgaben für das Morgen, über die Größe des Geleisteten und über das unermeßlich Viele, was noch bevorsteht...

Vielleicht läßt der jetzige, der 69. Jahrestag der Oktoberrevolution die Menschen besonders intensiv nachdenken: Findet er ja in einem überaus dynamischen, von neuen Ideen und neuen Taten erfüllten geschichtlichen Abschnitt unseres Landes statt. In einer Zeit der Umgestaltung und des Entstehens von Neuem, wenn viele schon eingebürgerte Vorstellungen revidiert, wenn die alten Formeln mit einem neuen Sinn erfüllt werden und neue Begriffe entstehen, wenn jeder Tag soviel mit sich bringt wie sonst Wochen, ja Monate — nach Maßstäben selbst der jüngsten Vergangenheit.

Doch gerade durch die Beschleunigung unserer Entwicklung, durch die Kompliziertheit, die Vielschichtigkeit der von der Partei und dem Volk in Angriff genommenen Aufgaben, wegen der Breite der sich heute besonders klar auftuenden Perspektiven wird man sich der Bedeutung des Ereignisses bewußt, das unsere sozialistische Dynamik insgesamt ebenso wie unseren heutigen Vormarsch in das Morgen einleitete: die beispiellose Bedeutung des Roten Oktober.

Viele bedeutsamste Ereignisse der Vergangenheit, darunter auch viele Revolutionen, die großen Einfluß auf ihre Epochen hatten, erschöpften sich später. Die von ihnen hervorgerufenen mächtigen Ströme der Erneuerung versandeten, wurden trübe und trockneten später gleichsam aus.

Anders beim Roten Oktober. Die "Zehn Tage, die die Welt erschütterten", erwiesen sich nicht als einmalige Entladung eines Blitzes, nein, sie brachten eine starke, unversiegbare Energiequelle hervor, die auch heute den Motor der Geschichte antreibt und jenen — gerade jenen — Kraft gibt, die aufrichtig nach einer immer tieferen Erneuerung des Lebens der Menschen streben. Jenen — und gerade jenen —, die nicht nur diese Erneuerung wollen, sondern es auch verstehen, mit dem mächtigen Energieträger Sozialismus umzugehen. So geschah es erstmals in der Geschichte. Und so konnte es nur geschehen, weil der Rote Oktober nicht einfach eine Revolution unter anderem war, sondern eine Revolution, die die grundlegende

soziale Wende im Leben der Menschheit verwirklichte.

In der Menschheitsgeschichte gab es verschiedene Zeiten. Zeiten der Stagnation, auch Rückschläge. Trotzdem führte die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt aufwärts, von einer Stufe des Fortschritts zur anderen. Auf diesem Weg hat sie sehr, sehr viel erreicht. Kein Marxist will das negieren.

Man kann aber auch eine andere Seite der Sache nicht übersehen. In Jahrtausenden hat sich die Zivilisation auf der Grundlage des Privateigentums entwickelt. Grundlage aller Erfolge, ihr Quell war die Ausbeutung der Arbeit der einen — der Sklaven, der Bauern, der Proletarier — durch die anderen, die Besitzer der Produktionsmittel...

Teufelskreis gesprengt

Die Früchte der Zivilisation vergangener Epochen fielen nur wenigen zu. Die Mehrheit aber, die Masse, blieb stets nur Objekt der Geschichte. Im Grunde kam es so, daß je größere Möglichkeiten die Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft, Technik und Kultur eröffnete, desto geringer der Anteil war, der zum Wohle der unmittelbaren Produzenten genutzt wurde. Und wenn ihnen überhaupt etwas zufiel, dann nur im Ergebnis eines harten Klassenkampfes, angespannter, nicht selten blutiger sozialer Schlachten.

Dieser Teufelskreis wurde vom Roten Oktober gesprengt. Er kennzeichnete nicht nur den Übergang von einer sozialökonomischen Formation zu einer anderen, höheren. Er begann mit der Beseitigung der jahrhundertlangen Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln und leitete eine Ära der Befreiung der Arbeit, der Befreiung der Menschheit ein.

"Die Große Sozialistische Oktoberrevolution", heißt es im Programm der KPdSU, **"wurde zum Wendepunkt der Weltgeschichte, sie bestimmte die Haupttrichtung und die Grundtendenzen der Entwicklung in der Welt, sie leitete den unumkehrbaren Prozeß, die Ablösung des Kapitalismus durch eine neue, die kommunistische ökonomische Gesellschaftsformation, ein"**.

Nach dem Roten Oktober vollzogen sich weitere sozialistische Revolutionen. Sie entrisen der Klassen- und der nationalen Unterdrückung die Völker von gut 15 Ländern. Jede von ihnen verdient

größte Achtung, jede leistete ihren einmaligen Beitrag zur Sache des sozialen Fortschrittes. Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft, die erstmals ihre Verkörperung im Roten Oktober fanden, behaupteten sich im Ergebnis nicht nur, sondern wurden vertieft. Die neuen Erfahrungen erlaubten es, besser ihren Inhalt zu verstehen, bereicherten die Theorie und die Praxis des Kampfes für die Erneuerung des menschlichen Lebens.

Und doch konnte nichts von dem, was sich nach dem 25. Oktober (7. November) 1917 ereignete, die Grundtatsache auslöschen: daß gerade unsere Revolution die erste war, gerade sie den Völkern den Weg zur nationalen und sozialen Emanzipation wies, daß der Sozialismus erstmalig in der Geschichte seinen vollen und endgültigen Sieg in unserem Lande feierte.

Jene, die den Winterpalast erstürmten, die die Attacken der inneren Konterrevolution und der Interventionen abwehrten, meinten bisweilen: Nach dem Sieg der Revolution sei das Reich der Freiheit angebrochen, weiter werde alles leicht und einfach, wie von allein gehen. Das war ein Irrtum. Ein verständlicher Fehler, ein Fehler, hervorgerufen durch revolutionären Optimismus, durch größte Hoffnungen, doch nichtsdestoweniger ein Fehler.

Nein, der Weg zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft erwies sich keineswegs als einfach und leicht. Und das nicht nur, weil zur Zeit der Revolution unser Land arm, rückständig, vom Krieg verheert war. All das mußte sich verständlicherweise auf das Tempo auswirken, bisweilen auch auf den Charakter der Umgestaltungen. Doch das Wichtigste war etwas anderes.

So hat den Kapitalismus niemand bewußt errichtet — der Prozeß seiner Schaffung trug spontanen Charakter. Bereits im Schoße seines Vorgängers, des Feudalismus, entstanden die neuen bürgerlichen sozialökonomischen Verhältnisse: Die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums, das System der Lohnarbeit der "freien" Arbeiter behaupteten sich. Und die bürgerlichen Revolutionen brachten nur die politischen Formen — den Überbau insgesamt — in Übereinstimmung mit den bereits vorhandenen kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen.

Der Sozialismus wird nicht im Schoße des Kapitalismus geboren, nur die Voraussetzungen der neuen Ge-

sellschaftsordnung entstehen und entwickeln sich — die Produktion, die die facto gesellschaftlichen Charakter annimmt, weitet sich aus, die Arbeiterklasse wächst... Doch die sozialistischen sozialökonomischen **Verhältnisse** als solche entstanden bislang nirgends und nie im Schoße des Kapitalismus. Und deshalb stellte sich der sozialistischen Revolution eine qualitativ neue Aufgabe, verglichen mit allen anderen Revolutionen der Vergangenheit: Durch die Schaffung eines neuen Überbaus, gestützt auf die Macht der Werktätigen, die neue sozialökonomische Struktur der Gesellschaft aufzubauen, das Privateigentum durch gesellschaftliches Eigentum, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch die freie Arbeit aller, Ungerechtigkeit durch soziale Gerechtigkeit zu ersetzen.

Der Rote Oktober hat diese Großtat erstmals in der Geschichte — ebenfalls erstmals in der Geschichte — vollbracht! Doch wie war das alles nicht einfach...

W. I. Lenin sagte seinerzeit, daß der Sozialismus im Gegensatz zum Kapitalismus völlig neue Wege gehen muß — über Neuland, auf nichteingefahrenen Bahnen, im Grunde ohne den genauen Weg zu kennen. Hat ja der Marxismus nur die allgemeinsten, grundlegendsten Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der neuen Gesellschaftsordnung entdeckt. Doch irgendwelche Einzelheiten vorherzusehen, war so gut wie unmöglich — können diese Einzelheiten ja sehr verschieden für verschiedene Länder, Regionen, für verschiedene Völker und historische Epochen sein. Gehen wir noch einmal Lenins Arbeiten aus der Zeit nach der Revolution durch. Wie oft mußte er alles neu durchdenken, annehmbare — und anfangs so richtig scheinende — Beschlüsse ändern!

Der Leninsche Abschnitt des Aufbaus des Sozialismus ist fürwahr eine unerschöpfliche Schatzkammer der Erfahrungen, die allen zugänglich ist und die allen etwas bietet. Natürlich meine ich, wenn ich das sage, damit keineswegs, daß alle praktischen Schritte Lenins und der Sowjetmacht unter beliebigen Umständen und in einem beliebigen Land einfach wiederholt werden könnten und sollten. Lenin selbst unterstrich wiederholt die Einmaligkeit der Lage, in der unser Volk die Revolution verwirklichen mußte. Doch nehmen wir die konsequente, ja unerbittliche Prinzipientreue, verbunden mit theoretischer Kühnheit, mit ständiger Suche, mit Neuererbum! Oder die Kunst, die Prinzipien des Sozialismus anzuwenden, wobei jegliche Wendungen der Ereignisse, jeglicher Wechsel der Bedingungen sorgfältig berücksichtigt wurden! Oder aber den Realismus, die Nüchternheit und die Unversöhnlichkeit gegenüber dem engstirnigen Dogmatismus, der es verhindert, neue Wege zu eröffnen und sie zu gehen! All das, was W. I. Lenin so glänzend demonstrierte, ist eine gigantische Schule, wenn man will, eine Schule des neuen Denkens.

Ja, Lenin demonstrierte das neue Denken — natürlich unter den Bedingungen seiner Epoche —, indem er kühn den Schluß von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande zog. Er zeigte ein neues Denken, indem er fest Kurs auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in einem

rückständigen, durchschnittlich entwickelten Land nahm, wobei er die Spezifik der gesamten neuen Epoche insgesamt berücksichtigte. Er demonstrierte ein neues Denken, als er die Wende vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik vollzog.

Wie viele Attacken mußte er, Lenin, dabei abwehren! Wie viele "Marxisten" prophezeiten ihm ein Fiasko, versuchten, ihn aus dem Marxismus auszustoßen! Doch gerade Lenin sollte recht behalten. Und heute, an der Schwelle des 70. Jahrestages der Revolution, können wir mit Fug und Recht den Schluß ziehen: Wenn es das Leninsche neue Denken nicht gegeben hätte, dann hätte es weder den Roten Oktober noch den Sieg des Sozialismus in unserem Lande gegeben...

... jetzt verwenden wir diesen Begriff — das neue Denken — vor allem für den von unserer Partei bestätigten neuen außenpolitischen Kurs, für die Lösung der akutesten internationalen Probleme. Doch sind denn jene radikalen Schritte, die die Partei im Lande selbst verwirklicht — diese, wenn Sie so wollen, eine Revolution in der Revolution —, ist das nicht ein Beispiel für das neue Denken! Eines dialektischen, von Grund auf neuen Denkens. Eines Denkens, das sich auf eine nüchterne, realistische Analyse der objektiven Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung stützt und die Notwendigkeit ebenso realistischer Schlußfolgerungen für die Praxis voraussetzt.

Hier kann, ja muß auch etwas anderes gesagt werden: das Zurückbleiben des Denkens gegenüber den Anforderungen unserer schnelllebigen Epoche; die Hypnotisierung durch Formeln, selbst wenn sie grundsätzlich richtig sind, doch die eine flexible Anwendung verlangen; der Versuch, die erforderlichen kühnen Beschlüsse durch halbherzige Maßnahmen zu ersetzen; der Mangel an Realismus und die versöhnliche Haltung gegenüber Mängeln — all das hat eben zu dem geführt, was der XXVII. Parteitag so klar und offen aufdeckte —, zu ungünstigen Tendenzen im Leben des Landes, zur Verlangsamung seiner Entwicklung.

Nötig waren entschiedene Maßnahmen, Maßnahmen im Geiste Lenins, um den Vormarsch des Sowjetlandes fortzusetzen, mit den Mißständen aufzuräumen sowie klare und konstruktive Wege aufzuzeigen, die tatsächlich voranführen. Und diese Maßnahmen werden jetzt ergriffen.

Unsere Partei ging beim Aufbau des Sozialismus voran. Und auch jetzt bahnt sie weiter — wiederum erstmals in der Geschichte — neue Wege: durch Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, durch Vervollkommen des Sozialismus zum Kommunismus.

Siegeswille

Wird es uns sowjetischen Menschen gelingen, alles Geplante zu verwirklichen? Wird alles so geschehen, wie wir das leidenschaftlich wollen? Es muß getan werden, und wir sind davon überzeugt, daß es **geman wird**. Doch natürlich sind für einen Erfolg gewisse

Voraussetzungen erforderlich — und zwar nicht wenige. Das Wichtigste, Entscheidende ist der Wille, die Bereitschaft und das Geschick der sowjetischen Menschen. Das, was wir heute als "menschlichen Faktor" bezeichnen.

Auch hier ist es nützlich, sich der Geschichte, dem Roten Oktober zuzuwenden.

Die Oktoberrevolution konnte siegen, weil die Massen, das Volk, vor allem die Arbeiterklasse Kampfeswillen, Siegeswillen hatten. Und zwar, weil die Partei, weil Lenin die Avantgarde, vor allem die Partei gelehrt hatten, zu kämpfen.

Doch nicht weniger, sondern noch mehr Bewußtheit, verbunden mit größter Zielstrebigkeit und zugleich Ausdauer, mit der Bereitschaft, die Alltagsaufgaben revolutionär, beharrlich anzugehen, waren nach dem Sieg des Roten Oktober erforderlich, als es um den Aufbau eines neuen Lebens ging.

Der Sozialismus ist, wie gesagt, eine Gesellschaft, die planmäßig durch die von den Werktätigen durchgeführte tiefgreifende Umgestaltung aller sozialökonomischen, politischen und anderen Strukturen aufgebaut wird. Doch eine solche Umgestaltung kann nur dann erfolgreich abgeschlossen werden, wenn an ihr Millionen Menschen, das Volk, teilnehmen. Damit eine solche Teilnahme Wirklichkeit wird, damit sich die neue Gesellschaft erfolgreich entwickeln kann, muß der erforderliche Bewußtseinsstand von Millionen gewährleistet sein, müssen die persönlichen Interessen eines jeden mit den gesellschaftlichen Interessen, den Interessen des Sozialismus, verbunden sein.

Dieses Problem hatte Lenin klar erkannt. Und er sprach wiederholt davon, wie schwierig dessen Lösung ist, davon, daß das Volk, die Werktätigen, das Proletariat, selbst nach der Befreiung von der Herrschaft des Kapitals, weitaus nicht gleich bereit sind zum Aufbau des neuen Lebens. Der Triumph der sozialistischen Ideologie und Psychologie bedeutet, wie Lenin sagte, eine schwierigere, radikalere Revolution zu verwirklichen als die Beseitigung der Macht der Bourgeoisie. Geht es ja dabei um den Sieg über den Konservatismus, über Undiszipliniertheit und kleinbürgerlichen Egoismus. Ein solcher Kampf, betonte der Führer des Roten Oktober, wird viele Jahre, selbst nach dem Sieg des Sozialismus brauchen.

Doch auch in diesem Bereich — ebenso wie bei der Suche nach neuen Wegen des Vormarsches — kann man den Auftakt zur Arbeit bestimmen, doch läßt sich nicht sagen, daß sich irgendwann einmal abgeschlossen sein würde. Die Formen, der Charakter der geistigen und Erziehungsprozesse werden sich ändern, doch sie werden weitergehen. Treten ja ständig neue Generationen ins Leben. Verlangt jede Entwicklungsstufe der Gesellschaft einen neuen, höheren Bewußtseinsstand. Und jede Etappe des sozialistischen Aufbaus fordert eine weitere Demokratie, eine umfassendere organische Teilnahme aller Bürger an diesem schöpferischen Prozeß, eine Teilnahme, die sich auf größte Informiertheit der Menschen, auf die Transparenz des gesamten gesellschaftlichen Tätigkeitsstützt.

Heute spricht die Partei vom menschlichen Faktor. Diese Fragestellung ist eine Fortführung der Leninschen Ideen. Doch das ist auch eine neue Fragestellung, da sie sich auf eine neue sozialökonomische und politische Basis stützt, auf neue, unvergleichlich höhere Forderungen des Lebens.

Der menschliche Faktor heute ist eine neue Qualifikation der Menschen, die den Forderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht. Das ist ein neues, höheres Gefühl staatsbürgerlicher Verantwortung, eine neue Verbindung von Persönlichem und Gesellschaftlichem, wenn sich das eine und das andere fürwahr zu einem organischen Ganzen vereint. Das ist eine neue Moral, die den höchsten menschlichen Anforderungen einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und der moralischen Reinheit Rechnung trägt.

Einen solchen Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins, der Moral und der gesellschaftlichen Aktivität zu erreichen, ist nicht einfach. Auch heute müssen Konservatismus, Undiszipliniertheit und kleinbürgerlicher Egoismus überwunden werden. Das kann aber geschehen, wenn all das beseitigt wird, was diese negativen Erscheinungen hervorbringen kann — schon nicht in der früheren bürgerlichen, sondern in der heutigen sozialistischen Gesellschaft.

Die heutige Etappe ist unvergleichlich höher als jene, die das Land zu Beginn der 20er Jahre durchmachte. Doch Dynamik und Elan, Flexibilität und Energie, die für die Leninsche Führung der damaligen Zeit charakteristisch waren, brauchen wir heute nicht weniger, sondern mehr als je zuvor. Davon geht unsere Partei- und Staatsführung aus, davon geht unser Volk aus.

Nehmen wir noch einmal die Aufzeichnungen der Gespräche zur Hand, die Michail Gorbatschow im Fernen Osten und in Sibirien, in Krasnodar und in Stawropol führte... Und Sie werden den Willen, die Bereitschaft und das Streben unseres Parteichefs und seiner Gesprächspartner sehen, spüren, besser, auf neue Art zu arbeiten, so daß die Beschleunigung baldmöglichst Ergebnisse zeitigt.

Das "Dekret über den Frieden" vom Ende des XX. Jahrhunderts

Kehren wir noch einmal zum Roten Oktober zurück.

Die Oktoberrevolution, die eine rundlegende Wende im sozialen Leben unseres Landes verwirklichte und den Beginn einer solchen Wende im Schicksal der ganzen Menschheit anzeigte, wurde zugleich zu einer neuen Revolution in der Weltpolitik.

Lenins Dekret "Über den Frieden" formulierte die neuen Prinzipien, von denen sich, wie sein Autor meinte, die Länder und Völker in ihren Beziehungen zueinander leiten lassen müssen. Lenin sah das Beste in sich auf, was die großen Denker der Welt zur Frage von Krieg und Frieden erarbeitet hatten, entwickelte diese Ideen im Geiste des Bewußtseins und der Ideale der werktätigen Massen weiter und ergänzte sie. Eben deshalb, als organische Ver-

bindung hoher demokratischer Ideale und des sozialistischen Bewußtseins, ist das Dekret "Über den Frieden" auch heute überaus aktuell.

Jahrhundertlang galten Kriege als "legitimes" Mittel zur Lösung von Konflikten zwischen den Ländern, als "legitime" Methode der Aufteilung und Umverteilung der Einflusssphären. Der Rote Oktober aber verkündete bereits in seinem ersten Dekret: Eroberungskriege sind ein "größtes Verbrechen gegen die Menschheit".

Die Eroberung von Kolonien, die Unterwerfung und Versklavung der schwachen und armen Länder durch die großen und starken Staaten galt von jeher als Norm der internationalen Beziehungen. Lenins Dekret "Über den Frieden" aber erklärte: Koloniale Unterdrückung, Annexionen, die Einverleibung oder Unterwerfung anderer Länder und Völker sind "Eroberung und Gewalt".

Jegliche Verträge und Abkommen, die anderen Völkern ungleiche, räuberische Bedingungen aufzwingen, sind unzulässig. Sowjetrußland hat alle derartigen Verträge annulliert.

Die Beziehungen zwischen den Staaten müssen sich auf Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung gründen. Gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsabkommen und ökonomische Beziehungen auf der Grundlage der guten Nachbarschaft sind die Normen der Beziehungen, die sich durchsetzen müssen.

Die Völker, die Volksmassen müssen ein gleichberechtigtes Subjekt der Politik, darunter der internationalen, sein.

... Viele Jahre sind vergangen, seit Lenin auf dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß den Entwurf des Dekrets "Über den Frieden" verlas. Alle Jahre danach waren gekennzeichnet durch den angespannten Kampf der sozialistischen Außenpolitik für die Verwirklichung des darin angelegten Programms. Natürlich gelang nicht alles: Der Widerstand des Imperialismus suchte das zu verhindern, das Kräfteverhältnis war lange Zeit alles andere als günstig für die Sache des Friedens. Und einige Schritte unserer Außenpolitik können heute — unter Berücksichtigung der Lehren der Geschichte — einer kritischen Analyse unterzogen werden. Doch insgesamt war der Weg, den die Diplomatie des Sozialismus in fast 70 Jahren zurücklegte, ein Weg des ruhmreichen, fürwahr selbstlosen Kampfes für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Und wie viele neue Ideen, neue Gedanken und Vorschläge wurden in dieser Zeit vorgebracht! Das Sowjetland propagierte erstmals in der Welt — noch unter Lenin — die Idee der Abrüstung, formulierte die entsprechenden konkreten Vorschläge. In den 30er Jahren erarbeitete die Sowjetunion die Idee der kollektiven Sicherheit, deren Verwirklichung den zweiten Weltkrieg hätte verhindern können. Bereits 1946 trat sie für ein Verbot und die Beseitigung der Atomwaffen ein. Sie brachte die Abschaffung des Kolonialsystems auf die Tagesordnung, setzte zuerst die Aufnahme der These vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen in die UNO-Charta durch, dann die Annahme einer UN-Resolution

über die Gewährung der Freiheit an die Kolonialländer und -völker. Gerade die sozialistische Diplomatie verkündete die Idee der Entspannung und tat viel für deren Verwirklichung Anfang der 70er Jahre...

All das gehört für immer zu den wertvollsten Erfahrungen des internationalen Lebens. Und nichtsdestoweniger kann man ohne Übertreibung sagen: Größte Errungenschaft der sozialistischen Außenpolitik nach Lenins Dekret "Über den Frieden" ist das Programm für die Beseitigung der Nuklearwaffen, das von unserer Partei vorgelegt und von Michail Gorbatschow 1986 formulierte Programm für die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit.

Dieses realistische, den Interessen aller Völker entsprechende und sich auf das starke internationale Potential der Friedenskräfte stützende Programm verkörperte die Hoffnungen von Milliarden Menschen. Seine Verwirklichung ist eine unabdingbare Notwendigkeit. Sie ist die Voraussetzung für die Existenz und den weiteren Fortschritt der gesamten Weltzivilisation. Es ist ein Dekret "Über den Frieden" vom Ende des 20. Jh.

Das Sowjetland hat also erstmals in der Geschichte — vor 69 Jahren — für alle Völker annehmbare, grundsätzlich neue Prinzipien der Außenpolitik vorgeschlagen. Heute, an der Schwelle eines neuen Jahrtausends, schlägt die Sowjetunion ein Programm für die grundlegende Umgestaltung des Systems der internationalen Beziehungen vor. Das sind die Meilensteine der Politik des Roten Oktober. Das sind sie — Kontinuität und zugleich Neuerertum in der sozialistischen, kommunistischen Theorie und der Praxis der Weltpolitik.

... Wir wiederholen immer wieder: Erstmals, erstmals... Erstmals in der Welt. Doch könnte man das nicht als Prahlerei mißverstehen? Nichts wäre weiter von der Wahrheit entfernt als diese Unterstellung.

Alles, wovon die Rede war, also der bahnbrechende Charakter des Roten Oktober in allen Lebensbereichen der Menschheit ist nicht nur moralische Einschätzung, sondern Tatsache. Ja, unsere erste sozialistische Revolution der Geschichte wird die Tätigkeit des Menschen insgesamt verändern, in jeder ihrer Richtungen, erstmals in der Menschheitsgeschichte. Das ist unbestreitbar.

Und schließlich ist es eine hohe Verantwortung, Bahnbrecher zu sein. Verantwortung für jeden Schritt, für jede Handlung und für jeden Gedanken. Der Fehler eines Bahnbrechers kann natürlich schwerste Folgen nicht nur für ihn selbst haben, sondern auch für jene, die hinter ihm oder neben ihm schreiten. Dafür ist jeder seiner Erfolge ein Erfolg alles Demokratischen, Friedliebenden, was es auf Erden gibt. Unsere Partei, unser Volk sind sich dessen bewußt — heute besser als gestern. Doch die Last der Verantwortung untergräbt unsere Kräfte nicht, sondern vervielfacht sie.

Heute, am 69. Jahrestag unserer Revolution, begreifen wir deren Größe besser. Besser, umfassender sind wir uns der Bedeutung des Vollbrachten bewußt. Doch wir sehen auch klarer, wie viel noch zu tun ist.

EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Womit nach Wien?

● AM 4. NOVEMBER BEGANN IN DER ÖSTERREICHISCHEN HAUPTSTADT DAS KSZE-NACHFOLGETREFFEN.

Am Vorabend seiner Eröffnung sprach unser Sonderkorrespondent Sergej Golljakow mit dem Leiter der UdSSR-Delegation zum Wiener Treffen, Botschafter Juri Kaschlew.

"Das Wiener Forum wird zweifelsohne ein bedeutendes Ereignis nicht nur im Leben Europas, sondern auch außerhalb des Kontinents werden", betonte der Leiter der UdSSR-Delegation. "Auf Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrages, der ein positives Echo bei den anderen KSZE-Ländern fand, findet das Treffen auf Außenministerebene statt.

Die Sowjetunion tritt konsequent für die Weiterentwicklung und Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses, für die Durchführung des Wiener Treffens in positivem Geist, dafür ein, daß auf dem Treffen wesentliche Vereinbarungen über alle Kapitel der Schlußakte, von denen jedes besondere Bedeutung hat, erzielt werden. So verstehen wir die Aufgabe, die Ausgeglichenheit des Helsinki-Prozesses zu gewährleisten. Davon wird oft auch im Westen gesprochen, obgleich man dort ein ausgesprochen selektives Herangehen an die erreichten Vereinbarungen demonstriert. Was die Themen des KSZE-Prozesses angeht, so gibt es für uns keine Tabus, und wir sind bereit, bei dem Wiener Treffen beliebige Fragen der Schlußakte zu erörtern.

Die UdSSR-Delegation wird bei dem Treffen eine aktive Haltung einnehmen. Selbständig und in Zusammenarbeit mit den Delegationen anderer Länder wird sie Initiativen zu

allen Abschnitten der Schlußakte ergreifen und bereit sein, alle Vorschläge aufmerksam zu studieren.

Im Rahmen des ersten Abschnitts der Schlußakte — in den Fragen der Sicherheit in Europa — messen wir der Lösung militärischer und politischer Probleme, die für die Gesundung des politischen Klimas auf dem Kontinent so wichtig sind, große Bedeutung bei. Gerade darauf sind die in Budapest verkündeten bedeutsamen Vorschläge der Länder des Warschauer Vertrages für die Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural gerichtet.

In Wien wird die UdSSR dafür eintreten, daß das Mandat für die nächste Etappe der Stockholmer Konferenz abgestimmt wird, wobei daran gedacht ist, sich weiter mit vertrauensbildenden Maßnahmen zu befassen, vor allem aber zu praktischen Verhandlungen über einen Abbau der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa überzugehen.

Wir betrachten es als zweckmäßig, die Arbeit an den politisch-rechtlichen Aspekten der gegenseitigen Beziehungen der KSZE-Staaten in Wien fortzuführen, um die Wirksamkeit aller bekannten zehn Prinzipien der Schlußakte zu heben.

In dem zweiten Korb, der die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz umfaßt, wird sich die UdSSR für eine umfassendere Nutzung der Möglichkeiten der KSZE-Schlußakte einsetzen, damit die Fragen der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik den gebührenden Platz im Helsinki-Prozeß einnehmen.

Es sei gesagt, daß der Umbau der sowjetischen Wirtschaft und die Vervollkommenheit der Außenwirtschaftstätigkeit der UdSSR neue, günstige Möglichkeiten für eine Vertiefung unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den KSZE-Ländern schaffen, darunter durch Nutzung aussichtsreicher Kooperationsformen, einschließlich

der Entwicklung der industriellen Kooperation und der Schaffung gemischter Betriebe auf sowjetischem Territorium.

Wir sind davon überzeugt, daß auf dem Wiener Treffen viel für die Entwicklung der Zusammenarbeit im humanitären Bereich getan werden kann. Die UdSSR-Delegation gedenkt, eine offene und konstruktive Haltung bei der Behandlung der Fragen von Kultur, Bildung und Information, Menschenrechten und Grundfreiheiten, den Kontakten zwischen den Menschen einzunehmen. Wir meinen, daß die seit dem Madrider Treffen gesammelten Erfahrungen genutzt werden müssen: das Positive zu berücksichtigen und Lehren aus dem Negativen zu ziehen. Das gilt für Ottawa wie für Budapest und Bern, wo gemeinsam ein solides Dokument zu den Kontakten zwischen den Menschen erarbeitet wurde, dessen Inkrafttreten aber allein an der Haltung der US-Delegation scheiterte.

Wir sind also zu dem Wiener Treffen mit einem großen positiven Programm gekommen. Vor uns stehen wichtige Aufgaben, die nur in sachlicher Atmosphäre, ohne künstliche, sinnlose Polemik und Konfrontation gelöst werden können. Die Verantwortung, die auf den KSZE-Teilnehmerstaaten liegt, verpflichtet uns, Respekt vor der Haltung des anderen zu zeigen, nach Berührungspunkten zu suchen und alle Möglichkeiten für eine Annäherung unserer Haltungen zu konkreten Fragen zu nutzen."

NAHER OSTEN

Unheilvoller Plan

● NACH ABRUCH DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN ZU SYRIEN RÜSTET DIE REGIERUNG THATCHER, VON WASHINGTON UND TEL

AVIV UNTERSTÜTZT, ZU NEUEN AKTIONEN GEGEN SYRIEN

Zuerst schien es, daß die syrienfeindliche Hysterie, die London Ende Oktober erfaßte, abklingt. Presse, Rundfunk und Fernsehen strapazieren das Thema weniger, Regierungssprecher geben sich mehr über die Situation um die Falklandinseln (Malwinen) besorgt. Dennoch wirkt die Pause in der Kampagne, die mit dem Bruch der Beziehungen zu Damaskus einsetzte, wie die Stille vor einem Sturm — oder die Umgruppierung vor einer Offensive.

Der Termin der neuen Offensive ist bekannt. Am 10. November werden in London hochgestellte EG-Vertreter zusammentreffen, und die britische Diplomatie arbeitet eifrig, um die Partner aus der EG und der NATO zu einer Lawine von Sanktionen gegen Syrien zu bewegen. Es kümmert sie wenig, daß ein solches Vorhaben beim ähnlichen vorigen Treffen vor nur wenigen Tagen in Luxemburg mißglückte. London, Washington und Tel Aviv lassen den Mut nicht sinken. In Luxemburg haben sie schließlich doch z. B. eine gemeinsame Erklärung gegen Syrien erreicht. Außerdem scheint Frankreich beschlossener zu haben, die Waffenlieferungen für Syrien auf Eis zu legen, und die BRD droht Maßnahmen gegen die syrische Botschaft in Bonn zu treffen, vielleicht sogar die Tätigkeit der syrischen Diplomaten unter Kontrolle zu nehmen. Auch sonst hoffen Washington und London, wie ein US-Blatt verrät, daß ihr Bündnispartner in den nächsten Wochen mehr oder weniger einheitlich gegen Syrien vorgehen würden. Sogar etwas animiert Tel Aviv, das schon seit langem einen Überfall auf Syrien plant und zu Begründung seiner unheilvollen Vorhaben bereits das Szenario einer "Aggression ausgeklügelt hat, die Syrien angeblich im Schilde führt. Aber wer sollte besser als Tel Aviv den wahren Wert des Vorwands kennen, unter dem die syrienfeindliche Kampagne



Die Zyprioten verlangen, der britischen militärischen Präsenz auf ihrem Boden ein Ende zu setzen. Unser Bild: Teilnehmer einer Massendemonstration vor einem britischen Militärstützpunkt, der jederzeit für militärische Aktionen gegen die Völker des Nahen Ostens, darunter gegen das syrische, benutzt werden kann.

Foto: AP-TASS

aufgezogen wurde? Selbst die britische Presse berichtete über die Story, in der "ein Jordanier namens Hindawi" ein israelisches Flugzeug mit Hilfe einer Bombe, die seine nichts ahnende Freundin in die Maschine getragen habe, zu sprengen vorgehabt habe: Wie konnte das bei der äußerst scharfen Kontrolle in Heathrow gelingen? Sie wunderten sich auch über die plötzliche "Erleuchtung" eines

israelischen Geheimagenten, der unverhofft die Passagiere schon im Flugzeug zu kontrollieren beschlossen hatte. Zu vermerken ist, daß Hindawi vor Gericht seine ihm während der Untersuchung abgepreßten "Geständnisse" strikt leugnete.

Es ist kein Zufall, daß der "Fall Hindawi", wie ein Sprecher der Demokratischen Front von Palästina sagte, dem

"Fall Antonow" ähnelt. Man weiß, wie frei sich die Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad in Großbritannien bewegen. Dort erheben sich jetzt Stimmen, die eine Untersuchung der Tätigkeit der israelischen Agenten fordern, welche in London Mordechai Vanunu entführt haben. Dieser Mann verrät das "Geheimnis", daß der zionistische Staat Kernwaffen hat.

Für Tel Aviv und Washington ist Syrien neben Libyen der größte Gegner ihrer Pläne im Nahen Osten. Ich war in Beirut, als Flugzeuge der 6. US-Flotte das libanesisches Bekaa-Tal — angeblich als Rache an "Terroristen" — angriffen. Zwei Luftpiraten wurden damals abgeschossen und von syrischen Einheiten der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte in Libanon gefangengenommen. Nur Jesse Jackson, der in einer humanen Mission in Damaskus eingetroffen war, verdanken die beiden ihre Befreiung aus der Gefangenschaft. Daß Syrier israelische Flieger gefangengenommen haben, wissen inzwischen alle.

Heute nennen die westlichen Zeitungen bei der Prüfung der Möglichkeit militärischer Aktionen der Imperialisten gegen Syrien dieses Land eine "harte Nuß". Daß man sich daran die Zähne ausbeißen kann, wissen die Israelis nur viel zu gut. Als Präsident Hafez Assad Ende September erklärte, daß "bei einem wiederholten Invasionsversuch Israels in Libanon die Vergeltung beispiellos sein" werde, war das eine kalte Dusche für Tel Aviv, das bereits mit der Einziehung der Reservisten und mit einer massierten Verlegung von Invasionskräften nach Südlibanon begonnen hatte.

Erklärt sich Washingtons und Tel Avivs Haß gegen Syrien damit, daß dieses Land die amerikanisch-israelischen Pläne in Libanon durchkreuzt hat?

Die imperialistische und zionistische Propaganda sucht zu überzeugen (auch sich selbst?), Syrien stehe im Nahen Osten und in der ganzen Welt isoliert da. Sie "vergift", wie fest und entschlossen das syrische Volk von der starken UdSSR und von den anderen

GRUSSBOTSCHAFT

AUS ANLASS DES 40. JUBILÄUMS DER UNESCO

Der Ministerrat der UdSSR beglückwünscht herzlich die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu ihrem 40. Gründungstag.

Zeit ihres Bestehens hat die UNESCO überzeugend bewiesen, daß sie eine wichtige UNO-Gliederung ist, nach dem zweiten Weltkrieg aus dem Bestreben der freiheitsliebenden Völker geboren, um eine Wiederholung der Schrecken eines neuen Weltbrandes nicht zuzulassen und die gleichberechtigten und für alle nützlichen, friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern herzustellen. Treu den Idealen der Konsolidierung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die in der UNO-Charta verankert sind, tritt die UNESCO konsequent für ein konstruktives, vertrauensvolles Zusammenwirken der Staaten und Völker im Weltmaßstab ein.

Heute, wo die Weltgemeinschaft mit akuten globalen Problemen konfrontiert ist, muß die UNESCO das mächtige Potential der Wissenschaft und Kultur der Welt nutzen und ihren Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten, damit die Menschheit in ihr drittes Jahrtausend frei von todbringenden Waffen und zukunftsgezielt eintritt.

Zweifelloso hat die UNESCO reiche Erfahrungen in der internationalen geistigen Zusammenarbeit gesammelt, kann sie vieles tun für die Verbreitung und Entwicklung des

neuen politischen Denkens im Nuklearzeitalter. Nur das neue politische Denken kann uns helfen radikale Methoden zur Abwendung der Nuklearkatastrophe zu finden, auf den verhängnisvollen Rüstungswettlauf zu verzichten und den Weg der realen Abrüstung einzuschlagen.

Als hochangesehenes internationales Forum, das die schöpferischen Kräfte des ganzen Planeten vereinigt, spielt die UNESCO eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Bereicherung der gleichberechtigten Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur und Massenmedien, fördert sie einen breiten Austausch von besten Schöpfungen des menschlichen Genies und begünstigt so die Schaffung der humanitären Grundlagen für ein umfassendes System der internationalen Sicherheit.

Der Ministerrat der UdSSR wünscht der UNESCO aufrichtig weitere Erfolge in ihrem fruchtbaren Wirken und erklärt, daß die Sowjetunion auch weiterhin alles unternehmen wird, damit diese Organisation ihre wichtige und edle Mission in der Welt effektiv wahrnehmen kann — im Interesse des sozialökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Fortschritts der Menschheit.

MINISTERRAT DER UdSSR

sozialistischen Ländern, von den Völkern Libyens, Algeriens, Süd- und Nordjemens, Libanons, von den palästinensischen Patrioten und von allen Menschen guten Willens unterstützt wird.

Der peinlich genau ausgearbeitete unheilvolle Plan gegen Syrien ist in Aktion. Doch die Situation und das Kräfteverhältnis in der Welt sind heute so beschaffen, daß diese Pläne unweigerlich schmachvoll scheitern werden.

J. KORSCHUNOW

UNO

Wieder „No“

● NUR DIE USA STIMMTEN AM 28. OKTOBER GEGEN DIE RESOLUTION DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG ÜBER DIE UMWANDLUNG DES SÜDATLANTIK IN EINE ZONE VON FRIEDEN UND ZUSAMMENARBEIT

Der Vorschlag stammte von Brasilien. Er wurde von 124 Staaten unterstützt, 8 Länder enthielten sich der Stimme. Die Resolution fordert zur Reduzierung und letzten Endes zur völligen Abschaffung der militärischen Präsenz im Südatlantik und dazu auf, dort keine Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen zu stationieren.

Was hätte dagegen eigentlich eingewendet werden können? Der US-Vertreter ging nicht auf das Wesen der Resolution ein, bemäkelte jedoch das Verfahren: Die Frage gehöre nicht vor die UNO, sie sei bei multilateralen Verhandlungen zu prüfen. Den Hintergrund deckte ein Pentagon-Beamter auf. Wie die Zeitung „Jornal do Brasil“ schrieb, erklärte er: „Ist Brasilien denn der Meinung, daß wir Milliarden Dollar für Kriegsschiffe, U-Boote und ihre Kernwaffen verausgaben, damit sie nachher im Swimming Pool hinter dem Weißen Haus schwimmen?“

Das Pentagon möchte also das Weltmeer zu einem Bek-

ken für diese gefährlichen Meeresbewohner machen. Warum sonst widersetzt sich Washington allen Maßnahmen zur Entmilitarisierung der Meere? Seit 15 Jahren sperren sich die USA gegen eine Friedenszone im Indischen Ozean. Mit kaum verhohlener Gereiztheit reagierte Washington auf den vor nicht langer Zeit von 13 südpazifischen Ländern geschlossenen Vertrag über ihren kernwaffenfreien Status.

Die militärische Präsenz der USA und anderer NATO-Länder im Südatlantik ist ein Mittel, auf die unabhängigen Anrainerstaaten Afrikas und Lateinamerikas Druck auszuüben und die dem Westen gefügigen Regimes zu stützen. Eine direkte Folge der neokolonialistischen Politik sind die Spannungsherde in der Region: RSA, Namibia, Angola usw. Wie in der Resolution betont wird, bestehen die unerläßlichen Bedingungen für Frieden und Sicherheit im Südatlantik darin, die Apartheid abzuschaffen und dem namibischen Volk die Unabhängigkeit zu gewähren.

In diesem Sinne wirkt es als Heuchelei, daß einige NATO-Länder sich mit dem UNO-Dokument einverstanden erklären. Vorige Woche verursachte London schon nach Billigung der Resolution eine weitere Verschärfung der Spannungen im Raum der Falklandinseln (Malwinen). Dort wurde eine 150-Meilen-„Sperrzone“ eingeführt, zu der keine fremden Schiffe, auch keine argentinischen, Zugang haben. Nach Erklärungen von Tory-Exponenten zu urteilen, weigert sich Großbritannien nach wie vor hartnäckig, das Problem der Falklandinseln am Verhandlungstisch zu erörtern, und beabsichtigt, die „Verteidigungsfähigkeit“ der Inseln auf jede Weise zu stärken, obwohl die Zahl der Militärs dort bereits doppelt so hoch ist wie die der Einwohner.

Brasilens Vorschlag zeigt, daß die alten militaristischen Schemata für die lateinamerikanischen Regierungen, die für die Festigung der demokratischen Einrichtungen

kämpfen, nicht mehr annehmbar sind. Daran ändert Washingtons abermaliges Nein absolut nichts.

W. KULISTIKOW

BAHREIN

Verfolgung und Foltern

● DIE PRESSE ARABISCHER UND ANDERER LÄNDER SCHREIBT ÜBER EINE KAMPAGNE VON REPRESSIONEN GEGEN DEMOKRATISCHE POLITIKER IN BAHREIN. DIE KAMPAGNE GESCHIEHT AUF ANTRIEB DES VON BRITISCHEN OFFIZIEREN GELEITETEN SICHERHEITSDIENSTES DES STAATES

Über die Gründe der Verfolgungen gegen Bahreins Patrioten schrieb das Nachrichtenblatt des Weltgewerkschaftsbundes vor kurzem: „Die neue Woge von

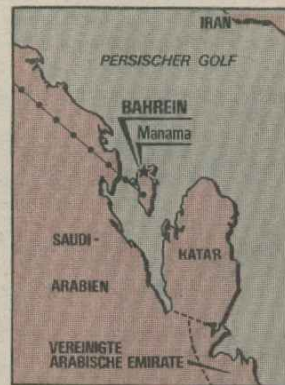
Verhaftungen ist Bestandteil der offiziellen Terrorpolitik des Regimes gegen die Freiheitskämpfer, die verschiedene Tendenzen, aber alle sozialen Schichten repräsentieren. Darin äußert sich die Tatsache, daß der Kurs der Regierung Bahreins auf Unterordnung der patriotischen Opposition unter eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Volksmassen zuwiderläuft, gescheitert ist.“

In einer gemeinsamen Erklärung des Komitees zum Schutz der politischen Häftlinge und des Komitees zum Schutz der Menschenrechte von Bahrein wurde darauf hingewiesen, welche schwere Bedingungen die Verhafteten über sich ergehen lassen müssen. Darüber schrieben u. a. die libanesischen Zeitungen „Al-Nida“ und „Al-Safir“. Bekannt ist, daß am 30. August der Angestellte Radhi Mahdi Ibrahim Folterungen erlag; ein weiteres Opfer war (am 16. September) Dr. Hashim Ismail al-Alawi, 29 Jahre alt, Absolvent einer sowjetischen Hochschule und Vater zweier Kinder.

Die bürgerliche Presse kann die Verhaftungen in Bahrein nicht mehr verheimlichen, darüber schrieben der britische „Guardian“ und der französische „Monde“. Selbst die „Amnesty International“ qualifiziert diese Repressionen als Verstoß gegen die Menschenrechte. Wie sie mitteilte, erfolgen die Razzien, Verhaftungen und alle Verfolgungen in Bahrein unter Bezug auf das Dekret „Über die staatliche Sicherheit“ von 1974; ihm zufolge kann jede Person, die einer Tätigkeit gegen die nationale Sicherheit verdächtig wird, ohne rechtmäßiges Gerichtsverfahren bis zu drei Jahren im Gefängnis gehalten werden.

Die Nationale Befreiungsfront Bahreins und andere demokratische Organisationen rufen die Weltöffentlichkeit auf, den Repressionen ein Ende setzen zu helfen. Die kommunistischen Parteien des arabischen Ostens brachten ihre Solidarität mit den eingekerkerten Patrioten Bahreins zum Ausdruck.

E. SERGEJEV



Die konstitutionelle Monarchie Bahrein liegt auf dem gleichnamigen Archipel im Persischen Golf. Fläche: 670 Quadratkilometer, Bevölkerung: 360 000, vorwiegend Araber; Hauptstadt: Manama.

1975 wurde die Nationalversammlung aufgelöst; seitdem gab es keine Wahlen. Im Grunde liegt die ganze Macht im Lande in den Händen des herrschenden Hauses Al-Khalifa, dem Emir Isa bin Sulman al-Khalifa vorsteht.

Nguyen Co Thach:

Probleme klären



Auf die Fragen der NZ antwortet der Kandidat des Politbüros des ZK der KPV, SRV-Außenminister Nguyen Co Thach. Dieses Interview schließt eine Reihe von Gesprächen der Redaktion mit den Leitern der Außenministerien der drei Länder Indochinas zu Problemen der kollektiven Sicherheit des asiatisch-pazifischen Raums ab.

Wie schätzen Sie das von Michail Gorbatschow in Wladiwostok vorgelegte Friedensprogramm für die Zukunft des asiatisch-pazifischen Raums ein?

Der zweite Weltkrieg brach rund 20 Jahre nach Beendigung des ersten Weltkrieges aus. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges lebt die Menschheit über vier Jahrzehnte im Frieden, obwohl der Imperialismus nach wie vor langjährige Kriege und lokale Konflikte entfesselt und die Existenz der Menschheit durch die Nuklearwaffen gefährdet.

In Europa, das zum Ausgangspunkt zweier Weltkriege wurde, stehen einander heute die beiden größten Militärblocke gegenüber, dort befinden sich die größten Waffenarsenale der Welt. Doch dank dem Kampf der Friedenskräfte kennt dieser Kontinent 40 Jahre keine Kriege. Die KSZE-Schlußakte schuf die juristischen Grundlagen für die friedliche Koexistenz in Europa. Im asiatisch-pazifischen Raum haben Imperialismus und Reaktion viele blutige Aggressionskriege entfesselt, davon die größten gegen das koreanische und das vietnamesische Volk. Gerade in Asien wurden erstmals in der Geschichte Atomwaffen eingesetzt. Allein auf Vietnam warfen und feuerten die US-Imperialisten dreimal soviel Bomben und Geschosse ab, wie auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges zum Einsatz kamen.

All die 40 Jahre befand sich unsere Region in ständiger Bewegung. Die strategischen Niederlagen des Imperialismus und der anderen reaktionären Kräfte in Asien, die historischen Siege der Völker des asiatisch-pazifischen Raums veränderten die Weltlage, schufen überaus günstige Voraussetzungen für die Bewahrung von Frieden und Stabilität in Asien und in der ganzen Welt. In Südostasien bildeten sich zwei Staatengruppen mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung heraus — die Länder Indochinas und die ASEAN-Staaten. Gleichzeitig boten sich reale Möglichkeiten, um die Tendenz zur friedlichen

Koexistenz der Staaten Südasiens zu festigen.

Michail Gorbatschows in Wladiwostok unterbreitete Vorschläge sind von überaus großer Bedeutung. Sie sind auf die Zügelung des Wettrüstens, die Festigung von Frieden und Sicherheit, auf die Entwicklung der Zusammenarbeit gerichtet. Das entspricht voll und ganz den Forderungen der Epoche, dem ureigensten Wunsch der Völker — in Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zu leben.

Das vietnamesische Volk, das die Schrecken furchtbarer, langjähriger Aggressionskriege am eigenen Leib erfahren hat, begrüßt die Vorschläge Michail Gorbatschows leidenschaftlich und unterstützt sie voll und ganz. Die hohen Ziele und die historische Bedeutung lassen sie zum gemeinsamen Programm aller Völker des asiatisch-pazifischen Raums, die an einem dauerhaften Frieden interessiert sind, werden.

Wie sind Ihrer Meinung nach die Wege zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in der Region?

Meiner Meinung nach sind das die Wege, auf die Michail Gorbatschow in seiner Rede in Wladiwostok verwies. Das ist die einzige, reale Alternative, eine andere gibt es nicht. Wir hegen aber nicht die geringsten Illusionen: Der Weg zu Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum verlangt einen langjährigen, schweren Kampf. Nichtsdestoweniger glauben wir: Unsere Ideen sind realisierbar. Und wir sind fest entschlossen, deren Sieg zu erreichen. Wir sind bereit, unseren Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen für die Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit zu leisten, wofür die Sowjetunion eintritt. Wichtig ist es, das schon jetzt in Angriff zu nehmen. In den Vorschlägen Michail Gorbatschows sehen wir eine reale und feste Grundlage für Frieden und Sicherheit. Ihre Hauptidee besteht darin, daß alle Länder der Region ihre Konflikte beenden und zum Dialog übergehen müssen, um durch

Verhandlungen auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung der Unabhängigkeit und der Souveränität die Probleme und Differenzen zu lösen und zur Koexistenz in Frieden und Zusammenarbeit zu kommen.

Vietnam, ein sozialistischer Staat Südostasiens, verfolgte und verfolgt stets eine Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und der breiten Zusammenarbeit mit allen Ländern, vor allem mit den Nachbarn.

Zusammen mit den Bruderstaaten Laos und Kampuchea erklären wir: Die Zeit ist gekommen, die Hindernisse zu beseitigen. Die beiden Staatengruppen — ASEAN und Indochina — müssen einen wahren Dialog, aufrichtig und konstruktiv, im Geiste der Gleichberechtigung, der Respektierung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und des gegenseitigen Verständnisses aufnehmen, um gemeinsam einen befriedigenden Ausweg aus der Lage um Kampuchea zu finden, die Region in eine Zone des Friedens, der Stabilität, der Freundschaft und der Zusammenarbeit zu verwandeln. Vietnam, Laos und Kampuchea, die diesen Kurs verfolgen, ergreifen wiederholt Friedensinitiativen. Der gute Wille der drei Länder wurde auch in dem Kommuniqué der 13. Konferenz der Außenminister dieser Länder kürzlich in Hanoi bekräftigt.

Die SRV-Regierung erkennt die große Rolle der VR China in der Welt, in Asien und besonders in Südostasien an. Vietnam hat immer wieder seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der VR China bekundet — zu beliebiger Zeit, auf beliebiger Ebene und an einem beliebigen Ort, um die beide Seiten interessierenden Probleme Südasiens zu erörtern. Wir wollen aufrichtig die zwischenstaatlichen Beziehungen normalisieren und die langjährige Freundschaft der Völker Vietnams und Chinas wiederherstellen.

Die Beziehungen, die die beiden Staaten verbinden, haben eine lange Geschichte. Beide Länder halfen einander im Kampf gegen den Imperialismus und beim Aufbau der neuen Gesellschaft, sie haben gemeinsame Interessen — Frieden, Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und ökonomische Entwicklung. Die jetzigen Differenzen zwischen Vietnam und China sind nur vorübergehender Art. Die langfristigen, ureigenen Interessen beider Länder müssen siegen. Nichts kann uns hindern, wieder gutnachbarliche Beziehungen herzustellen.

Das vietnamesische Volk glaubt fest daran, daß alle Völker der Welt, besonders die Völker des asiatisch-pazifischen Raums, im Frieden leben, die Gefahr der Vernichtung der Menschheit bannen wollen. Diese unüberwindbare Kraft vermag die aggressiven, militaristischen Pläne des Imperialismus und reaktionärer Kräfte zu vereiteln, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit in unserer Region und auf dem ganzen Erdball zu gewährleisten.

Keine Ruhe im Hunsrück

Von unserem Korrespondenten Alexander TOLPEGIN

Die Straße, die zwischen den Hügeln verläuft, wird von einem immer noch grünen Wald umgeben. Wenn die Bäume weichen, bietet sich ein idyllisches Bild: sorgfältig bearbeitete Felder, eingezäunte Weideflächen und Bauernhäuser. Und wieder Wald bis zum Horizont. Das ist der Hunsrück, einst eine ruhige Gegend in Rheinland-Pfalz, im Südwesten der BRD, eingefaßt von Rhein und Mosel, Nahe und Saar als natürlichen Grenzen.

Doch heute herrschen dort weder Frieden noch Ruhe.

"Die Straße, die einst in den Krieg führte"

Die Bundesstraße 327, auf der ich fahre, ist 1938 gebaut worden. "Diese Straße hat schon einmal in den Krieg geführt", sagen die Einwohner des Hunsrück. Sie verband die Garnison von Koblenz mit der Westgrenze. Die Nazis bereiteten sich auf den Einmarsch in Frankreich vor, und die neue Straße wurde für Truppentransporte gebraucht.

Jetzt werden längs der Bundesstraße 327 viele Armee-Einrichtungen untergebracht. Und der einst so ruhige Hunsrück wurde zur wohl am stärksten militarisierten Gegend der BRD. Auf kleiner Fläche (der Hunsrück nimmt 4444 Quadratkilometer ein) gibt es über 60 Militärobjekte: Flugplätze, Arsenale, Kasernen, Übungsplätze und Stützpunkte. Auf einem von ihnen, einem Luftstützpunkt bei Hahn, ist die 50. Staffel der taktischen US-Luftwaffe stationiert. Emblem der Staffel ist ein Greif vor dem Hintergrund einer Nuklearexplosion. Als erste der im Ausland stationierten US-Einheiten wurde sie mit F-16-Jagdbombern, die Nuklearwaffen tragen können, ausgerüstet.

Im Februar d. J. wurden gerade hierhin die ersten Cruise Missiles aus den USA transportiert. Ein interessantes Detail: Prototyp der Cruise Missiles waren die V-Raketen, die "Wunderwaffen", mit deren Hilfe die Hitlerfaschisten den Krieg zu gewinnen hofften. Starttrampen für die V-Raketen befanden sich auch im Hunsrück. Von dort aus beschossen die Faschisten London. Nach dem

Krieg wurden die Konstrukteure der V-Raketen in die USA geholt, wo sie für ihre neuen Auftraggeber Raketen entwickelten. So nannten die Amerikaner nicht von ungefähr einen ihrer Stützpunkte in der BRD nach dem deutschen Raketenbauer Walter Dornberger, der an der Entwicklung der V-Rakete beteiligt war.

Ein weiterer Stützpunkt befindet sich bei dem kleinen Dorf Hasselbach, an besagter Bundesstraße 327. Hier begannen die Nazis mit dem Bau eines Flugplatzes für den Krieg gegen Frankreich. Doch die Regierung Petain kapituliert, noch bevor der Bau abgeschlossen war. Nach dem Krieg nutzten die Amerikaner den Flugplatz als ihren Stützpunkt. 1981 — lange bevor der Bundestag der "Nachrüstung" zustimmte — liefen hier Vorbereitungsarbeiten für die Stationierung der Cruise Missiles an, die jetzt nach Osten gerichtet sind.

Die BRD-Regierung hatte versucht, die Stationierungsorte geheimzuhalten. Doch im Frühjahr 1983, bei der Diskussion über die Mittel zum Bau von Stützpunkten für Cruise Missiles wurde in der amerikanischen Presse das kleine Dorf Wüschheim, einige Kilometer südlich von Hasselbach, erwähnt.

Zugleich mit der Stationierung von Erstschockwaffen stellt das Pentagon auch Systeme zu deren Verteidigung auf. Gemeint sind die modernisierten Patriot-Raketen, für die Starttrampen in verschiedenen Teilen der BRD, darunter natürlich auch im Hunsrück, errichtet werden. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, nannte die Patriots "ein kleines SDI für Westeuropa". Und BRD-Verteidigungsminister Manfred Wörner verbindet mit den Patriots Pläne eines "erweiterten Luftverteidigungssystems". Ein solches auf amerikanischer Grundlage für den Schutz amerikanischer Waffen entwickeltes System wird ganz offenkundig im Widerspruch zu Bestimmungen des sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrages stehen.

"Abrüstung — hier und jetzt!"

Kaum war ich nach Kastellaun gekommen, da heulten die

Sirenen auf. ABC-Alarm! Noch ist das eine "Übung". Solcher Alarm wird regelmäßig in der ganzen BRD gegeben. Die Menschen sollen an das Unerwartbare — die Möglichkeit eines Nuklearkrieges — gewöhnt werden.

An der Wand eines kleinen zweistöckigen Hauses hängt die Losung: "Abrüstung — hier und jetzt!" Hier befindet sich das Friedensbüro, das Zentrum der Friedensbewegung im Hunsrück.

Eine der Mitarbeiterinnen des Büros ist Heidrun Zimmer. Sie ist im Hunsrück geboren und aufgewachsen. Verließ ihn nur, um sich als Agronom ausbilden zu lassen.

Wie sieht die Arbeit des Büros aus? Es befaßt sich mit der Zusammenstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien über die Militarisierung des Hunsrück und des gesamten Bundeslandes Rheinland-Pfalz, darüber, welche Gefahr die dort stationierten US-Raketen für den Frieden bedeuten. Begegnungen und Diskussionen werden organisiert. Zu Vorträgen werden nicht selten bedeutende Experten, namhafte Vertreter der Antikriegsbewegung eingeladen.

"Diese Arbeit verlangt viel Kraft und Zeit", gestand Heidrun ein. "Doch wenn man sieht, wie sich in den letzten Jahren das Bewußtsein der Menschen verändert hat, erfüllt einen das mit Befriedigung."

Im Hunsrück gibt es keine großen Betriebe. Hauptarbeitgeber sind die Stützpunkte. Und kann man es einem arbeitslosen Familienvater vorwerfen, wenn er sich da beim Wachpersonal bewirbt? Oder einem Handwerker, dem der Ruin droht, wenn er sich weigert, einen Auftrag der Militärs auszuführen? Wer größere Häuser hat, vermietet Wohnungen an die Amerikaner. Eben deshalb halten sich Leute, die so oder so mit den Stützpunkten verbunden sind, in der Regel abseits von Antiraketenmanifestationen.

Und doch kommt es nicht selten vor, daß selbst sehr vorteilhafte Kontakte demonstrativ abgelehnt werden. Die Einwohner der Gemeinde Spesenroth z. B. weigerten sich, den Amerikanern einen nichtgenutzten Steinbruch zu überlassen, obwohl man ihnen 200 000 DM geboten hatte. Der Gemeinderat von Lautzenhausen wies die Forderung der Amerikaner zurück, ihnen 15 Hektar zur Erweiterung des Flugplatzes in Hahn zu überlassen.

"Der Kampf gegen die Raketenstationierung ist natürlich nicht nur Sache jener, die neben dem Stützpunkt leben", meinte Heidrun Zimmer. "Er ist ein Anliegen der gesamten Friedensbewegung unseres Landes. Und wir sind froh, daß die zentrale Demonstration diesmal im Hunsrück stattfand."

Das örtliche Büro arbeitet in engem Kontakt mit dem Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung in Bonn, der alle

bedeutenden Antikriegsorganisationen der BRD vereint. In Kastellaun befindet sich ständig auch ein Vertreter des Ausschusses, Andreas Schäfer.

"Die Demonstration am 11. Oktober brachte die von der Friedensbewegung formulierten Forderungen an die Regierung zum Ausdruck", erklärte er. "Dazu gehören der Verzicht auf Teilnahme an SDI, die Beendigung der Stationierung und der Abzug der bereits aufgestellten Raketen, die Kürzung des Rüstungshaushalts, die Begrenzung des Waffenexports und die Aufhebung des Beschlusses über die Verlängerung des Wehrdienstes. Die Friedensbewegung begrüßt das sowjetische Moratorium für Kernexplosionen. Wir verlangen von der US-Regierung, sich ihm anzuschließen."

Kreuze vor dem Stützpunkt

Stellvertretender Bürgermeister von Bell ist Gerhard Lorenz. Er ist ehrenamtlich tätig — von Beruf ist er Bauingenieur in Koblenz. Lorenz ist bekannt für seine Vorträge über die NATO-"Nachrüstung", die er mit der Vorführung eigener Dias begleitet. Die Menschen bekommen so eine anschauliche Vorstellung davon, welche Folgen für den Hunsrück die Explosion einer Nuklearladung von der Stärke "nur einer Hiroshima-Bombe" haben würde, was Cruise Missiles darstellen und weshalb sie stationiert werden.

"Früher habe ich mich nie für Politik interessiert, gehörte keiner Partei an, ja auch jetzt habe ich mich keiner Partei angeschlossen", antwortete Lorenz. "Alles begann so. Einmal wurde ich mit meiner Frau von guten Freunden zu einer Familienfeier eingeladen. Bei einer Tasse Kaffee kam das Gespräch auch auf die Raketen. Einer der Anwesenden äußerte sich kritisch über die 'Nachrüstung'. Ich erhob Einwände. Führte ein aus Fernsehendungen bekanntes Argument an: Die 'Nachrüstung' sei erforderlich, um ein Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20-Raketen zu schaffen. Das Gespräch wandte sich anderen Themen zu, doch die Worte des Bekannten gingen mir nicht aus dem Kopf. Und ich beschloß, mir selbst ein Urteil zu bilden. Begann viel zu lesen und kam allmählich zu einem für mich selbst unerwarteten Schluß: Die 'Nachrüstung' ist Betrug. Ihre Propagandisten, die von einem 'sowjetischen Raketenmonopol' sprechen, 'vergessen' das Nuklearpotential der NATO: die U-Boot-gestützten Raketen und die Flugzeuge als Kerwaffenträger."

Lorenz beschloß, seine Erkenntnis auch anderen mitzuteilen.

"Wir erhalten Informationen vor allem per Fernsehen", fuhr mein Gesprächspartner fort. "Sind daran gewohnt, daß Bilder stets die dominierende Rolle spielen. Auch in meinen Vorträgen spielen 'Bilder' die Hauptrolle. Ich kommentiere sie nur. Die Schaubilder, die ich zeige, sind natürlich zugänglich Quellen entnommen. Das vergesse ich nie, meinen Zuhörern zu

sagen, damit niemand auf den Gedanken kommt, ich verrate irgendwelche 'militärischen Geheimnisse'."

Lorenz bot mir an, in seinem Wagen den Stützpunkt zu umfahren.

Ich sah die berühmten Holzkreuze, die Einwohner Bells an der Straße aufstellten. Die 96 Kreuze — nach der Zahl der Cruise Missiles — warnen symbolisch vor der hinter dem Zaun verborgenen tödlichen Gefahr. Nachts werden die Kreuze oft beschädigt, obwohl sie auf einem Grundstück der Bäuerin Lore Kneip stehen. Doch die Einwohner von Bell stellen sie immer wieder auf.

Wörner tat ein gutes Werk

Am 25. Januar 1987 finden in der BRD Bundestagswahlen statt. Der Wahlkampf ist bereits in seine "heiße Phase" getreten. Natürlich können Großkundgebungen der Friedensbewegung keine Wahlkampfveranstaltungen sein. Doch nach der Haltung zu der Demonstration und ihren Lösungen läßt sich über die politische Position der einen oder anderen Partei bzw. Organisation urteilen. Auf dem SPD-Parteitag im August in Nürnberg sah ich, wie die Delegierten einen Aufruf zu der Demonstration unterzeichneten. An ihrer Vorbereitung nahmen auch die Grünen teil. Die Friedensliste, in der Menschen verschiedener politischer Ansichten vereinigt sind, darunter die Kommunisten, veranstaltete ihren Wahlkongreß gerade in einer Ortschaft des Hunsrück — in der Stadt Simmern, wodurch sie ihre volle Unterstützung für die Ziele der Friedensbewegung unterstrich.

In Simmern traf ich mit dem Journalisten Wolfgang Bartels zusammen, Kandidat der Friedensliste und Autor vieler Bücher und Artikel über die Militarisierung der BRD.

"Im Hunsrück ist das Problem der Bewahrung des Friedens und der Abrüstung, das wir in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen, besonders aktuell", sagte Bartels auf die Frage nach der Stimmung der Wähler. "Die CDU hat, wie Sie wissen, die nationalistische und demagogische Lösung 'Weiter so, Deutschland!' proklamiert. Was aber bedeutet das für die Einwohner von Rheinland-Pfalz? Durch den Bau immer neuer Militäröbekte werden hier jährlich 400 Hektar Wald vernichtet. Wenn das so weiter geht, werden die Menschen bald nirgends mehr leben können. Ganz zu schweigen von der Bedrohung, die all diese Objekte darstellen..."

Die Grünen nominieren den Pädagogen Helmut Jordan, obwohl er nicht Mitglied ihrer Partei ist. Jordan gibt bereits das vierte Jahr die Zeitschrift "Hunsrück-Forum", das Sprachrohr der örtlichen Friedensbewegung, heraus. Die Staatsanwaltschaft klagte Jordan wegen Verbreitung angeblich geheimer Angaben an. Bei ihm wurde eine Haussuchung durchgeführt. In diesem Frühjahr fand der Prozeß statt. Und obwohl bewiesen wurde, daß die "Geheimnisse" populären Zeitungen und Zeitschriften entnom-

men waren, wurde Jordan der Abschreckung halber zu einer Geldstrafe verurteilt.

"Helmut und ich betrachten uns nicht als Konkurrenten", sagte Bartels. "Im Wahlkampf sind wir Verbündete. Hat ja die Friedensliste, um eine Spaltung der Antikriegskräfte zu verhindern, auf die Zweitstimmen zugunsten der SPD und der Grünen verzichtet (jeder Wähler hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen: Die eine wird für einen konkreten Kandidaten abgegeben, die andere für die eine oder andere Partei. Entscheidenden Einfluß auf das Parteienspektrum



Im Hunsrück sind 5 US-Militärstützpunkte (mit Kreisen gekennzeichnet) konzentriert. Der Bau des sechsten (großen Kreises) Stützpunktes wird abgeschlossen. Hier sind bereits die ersten Cruise Missiles aus den USA eingetroffen.

Karte aus: "Der Spiegel" (BRD)

des Bundestags haben die Zweitstimmen — die Red.)

Die Führer der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP schweigen sich bislang aus. Nur Verteidigungsminister Manfred Wörner, Verfasser der Broschüre "Marschflugkörper im Hunsrück", versuchte Einfluß auf die Öffentlichkeit zu nehmen. Er erklärt Nuklearwaffen für "ethisch-moralisch vertretbar".

Wörners Propagandaaktion hatte unerwartete Folgen. Unter den Empfängern seiner Broschüre sollte auch der Superintendent von Koblenz, Hans Warnecke, sein, der sich bislang nie gegen die Raketen geäußert hatte. Und zwar schickte ihm das Wörner-Ministerium gleich 120 Exemplare der Broschüre mit der Bitte, sie in den Kirchengemeinden auszulegen.

Die Lektüre beseitigte bei Warnecke offenbar jegliche Zweifel an dem berechtigten Anliegen der Friedensbewegung. Er veranstaltete eine Pressekonferenz in Bonn und verlangte von Wörner, sein Machwerk zurückzunehmen.

So können die Ergüsse des Bundesverteidigungsministers bisweilen auch Gutes bewirken...

Hunsrück-Bonn

Gemeinsame Betriebe —

Rentabilität, gemeinsame Produktion, beiderseitiger Vorteil

Włodzimierz Natorf, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der VR Polen in der UdSSR, ist soeben aus Warschau zurückgekehrt, wo er den Verhandlungen Nikolai Ryschkows, des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, mit den polnischen Spitzenpolitikern beigewohnt hat. Den Schwerpunkt bildeten Fragen des Ausbaus der direkten Produktionsverbindungen, die Bildung gemeinsamer Betriebe und internationaler Wirtschaftsorganisationen unserer Länder.

Botschafter Natorf sagt:

"Die Sache ist neu. Bisher gibt es in den sozialistischen Ländern kaum ein Dutzend solche Betriebe. Jetzt werden die ersten fünf in Polen gebildet. Diesen werden andere folgen. Bei uns werden sie die Form internationaler Betriebe oder Gesellschaften mit Auslandskapital annehmen."

"Sagen Sie bitte, in den in Warschau unterzeichneten Dokumenten sind doch sicher die Bestimmungen für die gemeinsamen Betriebe festgelegt. Wie steht es damit?"

"Vor allen Dingen darf man ihn nicht mit dem Mechanismus der Direktverbindungen verwechseln. Direktverbindungen zwischen Betrieben der RGW-Länder sind nichts Neues. Über 4000 Betriebe, Konstruktionsbüros und Forschungsinstitute tauschen Pläne, Unterlagen und Verfahren."

Das Leben selbst fordert aber einen Übergang zum nächsten, effektiveren Stadium der Zusammenarbeit: zu kommerziellen, auf wirtschaftlicher Rechnungsführung basierenden Formen, ja zu gemeinsamen Betrieben, die sich rentieren und selbst finanzieren."

Sie bekommen die Befugnisse juristischer Personen und sind in ihrem Handeln selbständig. Man beginnt damit, die Art ihrer Betätigung und die Höhe ihrer Grundfonds sowie die Art des Anteils der Partner zu bestimmen."

"Was für verschiedene Anteilarten gibt es denn?"

"Bau, Einrichtung, Geld, vielleicht ganze Werkhallen oder sogar Werke. Die Partner bringen also den Grundfonds ein und vereinbaren, wie sie die materiell-technische Belieferung handhaben werden. Dabei kann sich folgende Frage

ergeben: Da sich der Grundfonds aus Eigentum der Gründerländer zusammensetzt, ist deshalb jeder Teil des gemeinsamen Betriebs so oder so an seine früheren Verpflichtungen und Pläne gebunden? Nein, für den gemeinsamen Betrieb sind nur die eigenen Verpflichtungen bindend, er trägt keine 'rückwirkende' Verantwortung. Mehr noch, seine Zweigstellen, die sowohl im 'eigenen' Land als auch in Drittländern ins Leben gerufen werden können, sind gewöhnlich für die Verpflichtungen der Zentrale nicht verantwortlich und umgekehrt."

"Klar. Aber noch eine Frage: Wie schätzt man die zum Grundfonds gehörigen eingebrachten Güter? Die Preise in

den Gründerländern sind ja verschieden! Und wie errechnet man die Gewinne?"

"Die Antwort findet sich in einem Abkommen, das wir unterzeichnet haben: Nach den Außenhandelspreisen des RGW oder laut Vereinbarung zwischen den Partnern, falls solche Preise noch nicht festgesetzt sind. Der Gewinn wird unter die Partner gemäß ihrem Anteil am Grundfonds verteilt."

"In den Betrieben arbeiten Staatsbürger verschiedener Länder. Wie werden ihre Rechte und Pflichten festgesetzt und von wem?"

"Mit den eingestellten Arbeitskräften werden vierjährige Arbeitskontrakte geschlossen, die später verlängert werden können. Die Arbeitskraft bekommt den ihr zukommenden Lohn und, falls sie zugereist ist, einen 25prozentigen Zuschlag vom gemeinsamen Betrieb. Der Lohn ist steuerfrei, der Beschäftigte darf seine Ersparnisse nach Haus überweisen und bekommt einen bezahlten Urlaub. Ebenso wird ihm eine Wohnung zur Verfügung gestellt, und er genießt ärztliche Betreuung nach den im betreffenden Land geltenden Bestimmungen. Die Pflichten sind folgende: Die Erzeugnisse des gemeinsamen Betriebs müssen auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig und gefragt sein. Ein wichtiges Problem sind die Preise. Ihre Günstigkeit



Das in der MVR seit Jahren bestehende Aufbereitungskombinat "Erdenet", ein sowjetisch-mongolisches Gemeinschaftsunternehmen, ist das größte seiner Art in Asien. "Erdenet" ist nur eines der Beispiele für enges Zusammenwirken der RGW-Länder.

Daran beteiligen sich etwa 3000 Forschungs- und Produktionsbetriebe der RGW-Länder. Alljährlich werden rd. 2000 Arbeiten abgeschlossen, gemeinsam 200-300 neue bzw. vervollkommnete Geräte, 100-150 Technologieverfahren, 100-120 neue Werkstoffe und Präparate entwickelt.

Foto: TASS

wird durch geringe Gestehungskosten und eine hohe Arbeitsproduktivität erzielt. Hierfür muß sowohl die ganze Belegschaft als auch jeder einzelne Beschäftigte sorgen."

"Sie erwähnten die Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse der gemeinsamen Betriebe. Soll das bedeuten, daß ihre Erzeugnisse vor allem für den Export bestimmt sind?"

"Da es sich um Betriebe mit Auslandskapital handelt, gehen ihre Erzeugnisse natürlich zum Teil an den ausländischen Partner auf Rechnung des Gewinns oder wird an Drittländer verkauft. Ich möchte übrigens sagen, daß Polen am Export lebhaft interessiert ist. Es hat sowohl bei kapitalistischen als auch bei sozialistischen Ländern Schulden, allerdings aus verschiedenen Gründen. Gegen Mitte dieses Jahres betragen Polens Schulden in konvertierbarer Währung 31,3 Md. Dollar. Das sind etwa 40 Prozent des Nationaleinkommens und das 2,5fache des ganzen polnischen Jahresexports. Es wird ein schweres Problem sein, Schulden zu tilgen, denn die polnischen Betriebe erzeugen vorläufig wenig Waren, die Devisen einbringen."

"Und wie wirken sich die Verluste infolge von Sanktionen auf die Wirtschaft Polens aus?"

"Sehr schwer. Sie machen nach unseren Schätzungen 15 Md. Dollar aus."

Der Botschafter macht sein Notizbuch auf und rechnet etwas nach. Er sagt: "Sehen Sie! Der Mangel an Exportgütern drückt auf die Zahlungsbilanz des Staates. Eine bittere Wahrheit: Wir Polen leben noch immer auf Kredit. Soll das Export-Import-Gleichgewicht erzielt werden, dann müssen wir die Wirtschaft intensiv fortentwickeln, damit die Produktion sowohl den internen Marktbedarf als auch den Exportbedarf restlos decken kann. Die Leute, die uns kritisieren, behaupten, das könnten wir nicht schaffen. Allein vielleicht nicht. Wir stützen uns in unseren Plänen aber auf die zwischenstaatliche Kooperation der RGW-Länder und die in Warschau angenommenen Dokumente sind ein wesentlicher Beitrag zu dieser Zusammenarbeit. Ich möchte wieder betonen, daß die gemeinsamen Betriebe für beide Seiten vorteilhaft sind. Im Westen spricht man über 'die Beeinträchtigung der Selbständigkeit des polnischen Staates'... Das ist reine Demagogie. Die Gewinne, die wir gemeinsam mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern erzielen werden, werden unsere Wirtschaft stärken, werden helfen, die Schulden zu tilgen, wodurch die polnische Selbständigkeit nur gefestigt sein wird."

"Meine letzte Frage: Wann treten die Abkommen in Kraft?"

"Die Beschlüsse sind gefaßt, jetzt muß gehandelt werden. Die UdSSR nimmt in ihrem Außenhandel eine Umstellung vor, und diese stimuliert auch die zwischenstaatliche Kooperation. Auch

"NEUE ZEIT" 45.86

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER INDIENS

NARAYAN DATT TIWARI



Am 22. Oktober wurde N. D. Tiwari (geb. 1925) zum Außenminister Indiens ernannt. Er studierte humanitäre Wissenschaften.

Seit 1952 wurde Tiwari wiederholt zum Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung des größten indischen Unionsstaates Uttar Pradesh (120 Millionen Einwohner) gewählt, zuerst von der Volkssozialistischen Partei und ab 1969 vom Indischen Nationalkongreß (INC).

Zwischen 1969–1975 bekleidete er mehrere Posten in der Regierung von Uttar Pradesh: Finanzminister, Minister für Schwerindustrie, Zuckerindustrie, Minister für örtliche Selbstverwaltung. Vom Januar 1976 bis Mai 1977 leitete Tiwari die Regierung dieses Unionsstaates.

Während der Regierungszeit der Janata Party (1977–1979) war er Oppositionsführer in der Gesetzgebenden Versammlung von Uttar Pradesh. Bei den Wahlen vom Januar 1980 wurde er zum ersten Mal in das Unterhaus des indischen Parlaments gewählt. Im gleichen Jahr wurde er zum Planungsminister in der Regierung Indira Gandhis ernannt. Später bekleidete er die Posten der Minister für Industrie,

Stahl und Bergbau. Im August 1984 wurde er im Vorfeld neuer Parlamentswahlen nach Uttar Pradesh versetzt, wo er Chefminister des Unionsstaates wurde.

Im September 1985 wird N. D. Tiwari erneut in die Zentralregierung als Minister für Industrie berufen.

N. D. Tiwari setzt sich für Festigung und Ausbau freundschaftlicher sowjetisch-indischer Beziehungen ein. Besuchte mehrmals die Sowjetunion. Im Mai 1985 leitete er die Delegation Indiens bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Sieges des sowjetischen Volkes über Hitlerdeutschland.

Vom 1. bis 3. November d. J. weilte er als neuer Außenminister zu einem kurzen Arbeitsbesuch in der UdSSR.

unsere Wirtschaftsreform legt Touren auf. Schon haben sich die Leiter noch einiger polnischer und sowjetischer Betriebe getroffen, die die Absicht haben, ihre Produktion zusammenzuschalten. Die nötigen technologischen Unterlagen werden zusammengestellt, und Ingenieure überlegen sich den Ablauf der gemeinsamen Produktion. Der Termin für die Eröffnung der gemeinsamen Betriebe hängt jetzt also direkt von den konkreten Arbeitskollektiven und den Staatsorganen ab, die deren Arbeit zu stimulieren haben."

"Was für Organe, Ministerien?"

"Nein. In Polen ist beim Ministerrat eine Stab von Bevollmächtigten gebildet worden, die den Auftrag haben, sich mit den Direktverbindungen zu befassen. Jeder gemeinsame Betrieb unterstand ja früher ganz oder teilweise einem Ministerium. Wenn die jetzt alle anfangen würden, sich in das Gebaren ihrer Betriebe einzumischen und dabei ihre elterlichen Gefühle und Verpflichtungen geltend zu machen, dann würde aus der ganzen Sache nichts werden. Deshalb gibt es jetzt im Verwaltungswesen einen Vertreter der Regierung für gemeinsame Betriebe. Er ist befugt, über alle bei der gemeinsamen Betätigung auftretenden Fragen zu entscheiden, die die Beziehungen der Betriebe und der

Länder, in denen sie bestehen, betreffen, beispielsweise Rechtsfragen. Die Abkommen (als Rechtsakt) berühren so oder so die Rechtsbestimmungen der beteiligten Länder. Der Bevollmächtigte muß sie in Einklang mit den Interessen der Perfektionierung neuer Formen der sozialistischen Zusammenarbeit bringen."

Die in Warschau geschlossenen Abkommen werden die sowjetisch-polnische Zusammenarbeit zweifellos auf ein neues Niveau bringen, da beide Seiten daran interessiert sind.

Doch reicht das Interesse der Wirtschaftsorganisationen offenbar nicht aus, die direkte Zusammenarbeit in geregelte Bahnen zu lenken. Es bedarf auch ständiger Informationen über die wahrscheinlichen Möglichkeiten der Kooperationspartner und über die Absatzmärkte. Auch müssen viele andere wirtschaftsorganisatorische Probleme gelöst werden, die den Experten ja bekannt sind. Auch müssen die Grundsätze für die Anbahnung von Direktverbindungen zwischen Betrieben von RGW-Ländern weiterbearbeitet werden. Kurz, es bleibt noch recht viel zu tun. Gebraucht wird auch ein Mustervertrag oder ein Musterabkommen im Rahmen des RGW, die die wichtigsten Bedingungen für solche Zusammenarbeit enthalten müssen.

B. KOSLOW

Der kürzlich in Kopenhagen beendete Weltkongreß anläßlich des Internationalen Jahres des Friedens verdeutlichte Erfolge wie Probleme der Friedensbewegung. Davon soll die Rede sein in dem Gespräch unserer Korrespondentin Galina Sidorowa mit Juri SHUKOW, Kongreßdelegierter und Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees.



Lehre für die Zukunft

Läßt sich sagen, daß sich das neue Denken in der Friedensbewegung behauptet hat!

In diesem Zusammenhang einige Worte zum Kongreß. Seine Bedeutung ist enorm. Er war eine Art politisches Experiment, der Versuch von einigen Antikriegsbewegungen, die Reihen zu erweitern, indem der Dialog mit jenen weitergeführt wird, die für die Beendigung des Wettrüstens eintreten, doch immer noch von antikommunistischen Vorurteilen befangen sind. Wir gingen davon aus, daß jetzt das Überleben der Menschheit im Nuklearzeitalter zu sichern ist. Eine solche Aufgabe allein mit Gleichgesinnten zu lösen, ist unmöglich. Hier ist fürwahr die ganze Menschheit gefordert.

Die sowjetischen Friedensanhänger und auch viele unserer Kollegen im Westen werden tatsächlich vom neuen Denken durchdrungen. Wir glauben aufrichtig, daß Nuklearwaffen nie eingesetzt werden dürfen, daß ein Nuklearkrieg ein Verbrechen ist. Unsere Schlußfolgerung: Die Nuklearwaffen müssen vernichtet, Weltraumwaffen dürfen nicht entwickelt werden.

Wieweit wird diese Haltung, das neue Verständnis der Situation heute von jenen Gruppen der Antikriegsbewegung geteilt, die sich als unsere ideologischen Opponenten ansehen!

Meiner Meinung nach muß ein Unterschied zwischen der aufrichtigen Überzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Haltung und deren formeller Unterstützung gemacht werden. Von nun an wagt niemand mehr zu erklären, er betrachte einen — begrenzten, Präventiv-, ja einen beliebigen — Nuklearkrieg als sinnvoll oder möglich. Doch weitaus nicht alle haben den Ernst des Augenblicks erkannt, sind sich bewußt geworden, daß es in einem Nuklearkrieg keinen Sieger geben kann. Auf dem Kongreß verteidigte niemand die Nuklearwaffen. Zugleich aber machten einige Teilnehmer einen Verzicht darauf von der Lösung von Fragen abhängig, die mit dem eigentlichen Problem absolut nichts zu tun haben. Sie wiederholen wie in den 60er, den 70er und zu Beginn der 80er Jahre eine These, die übrigens eine Lieblingstheorie von Präsident Reagan ist: "Die Völker sind nicht gegenseitig mißtrauisch, weil sie aufrüsten. Sie rüsten auf, weil sie einander nicht vertrauen..." Das führt dann zur Forderung nach Veränderung des Gesellschaftssystems in den sozia-

listischen Staaten und in einigen Entwicklungsländern als Vorbedingung für die Abrüstung. Das ist ein gefährlicher Kurs. Könnten wir ja eben so gut diese Formel gegenüber der kapitalistischen Welt wiederholen: Wir vertrauen euch nicht, weil wir meinen, daß euer System überholt ist, usw. Doch wir stellen die Frage nicht so. Das neue Denken verlangt die Notwendigkeit, sich über die politischen, ideologischen und ökonomischen Differenzen zu erheben. Es muß endlich klar werden, daß wir trotz all dieser Differenzen das Problem der Beseitigung der Nuklearwaffen und der Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums lösen müssen.

Wir sind daran gewohnt, daß auf derartigen Foren irgendwelche Dokumente verabschiedet werden. Warum geschah das diesmal nicht!

Die Teilnehmer waren der Meinung, daß wenn ein Schlußdokument erarbeitet wird, ein Redaktionsausschuß eingesetzt werden müsse. Er würde nächtelang nach allen zusagenden Formulierungen suchen. Im Ergebnis hätte man dann ein umfangreiches Dokument, mit dem der Ausschuß zufrieden wäre. Und weiter? Zudem wird, wenn es um die Lösung so bedeutender Probleme wie die Beseitigung der Nuklearwaffen und die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums geht, die Frage nicht mit Stimmenmehrheit entschieden, selbst wenn 2000 Teilnehmer dafür und 300 dagegen votierten. Die Kongreßveranstalter wollten allen die Möglichkeit geben, eigene Ideen und Dokumente vorzuschlagen und dafür Unterschriften zu sammeln. Interessanterweise enthalten der von japanischen Friedensanhängern vorgeschlagene Aufruf aus Hiroshima und Nagasaki, der gemeinsame sowjetisch-amerikanische Appell, der im Sommer d. J. von den Teilnehmern der Friedensfahrt auf dem Mississippi im UNO-Hauptquartier unterzeichnet wurde, und die eben in Kopenhagen ins Leben gerufene Initiative der Delegation der Länder der "Sechs von Delhi", der Appell von Kopenhagen — ihre Verfasser hatten das nicht abgesprochen —, die gleichen Ideen: Nein zu den Nuklearwaffen, Nein zur Militarisierung des Weltraums, Ja zu einem unverzüglichen Verbot der Kernwaffentests.

Wir wissen, daß Gegner der Friedensbewegung die Arbeit des Kongresses zu stören suchten. Wodurch erklärten Sie, daß sie letztlich sogar zu offenem Terror griffen!

Noch vor Beginn des Kongresses gingen das State Department und das britische Foreign Office zum Angriff über. Sie verbreiteten Dokumente, in denen sie das Forum als Unterfangen, das von der Sowjetunion mittels des Weltfriedensrates inszeniert worden sei, verdammt. Der Kongreß begann nichtsdestoweniger. Und die Zusammensetzung der Kongreßteilnehmer erwies sich als recht breit gestreut. Grußbotschaften nach Kopenhagen entsandten Rajiv Gandhi, Raul Alfonsín, Senator Kennedy und andere namhafte Politiker.

Als der Kongreß nicht vereitelt werden konnte, tauchten in Kopenhagen plötzlich Leute auf, die mit der Friedensbewegung absolut nichts zu tun haben und nur ihre eigenen politischen Ziele verfolgen. Sie alle wurden in die nationale Delegation der dänischen Pazifistenorganisation "Nein zu den Atomwaffen!" aufgenommen. Dabei hoffte man, daß diese "Kämpfer" nicht zu Wort kommen würden, und dann könnte man den Kongreß als "einseitig", "kommunistisch" anprangern. Doch diese Leute durften sprechen — und das wiederholt. Nur fanden sie weder Verständnis noch gar Unterstützung.

Der Kongreß ist vorbei. Was sind seine Lehren! Wie wird es weiter gehen!

Zunächst zu uns, den sowjetischen Friedensanhängern. Unsere Antwort ist die massenhafte Teilnahme an der Aktionswoche für Abrüstung. Angaben der örtlichen Friedenskomitees zufolge (in unserem Land gibt es 120) ist die Stimmung dort kämpferisch wie nie zuvor. Wir werden den Kopenhagener Aufruf durch Aktionen zur Verwirklichung jenes wertvollen Pakets von Vorschlägen unterstützen, das von der sowjetischen Seite bei der Begegnung in Reykjavik vorgelegt wurde.

Ich meine, daß der Kongreß Impulse für Massenaktionen auch in anderen Ländern geben wird. Wir veranstalteten in Kopenhagen zweiseitige Begegnungen mit der amerikanischen Delegation, mit den Delegationen aus der BRD, Frankreich und Griechenland, tauschten Erfahrungen aus, sprachen von den Perspektiven. So berichteten die bundesdeutschen Freunde von den Arbeiterfriedensinitiativen. Das ist eine neue Erscheinung, da bei den großen Demonstrationen von 1983 die Arbeiter nicht in der Mehrheit waren. Vor allem Jugendliche, Schüler, Studenten und die Intelligenz gingen damals auf die Straße. Die Arbeiterklasse muß jetzt ihr entscheidendes Wort sagen.

Die sowjetischen Friedensanhänger werden nach wie vor für den Zusammenschluß aller Antikriegskräfte zur Lösung unserer Hauptaufgabe, der Bewahrung des Weltfriedens, eintreten.

Die Kongreßvorbereitung war für die verschiedensten Antikriegsorganisationen sehr lehrreich. Alle haben davon profitiert. Sie haben gelernt, den Dialog zu führen und gemeinsame Lösungen, Kompromisse zu suchen. Und das ist eine ausgezeichnete Lehre, eine Lehre für die Zukunft.

Moslems im Friedenskampf

"Baku wurde zu einem zweiten Mekka", sagten die ausländischen Journalisten, die in die Hauptstadt Sowjetaserbaidshans gekommen waren, um über die internationale islamische Konferenz "Moslems im Friedenskampf" zu berichten. Die mehr als 700 Millionen Moslems der Welt schauten einige Oktobertage lang nach Baku. 189 Emisäre aus 59 Ländern Asiens, Afrikas, Europas und Amerikas sowie Vertreter regionaler und internationaler islamischer Organisationen waren hierher gekommen. Zusammen mit den sowjetischen Glaubensbrüdern — 250 Vertretern der vier geistlichen Verwaltungen der Moslems der UdSSR — erörterten sie gemeinsame Schritte und Maßnahmen zur aktiven Einbeziehung der Moslems in die Antikriegsbewegung, in den Kampf für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, für die Gesundung der Weltlage.

Bereits 1979, zu Anfang des 15. Jh. der islamischen Zeitrechnung, die der Überlieferung zufolge mit der Übersiedlung des Propheten Mohammed aus Mekka



Konferenzteilnehmer in einer Moschee von Baku

Foto: Aserinform

nach Medina begann, hatten sich die Moslemorganisationen der UdSSR an die Glaubensbrüder mit dem Aufruf gewandt: "Machen wir das 15. Jh. der Hedschra zu einem Jahrhundert des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern!"

1986, das von der UNO zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt wurde, ergriffen die geistlichen Verwaltungen der sowjetischen Moslems die Initiative, in der UdSSR die internationale islamische Konferenz "Moslems im Friedenskampf" durchzuführen. Diese Initiative fand überall ein großes Echo. Zur Konferenz nach Baku kamen 14 Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordnete, 12 Muftis und oberste islamische Richter, 29 Leiter nationaler islamischer Organisationen und Zentren, angesehene islamische Theologen. An dem Forum nahmen der persönliche Vertreter des UNO-Generalsekretärs, die

Generalsekretäre der größten internationalen Moslemorganisationen teil — der Weltislamliga und der Internationalen Gesellschaft "Islamischer Aufruf". Das Treffen in Baku erhielt Grußbotschaften von den Leitern der Islamischen Konferenzorganisation, der Arabischen Liga sowie führender Repräsentanten von Ländern und Regierungen.

So erklärte der Minister für Angelegenheiten des Islam und der Wakufen der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Muhammed Ahmed Al-Hazraji, vor Journalisten: "Wir sind beeindruckt von dem, was wir in der Hauptstadt Sowjetaserbaidshans gesehen haben... Die Gewährleistung der Freiheiten, insbesondere der Rede- und Gewissensfreiheit, kennzeichnet den innenpolitischen Kurs der UdSSR. Der Aufruf aus der Sowjetunion zu einem islamischen Friedensforum ist von ihrer aufrichtigen Friedensliebe diktiert."

Der Vorsitzende der geistlichen Verwaltung der Moslems Mittelasiens und Kasachstans, Mufti Shamsudinkhan Babachanow, erklärte in seinem Vortrag "Islam und Frieden im Nuklearzeitalter": "Wir, Vertreter von Moslems vieler Länder, müssen direkt und selbstkritisch eingestehen, daß die Moslems der Welt, die verschiedenen islamischen nationalen und internationalen Organisationen noch weitaus nicht voll ihre reichen Möglichkeiten für die aktive Teilnahme am Kampf für den Frieden, gegen den nuklearen Wahnsinn, gegen das Wettrüsten nutzen."

Diese Worte wurden von den übrigen Forumsteilnehmern aufgegriffen. Folgende Themen wurden auf den Plenar- und Sektionssitzungen erörtert: "Die Rolle der Moslems im Friedenskampf im Nuklearzeitalter", "Die Lehre des Islam über die Prinzipien des Friedens, der Freundschaft, der Gerechtigkeit und die Gegenwart", "Die Entwicklung moslemischer Kontakte als Faktor der Festigung des Weltfriedens und der Völkerverständigung". Die Redner konstatierten, daß das Wort "Frieden" mehr als 20mal im Koran erwähnt wird. Sie unterstrichen, daß wahre Moslems nicht abseits stehen dürfen bei der Suche nach einer Lösung für die brennendste Frage der Gegenwart — die Abwendung der Gefahr des selbstmörderischen Untergangs der Menschheit. Zusammen mit den anderen Gläubigen verwerfen die Moslems die Idee des Selbstmordes als Sünde. Zugleich aber darf man, wenn man für den Frieden eintritt, nicht zu Kapitulation und Unterwürfigkeit aufrufen, erklärten die Konferenzteilnehmer. Viele Konferenzgäste verurteilten gegenseitigen Streit, der in der Regel von an der Spaltung der islamischen Welt interessierten imperialistischen und zionistischen Kräften inspiriert ist.

Die Reden der Teilnehmer des Treffens, die die Moslems der Welt auf die Bewältigung der Menschheitsaufgabe sowie der akuten und vordringlichen

Probleme der islamischen Welt, vor allem der Palästinafrage, orientieren, isolierten jene, die die Arbeit der Konferenz auf die Erörterung der "afghanischen" Frage und einiger anderer künstlich aufgebauschter Fragen beschränken wollten. Teilnehmer mit solchen "Wünschen" standen vereinzelt da.

Die Konferenz von Baku verabschiedete drei Schlußdokumente: "Aufruf an alle Moslems, alle Menschen guten Willens", "Aufruf an alle Parlamente, Regierungen und die Organisation der Vereinten Nationen" und ein Kommuniqué. Bezeichnenderweise fand in diesen Dokumenten das breite, von der UdSSR verkündete Programm für die etappenweise Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 und für die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit eine hohe Einschätzung. In den Dokumenten wurde auch die Verlängerung des einseitigen Moratoriums für Nukleartests durch die UdSSR als "Zeugnis ihres guten Willens und des aufrichtigen Strebens nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung" gebilligt. Das Forum von Baku schlug vor, eine asiatisch-pazifische Konferenz der Vertreter aller Religionen zur Festigung von Frieden und Sicherheit in der Region einzuberufen. Dieser Vorschlag harmoniert mit der von Michail Gorbatschow am 28. Juli in Wladiwostok vorgeschlagenen Idee der Einbeziehung des asiatisch-pazifischen Raums in den Prozeß der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit.

Es wurde beschlossen, ein ständiges Organ der Konferenz "Moslems im Friedenskampf" zu schaffen. Dieses Organ, in das auch fünf Vertreter sowjetischer Moslemorganisationen gewählt wurden, soll zur Verbreitung und Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse beitragen und den Zusammenschluß der Moslems der Welt im Friedenskampf fördern. Doch ein solcher Zusammenschluß bedeutet keineswegs eine islamische Selbstisolierung, wie das einige westliche Journalisten hinstellen suchen. Die fortschrittlichen islamischen Würdenträger sprachen sich für eine Ausweitung der Kontakte und des Dialogs nicht nur mit Vertretern anderer Religionen, sondern auch mit verschiedenen weltlichen Kreisen aus. So unterstrich der oberste Mufti der Syrischen Arabischen Republik, Ahmed Kefaru, die Notwendigkeit, sich aktiv um die Vereinigung der Friedensbemühungen der religiösen Würdenträger, der fortschrittlichen Wissenschaftler und der weitsichtigen Politiker zu bemühen, um Krieg und Aggression, Imperialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Zionismus zu widerstehen.

Der Vorsitzende der geistlichen Verwaltung der Moslems Transkaukasiens, Scheich ul Islam Allahukur Pashazade, der für den bevorstehenden Zeitraum zum Vorsitzenden des ständigen Organs gewählt wurde, verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß die Teilnehmer des Treffens die Moslems in allen Ländern zum aktiven Kampf für den Frieden, für die Einstellung des Wettrüstens und die Beseitigung der Nuklearwaffen gewinnen werden.

O. WOLGIN

DER ROTE OKTOBER IN MEINEM LEBEN

Fünf Interviews

auf dem Schloßplatz

Nikolai ISATSCHIK

Konteradmiral a. D., Mitglied der KPdSU seit 1918, stellvertretender Vorsitzender des Rats der Parteiveteranen beim KPdSU-Gebietskomitee Leningrad:

Als die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollbracht wurde, war ich 16 und Gymnasiast in Nowgorod. Die Nachricht von einem Aufstand in Petrograd versetzte unsere Stadt in Aufruhr. Für uns Jungens — natürlich nicht alle, sondern nur jene, die mit den Bolschewiki sympathisierten — war es bitter, daß wir in jener historischen Nacht nicht auf dem Platz vor dem Winterpalast waren und nicht den Palast selbst erstürmten. Uns schien, daß wir zu spät geboren worden waren, daß man alles Entscheidende schon ohne uns entschieden hatte und das Leben an uns vorbeigegangen war.

Das Leben aber begann erst, und auch uns fiel ein gutes Stück Arbeit zu. Im April 1919 war ich bereits an der Front und beteiligte mich an der Zerschlagung von Koltshaks Weißgardisten. Dann hingte ich meine Uniform für kurze Zeit an den Nagel, um gemeinsam mit anderen Komsomolzen das Land wieder aufzubauen. Als ich 1922 erneut eingezogen wurde, kam ich in die 2. Baltische Schiffsstammabteilung — und somit zum erstenmal nach Petrograd. Bei der 1.—Mai-Parade im gleichen Jahr trug ich das Banner meiner Abteilung über den Platz.

Meine älteren Kameraden aus der Abteilung bleiben mir unvergeßlich. Wir Rekruten, die wir übrigens schon im Kugelregen gestanden hatten, sahen zu unseren "Älten" (sie waren damals höchstens 30) voller Bewunderung, ja andächtig auf: Sie waren Matrosen der Revolution! Als der Große Vaterländische Krieg begann und es erneut galt, die Errungenschaften des Roten Oktober zu verteidigen, fühlten auch wir uns als Matrosen der Revolution.

Nach dem Großen Sieg nahm ich mehrmals an den Paraden auf dem Platz vor dem Palast teil. Auch jetzt komme ich am 7. November jedesmal her. Das Marschieren kommt für mich leider nicht mehr in Frage, aber auch auf der Tribüne für Gäste empfinde ich eine enorme

Freude beim Anblick der vorbeiziehenden Kolonnen. Jede solche Parade und jede Manifestation erinnern mich an meine Jugend: In den heutigen Demonstranten erkenne ich mich und meine Kampfgenossen wieder. Sie sind jetzt ebenso jung, wie wir damals waren, und ebenso bereit, für die Sache der Revolution zu kämpfen.

Juri JERJOMIN

Montageschlossler der Shdanow-Werft, Mitglied des Komsomolbüros der Montagehalle:

Neben dem Eingang zu unserem Werkhof steht ein Obelisk zu Ehren der ersten Arbeiterversammlung am 1. Mai in Rußland. Der Bezirk, in dem ich arbeite, trägt den verpflichtenden Namen Narwaer Tor. In den Jahren der Revolution wurden hier Truppen der Roten Garde formiert. Lenin war und sprach hier wiederholt.

So kommt es, daß jenes für mich — ich bin 23 Jahre alt — in ferner Vergangenheit liegende Ereignis jeden meiner Tage prägt.

Besonders deutlich verstehe ich das hier, auf dem Platz vor dem Palast. Als wir, Teilnehmer des 16. Unionstreffens der besten Jungarbeiter und Berufsschüler von Stadt und Gebiet Leningrad, herkamen, sah ich mich plötzlich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch war das nicht auf meine Person zurückzuführen, vielmehr darauf, daß ich zu jenen Schiffbauern der Shdanow-Werft gehöre, denen die Restaurierung der "Aurora", des legendenumwobenen Kreuzers der



Revolution, anvertraut wurde. Die Teilnehmer des Treffens wollten wissen, wie die Wiederherstellung vor sich gehe und ob der Kreuzer bald auf seinen gewohnten Platz gegenüber dem Winterpalast zurückkehre. Angesichts dieses lebhaften Interesses dachte ich: Der Platz der "Aurora" ist in jedem lebendigen Herzen.

Marie-Christine GIRARD

Dipl.—Ing. für Fernwesen (Frankreich):

Von der Sowjetunion erfuhr ich im Lyzeum, wo ich Russisch lernte. Mir schien, daß ich dieses Land nicht schlecht kannte. Doch veränderten sich meine Vorstellungen nach mehreren Dienstreisen nach Moskau, Tbilissi, Leningrad und anderen Städten beträchtlich. Es geht doch nichts über eigene Erfahrungen.





Partei. Das war eine schwierige Aufgabe. Alle wußten, wogegen sie kämpften: gegen den Feudalismus, nur wenige jedoch wußten um das Wofür. Zahlreiche konkrete Fragen erhoben sich, etwa: Wie ist der Boden aufzuteilen? Auf diese Fragen mußten unverzüglich klare und allgemeinverständliche Antworten gegeben werden. Da galt es, sich dem Programm der Bolschewiki zuzuwenden, dank dem sie das russische Proletariat zusammenschlossen und zum Kampf erhoben.

Die Stadt der ersten sozialistischen Revolution der Welt hat mich vieles gelehrt. Hier wurde ich mir darüber klar, was Sozialismus ist, und konnte dank Leningrad nach Kräften zum Aufbau des neuen Äthiopien beitragen.

Alfred KÖNIG
Angestellter aus Schönebeck (DDR):

Die Leningrader nennen diesen Platz und die benachbarten Straßen und Prospekte, soviel ich weiß, einfach das Zentrum. Offenbar stimmt das vom Standpunkt der Topographie und der Städtebaukunst. Doch ich glaube, darin steckt noch ein Gedanke.

Auf diesem Platz empfindet man sich nicht nur im Zentrum der Stadt, sondern auch schon im Zentrum der Geschichte. Alles, was hier vor 69 Jahren geschah, verlief sehr schnell. Der Schuß der "Aurora", der Sturm auf den Winterpalast, der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß — all das passierte binnen eines Tages und einer Nacht, sogar noch schneller. Die Zeit aber ging entzwei, eine neue Geschichte der Menschheit begann: die Geschichte des Sozialismus, und sie erforderte eine neue Zeitrechnung. Die Werktätigen gewannen eine Zukunft, ganz gleich, in welchem Lande sie lebten.

Der Platz hier hat sich in diesen Jahrzehnten wohl kaum verändert, aber er gibt einem die Empfindung, sozusagen im Zentrum des heutigen Tages zu stehen. Für unseren ganzen Planeten gibt es heute keine akutere Frage als die nach Krieg und Frieden. Eine Antwort darauf wurde — und das darf nicht vergessen werden! — schon damals, am 25. Oktober gegeben: durch das Dekret über den Frieden als erstes Dokument der Sowjetmacht.

Leningrad und sein historischer Platz des Roten Oktober erwecken auch zahlreiche andere Gedanken. Doch ich bleibe bei dem einen, der mir am teuersten ist, beim Gedanken an den Frieden. Gibt es den Frieden, so gibt es alles andere.

Diese fünf Interviews vor dem Oktoberfest nahm auf dem Schloßplatz im Auftrag der NZ-Redaktion der Leningrader Journalist Michail Kuschnir. Bei aller Unterschiedlichkeit der Interviewten — und ihre Zahl könnte beliebig vergrößert werden — bezeugen sie: Die Menschen betreten den Platz vor dem Winterpalast, um mit der Geschichte, der neuesten Geschichte, in Berührung zu kommen.

Leningrad

In meiner Heimat ist Leningrad vor allem die Ermitage mit ihren reichen Sammlungen; manchmal erinnert man sich im Zusammenhang mit der Stadt auch an den Großen Vaterländischen Krieg. Das sind die beiden Hauptbegriffe, und bei so manchem hat es damit auch sein Bewenden. Doch auf diesem Platz vor dem Winterpalast sieht man alles anders, in größeren Zusammenhängen. Nein, es ist nicht nur die Ermitage und die Kunstgeschichte, es ist vielmehr die Geschichte der Menschen. Ein höchst einfacher Gedanke: Ohne die Oktoberrevolution hätten meine Landsleute, hätte ich die Sammlungen der Ermitage nie gesehen.

Dieser Platz ist, wie ich ihn jetzt sehe, ein Teil des Lebens dieser Stadt, worin Vergangenheit und Gegenwart, Baukunst und Menschen unlösbar miteinander verbunden sind. Eine Stadt kennenzulernen, bedeutet, ihre Einwohner verstehen zu wollen, und Verstehen ist ein Schritt zur Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit, die Anbahnung geschäftlicher Kontakte zwischen unseren beiden Ländern gehören denn auch zum Aufgabenkreis bei meinen UdSSR-Reisen.

DEBESAYE SENBETO HAILU
(Äthiopien), Aspirant an der Leningrader Akademie für Forstwirtschaft:

Ich glaube nicht, daß ich ohne die Sowjetunion je Bildung erhalten und Wissenschaftler werden könnte.

Ich wurde in einer armen äthiopischen Familie geboren, mein Vater arbeitete für den Gutsherrn. Nach 8 Klassen

Schulbesuch konnte ich nur deshalb weiterlernen, weil die UdSSR in Bahrdar eine TH eröffnet hatte, wo man unabhängig von der Stellung der Eltern aufgenommen wurde und das Studium unentgeltlich war. Später, 1966, wurde ich zum Studium nach Leningrad entsandt.

Ich war mehrmals an Lenin-Gedenkstätten, kam wiederholt auf den Platz vor dem Winterpalast, um mir vorzustellen, wie sich hier alles 1917 abspielte, was die Bolschewiki taten, was sie fühlten und dachten. Das war mir notwendig, weil in meinem Land eine antif feudale Bewegung erstarkte und sich eine revolutionäre Situation herausbildete. Aber unserer Bewegung mangelte es an Organisiertheit. Die Jugendzellen und revolutionären Gruppen mußten konsolidiert werden, dazu bedurfte es aber einer echten politischen



Reykjavik und SDI

Dr. sc. Alexej ARBATOW

Die berüchtigte "Strategische Verteidigungsinitiative" war der Stein des Anstoßes auf dem Wege historischer Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA. Worauf ist Washingtons Haltung zurückzuführen?

Auf den ersten Blick scheint das SDI-Programm so gut voranzukommen und den USA so verlockende Resultate zu versprechen, daß dies alles für sie jenen riesigen Beitrag zur Sicherheit aufwiege, den neue Abkommen über die Begrenzung von Kernwaffen schon heute leisten könnten. Wie steht es damit in Wirklichkeit?

Nach dem Genfer Gipfeltreffen im vorigen Jahr zogen amtliche Vertreter des Weißen Hauses und des Pentagon eine lautstarke Kampagne über Fortschritte im SDI-Rahmen auf. Laut Verteidigungsminister Weinberger sei "ein weit größerer Vorstoß als voraussehbar erzielt worden; die Hürden auf dem Wege des Fortschritts fallen". Der Wissenschaftsberater des Präsidenten G. Keyworth suchte zu überzeugen: Man habe es "mit fundamentalen Vorstößen zu tun, die uns zweieinhalb Jahre später eine viel größere Sicherheit geben, als zur Zeit der ersten SDI-Rede" (des Präsidenten) "selbst Optimisten annahmen". General Abrahamson, Direktor des Amtes für die Verwirklichung von SDI, berauscht sich ebenfalls an "unglaublichen" und "radikalen Vorstößen".

Die große Werbung, die von Zeitschriften, Zeitungen und Fernsehen aufgegriffen wurde, gefiel wohl auch dem Präsidenten und machte Eindruck auf einige Leute in den USA und auswärts. Viele geben sich noch immer nicht die Mühe, auf das Wesen des Problems einzugehen, oder neigen dazu, die "amerikanische technische Allmacht" blind anzubeten.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Aufmerksamkeit Leichtgläubiger auf die Meinung kompetenter, aber uneigenütziger Quellen lenken. Beispielsweise auf die qualifizierten technischen und strategischen Schätzungen des "Komitees der sowjetischen Wissenschaftler für den Frieden, gegen die nukleare Gefahr", auf die Schlüsse von Experten aus der "Amerikanischen Wissenschaftlerfor-

deration" und der "Union besorgter Wissenschaftler".

Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht auch eine vor kurzem für die Öffentlichkeit freigegebene Studie, die im Auftrag mehrerer US-Senatoren durchgeführt wurde; sie stützt sich auf Zeugnisse von mehr als 40 wissenschaftlichen Experten, die unmittelbar am SDI-Programm mitwirken. Es handelt sich um Fachkräfte aus den größten militär-technischen Zentren, aus Projektierungsbüros der SDI-Organisation, dem Hauptfinanzamt und dem Aufklärungsdienst des Pentagon. Ihre Erläuterungen, die "nicht für die Presse bestimmt" waren und "ohne Bezugnahme auf Personen" gegeben wurden, entwerfen ein Bild, das sich von den rosigen Berichten führender Amtspersonen merklich unterscheidet.

Ein gewisser technischer Fortschritt ist in einigen der von der SDI-Organisation vergebenen rd. 2000 Aufträge nicht zu leugnen. Die für diese Zwecke 1984/85 ausgegebenen mehr als 4 Md. Dollar sind ein ganz guter Ideenbeschleuniger. Doch ist es himmelweit von Erfolgen in einzelnen Projekten bis zum Erfolg des ganzen Programms einer mehrfach gestaffelten Raketenabwehr mit raumgestützten Komponenten. Zeugnisse von Leuten, die unmittelbar mit SDI-Entwicklungen beschäftigt sind, belassen keinen Zweifel: Nichts berechtigt zu dem Schluß, daß ein solches Raketenabwehrsystem realisierbar sei.

Wenn in den letzten Jahren etwas klarer wurde, so ist es die Erkenntnis dessen, wie unglaublich kompliziert die technischen, strategischen und operativen Probleme sind, die sich dem Programm in den Weg stellen. Wie es in der im Auftrag des Kongresses durchgeführten Studie heißt, "sind die technologischen Hindernisse weit größer, das wahrscheinliche Offensivpotential und wahrscheinliche Gegenmaßnahmen der Sowjets weit ernster, die Schwierigkeiten der materiellen Absicherung, der Nutzung und Kampfsteuerung viel

zahlreicher, als ursprünglich angenommen".

So stellt sich heraus, daß die Aufgabe, die Raketen der anderen Seite in der Startphase abzufangen, wozu die erste raumgestützte Staffel der Raketenabwehr bestimmt ist, noch schwieriger ist, als man vermutete. Es ist immerhin ein Unterschied, ob ein unweit aufgestelltes Raketenmodell durch einen Laserstrahl durchsengt (und Reportern das Foto zugeschoben) wird oder ob Hunderte echte Raketen bei ihrem Austritt aus der Atmosphäre auf einer Bahn von mehreren tausend Kilometern von Kampfstationen im Orbit in wenigen Minuten zerstört werden.

Eine Antwort darauf, wie die Unverwundbarkeit der Weltraumelemente eines großangelegten Raketenabwehrsystems zu gewährleisten sei, wurde bisher nicht gegeben. Die Achillesferse solcher Projekte ist die Berechenbarkeit des Punktes im Orbit, die Sichtbarkeit von der Erde und aus dem Weltraum aus, ferner die durch die Weltraumtransporter vorgegebenen Begrenzungen für Gewicht und Abmessungen. Wie sich außerdem herausstellt, können praktisch alle Arten von Weltraum-Angriffswaffen, die zum Abfangen ballistischer Raketen bestimmt sind, auch dazu verwendet werden, Orbitalstationen und Erdsatelliten zu vernichten, und zwar einfacher, billiger und wirksamer, sowohl aus dem Weltraum als auch von der Erde aus.

Immer mehr Komplikationen ergeben sich bei der Lösung der Aufgabe, wie man unter Hunderttausenden falschen Zielen und künstlichen Störungen die echten Gefechtsköpfe ausmacht. Die Attrappen und Störungen sind dazu da, die Raketenabwehrsysteme am mittleren Bahnabschnitt zu überlasten und zu desorientieren.

Das gegenwärtige SDI-Programm mit seinen zahlreichen ungelösten Problemen unterscheidet sich immer mehr von jenem, das 1983 die vom Präsidenten eingesetzte Fletcher-Kommission vorschlug und das 1984/85 finanziert wurde. Fast die Hälfte der vielen Projekte wurde gemäß der erwähnten Studie gebremst, auf bescheidenere Aufgaben umgestellt bzw. ganz aufgehoben.

So wurde das System, das die Journalisten in helle Begeisterung versetzte — eine Kampf-Orbitalstation mit einem chemischen Laser —, faktisch wegen seiner Unwirksamkeit einfach abgehängt. Die Experimente mit seinem Prototyp "Alpha" gehen nur deshalb weiter, weil die Auftragnehmer schon viel zu große Summen kassiert haben. Die erwartete Zerstörungskraft des neutronengepumpten Röntgenlasers, um dessentwillen die Tests in Nevada weitergehen, wurde heruntergesetzt. Die Aufgabe Nr. 1 ist jetzt nicht das Abfangen von Raketen, sondern die Feststellung echter Gefechtsköpfe unter Attrappen. Dasselbe trifft für den Beschleuniger geladener Teilchenstrahlen und für mehrere andere Systeme des gezielten Energieschwall's zu.

Neuerdings entdeckt man Probleme, wo man sie früher nicht ahnte. Wie sind Weltraumkomponente eines Raketenabwehrsystems in akzeptabler Zeit und bei vertretbarem Aufwand auf die Bahn zu befördern? Vorgesehen ist, im Weltraum bis zu 100 000 t Nutzlast zu

stationieren, das ist 200mal soviel, wie die USA gegenwärtig in einem Jahr in den Weltraum befördern. Das bedeutet unter Umständen 5000 Shuttle-Flüge in einer Preislage von etwa 600 Md. Dollar. In einem solchen Fall muß das amerikanische Potential der Beförderung von Lasten auf eine Bahn erhöht und sein Kostenpunkt auf ein Zehntel heruntergesetzt werden. Dazu braucht man eine technische und organisatorische Revolution bei der Erschließung des erdnahen Weltraums. Dabei präsentiert sie sich nicht so ermutigend, besonders nicht nach der Serie kosmischer Havarien der USA.

Wegen all dieser Komplikationen und Probleme wird das Programm zunehmend von raum- auf bodengestützte Elemente und von Waffen des gezielten Energieschalls auf traditionellere Raketen und Lenkgeschosse umorientiert. Am wichtigsten ist aber, daß man offensichtlich von der Zielsetzung Abstand nimmt, eine undurchdringliche "Astrokuppel" zu bauen, die die nukleare Eindämmung angeblich unnötig machen wird. Jetzt ist die Aufgabe nicht so anmaßend und heißt, ein ABM-System von Teilwirkung zu entwickeln. Sowohl General Abrahamson als auch Reagan selbst mußten letzten Endes zugeben, daß schon der Grundgedanke unreal war. Der Präsident sagte in diesem Zusammenhang: "Ich habe ja nie um 100 Prozent" (der Effektivität) "gebeten. Schön wäre es ja, aber... Selbst ein Teilerfolg von SDI würde die Eindämmung stärken und den Frieden konsolidieren."

Im Lichte dieser Tatsachen erkennt man die wahren Motive der offiziellen Erklärungen über einen "dramatischen Fortschritt" des SDI-Programms besser und sieht die verborgenen und verwinkelten Triebfedern und -riemen der US-Politik, all das, was die Haltung Washingtons in Reykjavik so rigide machte, genauer.

Der größte Störfaktor sind nach wie vor die imperialen Ansprüche und Hoffnungen, obwohl es immer schwieriger wird, über SDI zur militärischen Überlegenheit zu kommen. In gewissem Sinne wird die Entwicklung neuer Rüstungen zum Selbstzweck. Darauf besteht man wenn nicht um einer undurchdringlichen Verteidigung im Weltraum willen, so doch wenigstens dazu, eine teilweise wirksame Raketenabwehr unter Zuhilfenahme anderer Basierungsmethoden zu erreichen. Wenn nicht kosmische Raketenabwehrsysteme, so doch wenigstens Antisatellitensysteme, kosmische Beobachtungs-, Zielsuch- und Nachrichtenmittel, der Vormarsch an einer breiten Front der progressivsten militärischen Technologie. Es geht darum, das Weltrüsten zu verewigen, den Rüstungskonzernen Profite zu sichern, den Gegner auszupowern und die Konkurrenten und Verbündeten, die an die JS-Projekte angeschlossen werden, zu schwächen.

Nicht einmal in den herrschenden JS-Kreisen wird dieser Kurs von allen ebeilligt. Die sowjetischen Vorschläge in Reykjavik, die die Alternative zum weiteren Abgleiten in den Abgrund eines riesigen darstellen, haben das Dilemma zum äußersten zugespitzt. Gerade die unumstößliche Logik der sowjetischen Vorschläge hat die militaristische

Gruppierung in der Administration wie nie zuvor erschreckt. Das SDI-Programm wird immer heftiger von real denkenden Politikern und Wissenschaftlern kritisiert, und der Kongreß beschneidet einen von Jahr zu Jahr größeren Teil der angeforderten Bewilligungen. (Im Haushalt 1987 beschloß der Kongreß, sie um 40 Prozent zu kürzen.)

Die Erkenntnis setzt sich durch, daß eine undurchdringliche Verteidigung unrealisierbar ist. Zugleich wird die destabilisierende Rolle der Weltraum-Angriffswaffen immer klarer. Die Opposition zu den beispiellos kostspieligen und gefährlichen Star-War-Projekten wächst. Unter diesen Verhältnissen befürchten die Anhänger des Programms, daß die Einwilligung der Regierung, die Arbeiten im SDI-Rahmen auf Laborforschungen zu beschränken, jedes Interesse dafür abtöten könnte.

Ein Hauptziel von SDI war es, die UdSSR abzuschrecken und an eine Antwort heranzuführen, die in den USA erwartet wird: an die Anlegung eines ähnlichen breiten Systems mit kosmischen Staffeln von Angriffswaffen, die unverhältnismäßig teuer, dabei aber verwundbar und von zweifelhafter Wirksamkeit wären. Die UdSSR antwortete darauf eindeutig und auf höchster Ebene: Wenn nötig, würden Gegenmaßnahmen in kürzerer Zeit, mit geringeren Ausgaben getroffen werden und asymmetrisch sein, jedenfalls anders, als man sie sich in den USA vorstellt.

Welche konkreten Gegenmaßnahmen sind gemeint? SDI-Anhänger wagen es nicht, allgemeiner verständlich zu erklären, von welcher Struktur ihr System sein, welchen Effektivitätsgrad es haben, welche Aufgaben und in welcher Zeit es bewältigen und wie teuer es sein soll. Doch wie in der UdSSR und anderen Ländern durchgeführte Expertenforschungen zeigen, können als Antwort auf jede der theoretisch möglichen Varianten mehrere Widerstandsmittel und -methoden entwickelt werden, die das SDI-Programm rascher, wirksamer und billiger entwerfen werden.

Gerade eine solche Antwort befürchten die Eiferer des Raketenabwehrsystems am meisten. Gegenmaßnahmen, von denen wir hier sprachen, ziehen durch ihre potentielle und durchaus voraussagbare Effektivität die Chancen auf die Weiterentwicklung und -finanzierung des Programms in den USA in Zweifel. Daher rühren die Anstrengungen, die UdSSR von ihrem bekanntgegebenen Kurs abzubringen und sowohl durch desinformierende Werbung als auch durch Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen "radikale Durchbrüche" von SDI glauben zu machen.

Schließlich ein weiteres Moment, vielleicht das aktuellste. Der aggressivsten Gruppierung in der amerikanischen Führung bedeutet SDI das Hauptmittel, einen Ausweg aus der Sackgasse bei den Genfer Verhandlungen über Atom- und Weltraumwaffen endgültig zu versperren. Reykjavik führte das überzeugend vor Augen. Als Antwort auf die radikalen UdSSR-Vorschläge, die den Weg zu einem für beide Seiten annehmbaren Kompromiß bei einer weitgehenden Reduzierung von Kernwaffen freilegen, bekundete die amerikanische

Seite, ohne ihre Lippenbekenntnisse zum Frieden aufzugeben, erneut ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung des Star-War-Programms, obwohl die Entwicklung neuer Raketenabwehrsysteme und ganz besonders die Tests im Weltraum von Art. V des ABM-Vertrages verboten werden. Art. XV weist darauf hin, daß ein Land nur austreten kann, "wenn ausschließliche Umstände seine obersten Interessen gefährden, nicht aber nach Maßgabe technischer Neuentwicklungen". Die von der UdSSR vorgeschlagene einschneidende Reduzierung und später die Vernichtung von Kernwaffen kann nur von einem pervertierten Kopf als Bedrohung der obersten nationalen Interessen aufgefaßt werden.

Für all diese Paradoxa kann es nur eine einzige Erklärung geben. Die Gegner von Vereinbarungen in Reykjavik klammerten sich an alles und ließen selbst die elementare Logik und den gesunden Menschenverstand links liegen, nur um kein Abkommen über den Weltraum oder auch nur über eine Begrenzung der Kernwaffen strategischer Bestimmung und mittlerer Reichweite zuzulassen. Sie wissen sehr wohl: Erstens würde eine weitgehende und rasche Reduzierung der nuklearen Arsenale jede Unterstützung für SDI in den USA und in anderen Ländern an der Wurzel kappen, und zweitens wäre eine solche Reduzierung bei einem Verstoß gegen den ABM-Vertrag reziprok und folglich ein zusätzliches gewichtiges Argument zugunsten seiner Einhaltung.

Die Gegner einer Vereinbarung wollen die objektive strategische Beziehung zwischen offensiven Raketenkernwaffen und Antiraketensystemen benutzen, allerdings in umgekehrtem Sinne.

In Washington weiß man sehr gut, daß das Potential der Mittel für die Überwindung eines kosmischen Raketenabwehrsystems neben einer radikalen Reduzierung und Begrenzung von Kernwaffen weit mehr die Unantastbarkeit des ABM-Vertrages gewährleisten und die SDI-Entwicklungen erschweren können als formelle Verpflichtungen der USA. Deshalb rufen sie zur Verwirklichung von SDI auf (versprechen sogar, die Geheimnisse ihrer Innovationen der UdSSR mitzuteilen), um die Kernwaffen angeblich zu liquidieren, in Wahrheit aber benutzen sie jeden Vorwand, um den Vormarsch zu diesem Ziel zu blockieren und das Star-Wars-Programm ja nicht abzuschaffen. Sehr treffend sagte Michail Gorbatschow: "Das größte Übel von SDI ist, daß sie die Perspektiven von Verhandlungen unterminiert... Das ist das ganze Problem, ein nicht weniger politisches als militärisches Problem."

In der Tat sind Politik und Militärtechnik im amerikanischen "Sternenkriegs"-Programm schwer verknüpft. Seine Anhänger würden es nicht gern sehen, wenn die wahre Sachlage an den Tag träte. Sie verstehen, auf welch schwankendem Boden sie stehen, und fürchten deshalb jeden positiven Schritt bei den Verhandlungen UdSSR-USA. Doch gerade diese Unsicherheit, die sie zu beharrlichen "Nachhutgefechten" veranlaßt, zeugt am besten davon, daß sich die Wahrheit und realistische Sicht auf die Dinge trotz aller diplomatischen Hürden des amtlichen Washington Bahn brechen.

Wenn es keine Spuren gäbe...

Im US-Außenministerium ist eine Abteilung zur Bekämpfung von Falschmeldungen eingerichtet worden.

Mancher Leser wird gewiß staunen, wie rasch und selbstkritisch so etwas in Washington erledigt wird! Der Skandal wegen der großangelegten Falschmeldungskampagne der US-Administration vom August und September gegen Libyen ist ja gerade erst aufgefliegen, worüber wir in Heft 41 berichtet haben. Rekapitulieren wir kurz.

Nicht ausgehalten

Die "Washington Post" brachte am 2. Oktober einen langen Artikel ihres Korrespondenten Bob Woodward mit der Überschrift: "Ghaddafi, Spielball eines geheimen amerikanischen Irreführungsplans". Da hieß es: "Im August leitete die Regierung Reagan eine ungewöhnliche geheime Irreführungskampagne ein, die darauf abzielte, den libyschen Spitzenpolitiker Moammar Ghaddafi zu der Überzeugung zu bringen, daß US-Bomber nochmals einen Schlag gegen Libyen führen würden und daß dort möglicherweise ein Umsturz angestiftet werden würde." Um das glaubhafter zu machen, untermauerte man die Behauptung mit der neuen Finte, Libyen unterstütze schon wieder den Terrorismus.

Woodward zufolge wurde dieser Plan von Reagans Sicherheitsberater, Admiral John Poindexter, abgefaßt, im Weißen Haus am 14. August im engen Kreis detailliert erörtert und vom Präsidenten bestätigt.

Diese von der "New York Times" gelinde als "wissentlich inauthentisch" bezeichnete Information wurde zuerst dem "Wall Street Journal" zugespielt und wanderte dann durch die Zeitungsspalten und über die Bildschirme, wobei man sich auf ungenannte "Amtspersonen" berief, die das bereitwillig bestätigten: "Ja, grundsätzlich stimmt das alles."

(Eine kleine Nuance: Nach Angaben, die danach von US-Zeitungen eingeholt wurden, stammte der Plan für das Geheimunternehmen "Betrug" vom Außenministerium, das dem Weißen Haus einen dementsprechenden Vorschlag zugeleitet habe.)

Mit diesem Gerede sollte "in Libyen ein Führungswechsel bewirkt werden". Als Abgesandter des Weißen Hauses reiste Vernon Walters, UNO-Botschafter der USA, nach Westeuropa, um die NATO-Partner der USA zu veranlassen, die Sanktionen gegen Tripolis zu verschärfen. Flugzeugträger der USA hielten im Mittelmeer auf die libysche Küste zu. Diese Nervenattacke wirkte jedoch weder in den Hauptstädten Westeuropas noch auf die libysche Regierung.

Der Bostoner "Christian Science Monitor" fragt mit Recht: "Wenn uns das Weiße Haus schon einmal irregeführt hat, wie kann die Presse dann sicher sein, daß es sie nicht auch in anderen Angelegenheiten betrügen wird?"

Diese Skrupellosigkeit hat nicht einmal PR-Referent des Außenministers, Bernard Kalb, früher ein bekannter Zeitungsmann und Fernsehkommentator, aushalten können. Am 8. Oktober trat er zurück und erklärte, er könne "das nicht länger ertragen".

Kalb sagte zu Journalisten: "Ich mache mir Sorgen über den Schaden, den unsere Falschmeldungskampagne dem Vertrauen zu den USA zufügt. Ich war buchstäblich erschüttert."

Darauf ein Fernsehkommentator: "Staatssekretär Shultz hat eindeutig erklärt, daß eine Irreführung der Presse notwendig sein kann."

Wieder blamiert

Am 5. Oktober wurde am Himmel der souveränen Republik Nikaragua, zu der die USA in diplomatischen Beziehungen stehen, ein US-Transportflugzeug Marke C 123 mit US-amerikanischer Besatzung, MGs, Munition und anderem

Heeresgut an Bord abgeschossen, was alles für die Somozabanden bestimmt war.

Das Flugzeug war in El Salvador, an dem Militärflugplatz Ilopango, gestartet, an der Pazifikküste entlanggefliegen und dann über den Luftraum Kostarikas in die Provinz Rio San Juan im Süden Nikaraguas eingefallen, wo es zu Bruch ging. Zwei nordamerikanische Piloten fanden den Tod, das dritte Besatzungsmitglied auch ein US-Bürger namens Eugene Hasenfus, sprang mit dem Fallschirm ab und wurde von den Sandinisten gefangen genommen.

In Washington distanzieren sich Amtspersonen des Weißen Hauses, des Außenministeriums und der CIA sofort von dem Geschehenen — sie wußten von nichts, das Flugzeug sei privat und der Flug auch. Das alles sei Sache von "Privatorganisationen" und "Privatpersonen". Die hätten nicht das geringste mit der US-Regierung oder mit der CIA zu tun, behauptete Shultz. Auf die Frage eines TV-Kommentators antwortete allen Ernstes: "Die CIA hat mir kategorisch erklärt, daß sie in Nikaragua nicht die geringste Rolle spielt."

Präsident Reagan bestieg sein Steckenpferd, er sagte: "Wir sind ein freies Land, bei uns genießen Privatleute viele Freiheiten." (Auch die "Freiheit" einem fremden Land Terrorakte zu verüben?) Er billigt "Privatgruppen von Privatpersonen, die versuchen, die Contras zu helfen". Er verglich die "Privatpersonen", die jetzigen "Soldaten of fortune" (Soldaten des Glücks), den amerikanischen Internationalisten, die in den 30er Jahren in Spanien seitens der legitimen republikanischen Regierung gegen die vom deutschen und italienischen Faschismus unterstützten Auführer Francos kämpften. Ein hanebüchener Vergleich!

So sehr sich die US-Regierung drehte und wand, bald ergab es trotzdem ein recht klares Bild.

Eugene Hasenfus, 45, 1960–1965 der Marineinfanterie im Abwurf von Gütern mit Fallschirmen in Kampfzonen ausgebildet, war danach im Vietnamkrieg bei der Luftfahrtgesellschaft "Air America" tätig, die nicht von ungefähr Luftwaffe der CIA genannt wird. Längst wurde er bei einer amerikanischen Chartergesellschaft angestellt, die Auftragnehmer dieses Spionage- und botageamtes berichtigt ist: bei Southern Air Transport mit Hauptquartier in Miami, Florida. Für 3000 Dollar monatlich flog er von den Luftstützpunkten Aquacate in Honduras und Ilopango in El Salvador heim nach Nikaragua. Sein zehnter Flug sein letzter. Er sagte aus, daß die Flüge vom salvadorianischen Flughafen aus von zwei CIA-Agenten — K-

nen — geleitet wurden. Einen nannte er mit Namen: Max Gomez.

Als die Nachricht von der Gefangennahme des Amerikaners aus Nicaragua eintraf, rief dessen Frau Sally sofort von Hause (aus Marinette, Staat Wisconsin) beim State Department an und sagte, daß ihr Mann für die CIA arbeitet. (Übrigens bekam sie von der Regierung Nikaraguas die Erlaubnis zum Besuch ihres Mannes und reiste nach Managua.)

Senator Durenberger, Vorsitzender des Senats-Sonderausschusses für Aufklärung, der natürlich weiß, wie es bei den US-Geheimdiensten zugeht, drückte sich anfangs ziemlich vorsichtig aus. Er sagte: "Ich nehme an, daß in der US-Regierung jemand darüber Bescheid weiß."

In der Tat zeigte es sich bald, daß der "nichtwissenden" Regierung vieles über den Piratenflug und auch die Namen der tödlich abgestürzten Piloten bekannt war. In einem Briefing nur für Kongreßmitglieder wurde mitgeteilt, daß die beiden — Cooper und Sawyer — früher, aber "in letzter Zeit nicht mehr bei der CIA waren". Bei einem von ihnen fand man die Visitenkarte Felix Bachlers vom State Department. Ein persönlicher Bekannter? Kaum. Er ist in der Abteilung für "Hilfe" an die nikaraguanischen Contras angestellt.

Der Amerikaner Eugene Hasenfus wurde in Nicaragua auf frischer Tat ertappt. Er steht in Managua vor einem Volksgericht. Die Anklage lautet auf Terrorismus und Verletzung der Gesetze Nikaraguas. "Das ist nicht mein Krieg. Diesen Krieg führt die US-Regierung, und ich bin der erste Gefangene in diesem Krieg."

Foto: AFP-TASS



Fäden des Washingtoner Lügengewebes zogen sich immer weiter und vor allem höher, bis ins Weiße Haus, in die Kanzlei Vizepräsident Bushs.

Journalisten brachten in Erfahrung, daß Max Gomez alias Felix Rodriguez, der die geheime Belieferung der nikaraguanischen Contras von einem Luftstützpunkt in El Salvador aus auf dem Luftweg durchführt, dem Vizepräsidenten über seine Tätigkeit rechenschaftspflichtig ist. Nach Gomez' eigenen Worten setzt er sich mit Bushs Kanzlei fast täglich in Verbindung. Mit Bush traf er sich dreimal, was dieser auch gar nicht leugnet. Bush sagte: "Ich habe mich mit ihm" (Gomez) "zweimal getroffen und ihm beim dritten Mal die Hand gedrückt. Er ist ein Patriot." Soweit ein Zitat von der Associated Press.

Dieser "Patriot" beteiligte sich 1961 an dem von der CIA organisierten Einfall in die kubanische Schweinebucht. Direkter befaßt sich Donald Gregg, Sicherheitsberater des Vizepräsidenten, der mit Gomez zusammen in Vietnam gekämpft hat, mit diesem. Gregg, der von der Associated Press als "CIA-Mann a. D." bezeichnet wird, empfahl Gomez dem Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte El Salvadors, General Bustillo, als Berater. Sein Gehalt bezieht er also von den Luftstreitkräften El Salvadors, rechenschaftspflichtig ist er aber dem US-Vizepräsidenten.

Unter Umgehung des Gesetzes

So lüftet sich der Vorhang vor noch einem Riesensbetrug Washingtons am Volk der USA. Es sei daran erinnert, daß der US-Kongreß 1984 unter dem Druck der amerikanischen Öffentlichkeit, die kein zweites Vietnam in Mittelamerika will, der Regierung jede Bewilligung zur Unterstützung der antisandinistischen Kräfte versagte. (Diese Situation hielt fast zwei Jahre bis vor kurzem an, als das Weiße Haus bei den Gesetzgebern die Bewilligung von 100 Mio Dollar für aggressive Zwecke dann doch durchsetzte.)

Die Somozistas litten aber trotzdem keinen Mangel an Waffen und Munition und setzten ihre Bandenüberfälle auf Nicaragua fort.

Befremdete Fragen von besorgten US-Bürgern, namentlich von Kongreßmitgliedern, beantwortete Washington offiziell so: Wir wissen nichts, vielleicht beschäftigen sich private Antikommunisten mit Wohltätigkeit. Wir haben jedenfalls nichts damit zu tun. Auch damals glaubte ihnen das natürlich kaum jemand.

Im Laufe von zwei Jahren sind Hunderte Waffenlieferungen für die Contras

im Gesamtwert von Millionen Dollar getätigt worden, die "bei Privatpersonen und Freundstaaten gesammelt wurden", gesteht jetzt ein hoher Regierungsmann, den ein Korrespondent der "New York Times" zitiert. Nur ziehe man es im Weißen Haus und im Pentagon vor zu verschweigen, daß sie diese Unternehmen geleitet oder kontrolliert haben. Noch besser wäre es zu sagen, sie hätten sie lediglich "beobachtet" — als Außen-seiter sozusagen.

Darüber berichtet in der "Los Angeles Times" ihr Korrespondent Doyle McManus. Ich bitte um Entschuldigung für den langen Auszug aus dessen Artikel, er läßt aber meiner Ansicht nach den großen Lügenmechanismus deutlich erkennen. Also:

"Die Information über die Betätigung von Gomez zeigt, wie eine Gruppe von Beamten des Weißen Hauses und der Regierung in den letzten beiden Jahren ein System privater militärischer und finanzieller Hilfe gebildet hat, womit die vom Kongreß 1984 verhängten rechtlichen Beschränkungen umgangen worden sind. Auf Befehl Reagans funktionierend, lieferte dieses System, an dessen Aktivitäten sich Privatpersonen und ausländische Regierungen beteiligten, den Contras Flugzeuge, Waffen und Proviant, damit sie den Krieg gegen das linke Regime in Nicaragua unabhängig davon weiterführen könnten, ob es der Kongreß billigt oder nicht. Reagan und Bush haben Assistenten bestimmt, die das System privater Hilfe aufziehen helfen sollten. Sie wurden instruiert, die Regierung dabei herauszuhalten. Infolgedessen... umging das Weiße Haus, wie man sieht, das Gesetz, das eine direkte Hilfe an Aufrührer verbietet, vermied es jedoch (formal), dieses Gesetz zu verletzen."

So, sol Und dabei kam es ihm darauf an, keine Spuren zu hinterlassen.

Jetzt, wo über Nicaragua ein US-Flugzeug abgeschossen worden ist, kann die ganze Welt die Spuren sehen.

Dachte sich Washington im Fall Libyen etwas aus, was nicht war, so lügt es in der Geschichte mit der in Nikaraguas Luftraum eingedrungenen C-123-Maschine anders herum: Es leugnet, was ist.

Besteht vielleicht jetzt, wo im State Department die Abteilung gegen Falschmeldungen eingerichtet worden ist, eine Hoffnung, daß solche in der Außenpolitik der USA nicht mehr vorkommen werden? Leider nicht. Das ist ja nicht der Zweck der Übung. Vielmehr soll die neue Abteilung, dem State Department zufolge, Informationen anderer Staaten, namentlich der UdSSR, entgegenwirken. Und wie? Bestimmt mit noch faustdickeren Falschmeldungen und Verleumdungen.

A. USWATOW

Der Herkules Chinas

"Zur allgemeinen Kenntnis! Wer angeben kann, wo sich der Staatsverbrecher Sun Yatsen alias Sun Wen, gebürtig im Dorfe Cuiheng, Kreis Xiangshan, Provinz Guangdong, aufhält, oder den Behörden behilflich ist, ihn zu stellen, erhält eine Belohnung von 10 000 Liang."

Bitte, größte Aufmerksamkeit und untätigen Eifer walten zu lassen!"

Steckbriefe dieser Art waren in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts in ganz China keine Seltenheit. Die Personen, nach denen gefahndet wurde, kämpften gewöhnlich gegen die Monarchie und um ein besseres Dasein des chinesischen Volkes. Der bedeutendste von ihnen war Sun Yatsen, den Maxim Gorki Herkules Chinas nannte. Der Bauernsohn, der es zum Arzt gebracht hatte, wurde Berufsrevolutionär. 1894 gründete er die Gesellschaft zur Wiedergeburt Chinas, und dieser bekämpfte die mandschurische Qing-Dynastie, die das chinesische Volk unterdrückte. Nach einem mißlungenen Versuch, in Guangzhou einen bewaffneten Aufstand zu organisieren, ging Sun Yatsen nach London. Dort stellten ihm Agenten der Qing-Regierung eine Falle und sperrten ihn in der kaiserlich-chinesischen Gesandtschaft ein.

Britten, die ihm wohlgesinnt waren, und die Londoner Presse beteiligten sich rege an seiner Befreiung. Den chinesischen Diplomaten wurde erklärt, falls Sun Yatsen nicht freigelassen werde, dann würden sich vor der Gesandtschaft 10 000 Manifestanten versammeln, und was dann geschähe, das hätten sich die Vertreter des Kaisers von China selbst zuzuschreiben. Das war eine der ersten wirksamen Solidaritätsbezeugungen der Öffentlichkeit des Auslands für den Kampf der chinesischen Revolutionäre. Sun Yatsen wurde freigelassen.

Danach schrieb er das Buch "In London entführt" und machte sich damit in Europa, auch in Rußland, einen Namen. Unter den Personen, mit denen Sun Yatsen im Exil in Verbindung stand, waren russische revolutionäre Volkstümmer, Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Mit ihrer Hilfe lernte er die Erfahrungen aus der russischen Revolution von 1905–1907 kennen, die Asien wachrüttelte.

Im Sommer 1905 gründete Sun Yatsen in Japan eine neue, größere und repräsentativere Organisation, die Chinesische Revolutionäre Liga. Diese führte im Laufe von fünf Jahren in verschiedenen Gebieten Chinas über zehn bewaffnete Aufstände gegen die Qing-Monarchie

durch, aber alle endeten mit Niederlagen.

Der erste Präsident

Den langersehnten Sieg brachte die Revolution von 1911. Sie stürzte nicht nur die Mandschurenherrschaft, sie machte auch der Feudalmonarchie, die über 2000 Jahre das Land beherrscht hatte, ein Ende. Der erste interimistische Präsident der Chinesischen Republik — damals der einzigen Republik in Asien — war Sun Yatsen. Obwohl er die Obliegenheiten des chinesischen Staatschefs nur drei Monate (vom 1. Januar bis 1. April 1912) ausübte, konnte er so manches tun: für die Besserstellung des einfachen Volkes, für die Förderung von Kultur, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für die Demokratisierung des Verwaltungssystems. Das von ihm aufgestellte radikale Programm für eine Erneuerung der Gesellschaft Chinas fand bei der internen Reaktion und bei den imperialistischen Kreisen des Auslands eine geharnischte Aufnahme, dagegen bei den Fortschrittskräften innerhalb und außerhalb Chinas weitgehende Unterstützung.

Die russischen Bolschewiki freuten sich aufrichtig über den Erfolg ihrer chinesischen Kameraden im revolutionären Kampf. In einer von Lenin abgefaßten Resolution "Über die chinesische Revolution", die von der VI. (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 angenommen wurde, erklärten sich die Bolschewiki mit dem Befreiungskampf des chinesischen Volkes solidarisch und verurteilten die chinafeindliche Politik der imperialistischen Mächte.

In einem Artikel, betitelt "Demokratie und Volkstümmerideologie in China" (1912) charakterisierte Lenin Sun Yatsen als "revolutionären Demokraten, voll Edelsinn und Heroismus" und sein Programm als das der "großen chinesischen Demokratie". Zwar sah Lenin außer den unstrittigen Vorzügen des hervorragenden chinesischen Revolutionärs auch seine Schwächen (z. B. seine Verträumtheit und Unentschlossenheit infolge des Fehlens proletarischen Rückhaltes), er glaubte aber daran, daß der Sache, für die Sun Yatsen kämpfte, die Zukunft gehört.

Die Errungenschaften aus der Revolution von 1911 konnten nicht aufrechterhalten werden. Zu den objektiven Faktoren, die die Niederlage der revolutionären Republikaner bewirkten, muß die Schwäche der Bourgeoisie und des



Sun Yatsen (1912) als Präsident der Republik

Proletariats gezählt werden. Die Feudalherren, Kompradoren und Militaristen waren immer noch verhältnismäßig stark und wurden obendrein von den imperialistischen Kreisen des Westens unterstützt. Subjektiv waren die Mißerfolge der revolutionären Demokraten auf ihre fehlende Einheit, auf die Neigung der meisten ihrer Führer zu Kompromissen und darauf zurückzuführen, daß sie kein konsequentes antifeudales und antiimperialistisches Programm und keinen ausreichenden Rückhalt bei den Massen hatten. Das fortschrittliche Rußland teilte den Kummer der chinesischen Revolutionäre über die Verluste und beobachtete voll Sympathie, wie Sun Yatsen Lehrer aus den Irrtümern, Fehlschlägen und Niederlagen zog und den Kampf fortsetzte. Er organisierte den Widerstand gegen General Yuan Shikai, eine Kreatur der konterrevolutionären Feudalherren und Kompradoren, der die Macht an sich gerissen und sich als Kaiser proklamiert hatte. Nach dessen Tode (1916) leitete Sun Yatsen den Kampf der revolutionären Südprowinzen gegen die Militaristen des Nordens, die die Pekingische Regierung in der Hand hatten. 1917 trat Sun Yatsen in Guangzhou an die Spitze der Regierung und der Streitkräfte des Südens. Dort erreichte ihn die Nachricht vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland.

Telegramm an Lenin

Als erster Politiker Chinas begrüßte Sun Yatsen den Sieg der Oktoberrevolution.

tion. Er sandte 1918 ein Telegramm an die Sowjetregierung und an Lenin, in dem es hieß: "Die revolutionäre Partei Chinas bewundert den schweren Kampf, den die revolutionäre Partei Ihres Landes führt, und hofft, daß sich die revolutionären Parteien Rußlands und Chinas zum gemeinsamen Kampf vereinigen werden."

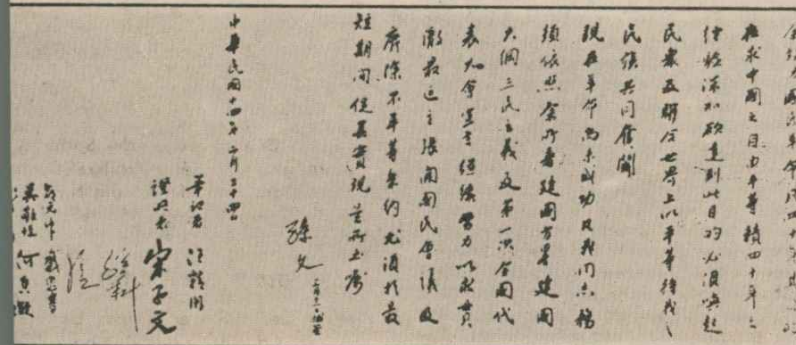
In einem Schreiben an Tschitscherin, den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der RSFSR, bat Sun Yatsen, Lenin, den er seinen Freund nannte, die besten Wünsche auszusprechen. In der Antwort an den Führer der revolutionären Kräfte Chinas schrieb der Leiter des sowjetischen auswärtigen Amtes: "Genosse Lenin hat Ihren Brief auch mit lebhaftem Interesse gelesen und beobachtet Ihre Tätigkeit mit wärmster Sympathie."

Sun Yatsen verfolgte mit größter Aufmerksamkeit die Tätigkeit der Partei Lenins und die revolutionären Umgestaltungen in Rußland, die unter ihrer Leitung vorgenommen wurden. Im Jahre 1919 bildete er erneut die Guomindang-Partei, die schon 1912 gegründet worden war, und von Anfang des Jahres 1923 an nahm er ihre grundlegende Reorganisation vor. Um die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki und die praktischen Maßnahmen zum Partei-, Verwaltungs- und Militäraufbau in unserem Land kennenzulernen, entsandte Sun Yatsen eine Gruppe von Partei- und Militär-funktionären der Guomindang nach Moskau. Er ersuchte die Sowjetregierung, politische und militärische Berater zur Unterstützung der revolutionären Bewegung nach China zu schicken. Seine Bitte wurde erfüllt.

In Gesprächen mit Michail Borodin, dem politischen Hauptberater des Zentralkomitees der Guomindang, zeigte Sun Yatsen für alles Interesse, was die Tätigkeit und das Leben Lenins betraf. Michail Borodin schrieb später: "Wenn Sun Yatsen nach China fragte, gewann sein Blick viel Wärme. Aus seinen Fragen und Einwänden sprach Bewunderung für Lenin, den revolutionären und Führer aller Unterdrückten der Welt."

Sun Yatsens Vermächtnis

Fotos aus einem Fotoalbum, betitelt: "Gedenken an Lehrer Sun Yatsen (Peking)"



Lenins Tod war auch für Sun Yatsen ein schwerer Schlag. In seinem Kondolenztelegramm schrieb er: "Lenins Name und das Gedenken an ihn werden Jahrhunderte überdauern. Die Menschen werden seine heroischen Wesenszüge, die ihn zum größten Politiker und zu einem Führer von überragender Kreativität machten, auch künftighin verehren. Unvergänglich sind auch seine Werke, denn sie beruhen auf sozialen Ideen, die das Sinnen und Trachten der kommenden Menschheit unbedingt ergreifen und lenken werden."

Unsere Ziele sind gleich

Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland und aufgrund eigener langjähriger und vielseitiger Erfahrungen entwickelte Sun Yatsen seine politische Doktrin fort und vervollständigte sie. Er sah den Beistand der Sowjetunion für die revolutionären Kräfte Chinas als ungemein wichtig an.

In einem "Appell an die Bevölkerung Chinas" schrieb er: "Wir dürfen nicht vergessen, daß das freie Rußland die Lösung ausgegeben hat: 'Hände weg von China'!... Für Lösungen aus Moskau existieren keine Entfernungen. Sie fliegen blitzschnell um die Welt und finden im Herzen jedes arbeitenden Menschen Anklang..."

Wir wissen, daß die Sowjets niemals für die Seite, die Unrecht hat, Partei ergreifen. Wenn sie für uns sind, dann ist die Wahrheit auf unserer Seite, und der Sieg der Wahrheit, der Triumph der gerechten Sache über die Gewalt kann nicht ausbleiben."

In Sowjetrußland sah Sun Yatsen einen treuen und zuverlässigen Bundesgenossen der Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Chinas. Er betonte: "Die Ziele der chinesischen Revolution decken sich mit denen der russischen Revolution ebenso, wie sich die Ziele der russischen Revolution mit denen der chinesischen Revolution decken. Die chinesische und die russische Revolution gehen denselben Weg. Deshalb stehen China und Rußland nicht nur in engen Beziehungen, sondern stellen ihren revo-

lutionären Verbindungen nach tatsächlich eine einzige Familie dar."

Auf dem I. Kongreß der Guomindang (1924) ergänzte Sun Yatsen die "Drei Volksprinzipien" aus dem Programm: Nationalismus, Volksmacht und Volkswohlstand (die im neuen Stadium den Kampf gegen den Imperialismus, die Errichtung einer demokratischen Republik und die Besserstellung der Werktätigen in Stadt und Land bedeuten) mit drei politischen Richtlinien: Bündnis mit der UdSSR, Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und das Bauen auf die Arbeiter und Bauern.

Das Vermächtnis

Sun Yatsen starb am 12. März 1925 an Magen- und Leberkrebs in Peking, wohin er trotz seines schweren Leidens gereist war, um die nationale Einheit herzustellen, dem Bruderkrieg ein Ende zu bereiten und alle Kräfte Chinas zum Kampf mit dem Militarismus und Imperialismus zusammenzuschweißen. Einen Tag vor seinem Tode schrieb er sein Vermächtnis und forderte darin seine Kampfgefährten auf, "den Kampf im Bündnis mit den Völkern der Welt, die ihre Beziehungen zu uns im Sinne der Gleichheit gestalten, zu führen".

Zugleich diktierte Sun Yatsen ein Schreiben an die Sowjetunion und äußerte darin seinen innigen Wunsch: "Eine Zeit wird kommen, da die Sowjetunion als der beste Freund und Verbündete Chinas das mächtige und freie China begrüßen wird und da die beiden Länder im großen Kampf für die Freiheit aller unterdrückten Nationen der Welt Hand in Hand vorwärtsschreiten und den Sieg davontragen werden."

Der Wortlaut des Vermächtnisses und dieses Schreibens ist im Sun-Yatsen-Pavillon auf dem Gelände des Biyunsi-Tempels in einem nordwestlichen Vorort Pekings auf einer Marmorwand eingemeißelt. In der Pagode hinter dem Pavillon sind die Kleidung und die Kopfbedeckung Sun Yatsens eingemauert. Noch heute ist die paramilitärische Jacke — die Zhongshanzhuang —, wie sie Sun Yatsen zu tragen pflegte, ein beliebtes Kleidungsstück vieler Chinesen.

Sun Yatsens Asche ruht im majestätischen Mausoleum in Nanking, der Stadt, wo er zum ersten Präsidenten der Chinesischen Republik gewählt wurde. Die Ruhestätte dieses großen Sohnes Chinas wird immer stark besucht.

Auch in der Sowjetunion wird Sun Yatsens ehrfurchtsvoll gedacht. Hier werden seine Werke, Erinnerungen an ihn sowie Dokumente und Abhandlungen über sein politisches Wirken herausgegeben. Sun Yatsen, der Revolutionär, Denker und Verfechter der Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern, wird in der Sowjetunion von Millionen verehrt.

Boris BORODIN

Teufelskreis des Niedergangs



Warum landet ein Raketenträger der Königlichen Luftstreitkräfte mitten unter grasenden Schäfchen? Um für die Elektronengeräte der Firma Plessey zu werben, welche "die Lage eines Flugzeugs in jedem Punkt der Erde rund um die Uhr ausmachen". Auch um anzudeuten: Längst seien die Zeiten vorbei, da England in der Welt nur für seine Wolle bekannt war. Heute mische es beim technischen Fortschritt mit. Ein Träger desselben sei Plessey, die sich zu den "Gipfeln der Hochtechnologie" aufgeschwungen habe.

Wenn ein Raketenflugzeug die technische Reife des britischen Kapitalismus versinnbildlichen soll, sind die Schafe wohl als Symbol seiner Spiele im zarten Kindesalter zu verstehen.

Als die Feudalherren den ersten Manufakturen Wolle lieferten, gaben sie damit einen Impuls zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die aus dem "guten alten England" der freien Ackerbauern ein Land von Bettlern und Landstreichern machte. Die Verwandlung von Ackerland in Schafweide bewirkte, lesen wir in einer britischen Chronik aus dem 16. Jahrhundert, daß "unzählige Häuser und kleine Bauernwirtschaften verschwunden sind, daß das Land viel weniger Leute nährt, viele Städte zerfallen sind, obgleich einige neue aufblü-

hen..." Thomas More, der Autor der "Utopia", schrieb, daß "Schafe die Menschen auffressen".

Und hier Auszüge aus der britischen Chronik des heutigen Tages, die wir der Hamburger Wochenschrift "Der Spiegel" entnehmen: "Quer durch Großbritannien zieht sich die trostlose Spur der Industrieruinen: verlassene Werke, verödete Dockanlagen, aufgegebene Werften, ausgeweidete Güterbahnhöfe. Wo im 18. Jahrhundert die industrielle Revolution begann, droht nun der Rückfall in eine Zeit ohne Industrie... Natürlich ist nicht ganz England eine industrielle Wüste. So hat sich entlang der Autobahn M 4, die von London nach Westen führt, ein Mikrochip-Korridor von Hochtechnologie-Unternehmen entwickelt... Der Niedergang der industriellen Tätigkeit in Großbritannien hat aber auch eine neue soziale Unterklasse hervorgebracht, die gegenüber den Mittelschichten immer weiter zurückfällt."

Was frißt Britannien heute auf? Die solide "Financial Times" schreibt: Zwar gebe es noch keine einheitliche Meinung darüber, wie die Militärausgaben das Wirtschaftswachstum beeinflussen (in der Höhe dieser Ausgaben steht Großbritannien unter den NATO-Ländern nur den USA nach), aber insgesamt hätten sie einen negativen Effekt. Das

Blatt beruft sich dabei auf die Forschungsergebnisse britischer Wirtschaftsexperten. Zusammengefaßt stellen sie folgendes vor:

Obwohl die staatlichen Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten nicht gerade niedrig seien, habe die britische Industrie das technische Niveau ihrer Konkurrenten, besonders der japanischen, nicht erreicht, denn über den größten Teil dieser Ausgaben verfüge das Verteidigungsministerium. Eine solche Orientierung der F/E-Arbeiten führe nicht zur Vervollkommenung der Produktionstechnologie, sondern nur zur Erneuerung militärisch orientierter Erzeugnisse. Zwischen 1974 und 1984 stieg der Anteil der militärischen Erzeugnisse an der verarbeitenden Industrie auf das Doppelte und erreichte 12,3, in der Elektronik und der Raumfahrtindustrie sogar 50 Prozent. Das verursache "eine Polarisierung der Industriestrukturen zwischen einigen wenigen Hochtechnologiefirmen ... und dem Gros der Industrie, das von der staatlichen Hilfe für technische Innovationen nur wenig profitiert".

Britische Wirtschaftsexperten stimmen einigen ihrer amerikanischen Kollegen zu (siehe auch NZ Heft 39/86), wenn die Rede vom verderblichen Einfluß des Waffentrügens auf die Wirtschaft ist, und sehen einen Ausweg ebenfalls in politischen Optionen. Die "Financial Times" zitiert eine von der Lloyds Bank veröffentlichte Übersicht: "Um den Teufelskreis des Niedergangs zu durchbrechen, muß Britannien seine technologischen Bemühungen vom militärischen Sektor auf die zivilen Märkte umorientieren. Das mag vom politischen Standpunkt aus noch so schwer sein, aber ohne eine relative Umstellung der Ressourcen von den militärischen Sektoren, d. h. ohne eine beträchtliche und langfristige Kürzung der Ausgaben für Verteidigungstechnik und F/E-Arbeiter ist die Aufgabe nicht zu lösen."

Die "Schwierigkeiten" rühren nicht von der internationalen Lage her. Reykjavik zeigte überzeugend: Die UdSS ist zu einer radikalen Reduzierung aller Waffen bereit. Wenn die herrschende Kreise der führenden westlichen Länder tatsächlich nicht wollen, daß ihre Wirtschaften auch künftig im "Teufelskreis des Niedergangs" kreisen, können in wenigen Jahren durchbrochen werden. Das Haupthindernis sind hier jene Kräfte, die gar nicht uneigennützig für die "Gipfel der Hochtechnologie" werben.

Im August unterzeichnete die amerikanische Westinghouse Electric einen Kontrakt mit Plessey über die Lieferung von Radar- und anderen Elektronenanlagen. Laut AP ist das der erste in einer ganzen Serie von Kontrakten in einer Gesamthöhe von einer Milliarde Dollar darunter auch im SDI-Rahmen. Es kann also durchaus sein, daß den Raketenträger der Königlichen Luftstreitkräfte aus dem Werbeplakat der britischen Plessey in Zukunft amerikanische Laserträgermittel für "Sternenkriege" verdrängen werden.

F. GÖRJUNO

Zukunftsgewiß

Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) begeht ihr 25jähriges Jubiläum. Ihr Begründer war der flammende Patriot Carlos Fonseca Amador, der am 8. November 1976 ermordet wurde. Soldaten der Strafrupps schnitten ihm den Kopf ab und brachten ihn zu Somoza, der sich aus eigenem Augenschein davon überzeugen wollte, daß dieser von ihm hysterisch gefürchtete Mann tot war. Danach sei, wie Tomas Borge, Mitglied der FSLN-Exekutivkommission, schrieb, "der Gefängnischef von Tipitapa in unsere Zelle mit einer Ausgabe der 'Novedades' in der Hand gekommen, um mitzuteilen: Carlos Fonseca sei tot. Nach sekundenlangem Schweigen antworteten wir: 'Oberst, Sie irren sich, Carlos Fonseca gehört zu den Toten, die unsterblich sind.'"

Jetzt, schon nach dem Tod unseres Führers, wird die sandinistische Revolution zuversichtlich abgeschlossen. Unsere Träume werden historische Wirklichkeit. Der Optimismus der Sandinisten ist objektiv. Wie wir auch während des Militärgerichts über uns sagten, ist der Tagesanbruch für uns, für unser Volk kein bloßer Traum mehr. Dafür kämpfen wir, dafür haben Augusto Cesar Sandino, Carlos Fonseca und Hunderte nikaraguanische Patrioten und Revolutionäre ihr Blut vergossen."

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre ergaben sich Bedingungen für die Bildung einer revolutionären Avantgarde, die fähig war, den vom nikaraguanischen Nationalhelden Augusto Cesar Sandino Ende der 20er Jahre begonnenen revolutionären Volkskrieg zu leiten. Zum Teil war der revolutionäre Aufschwung selbstverständlich auch auf den Sieg der kubanischen Revolution 1959 zurückzuführen. Zwei Jahre später gründeten die Sandinisten Zellen und Abteilungen, die die Basis für die spätere militärpolitische Struktur einer breiten Bewegung gegen den Diktator bilden sollten. Die Bewegung hatte das Ziel, eine der grausamsten Despotien Lateinamerikas abzuschaffen.

Bald wuchs die sandinistische Bewegung zu einer unabhängigen politischen Kraft heran und fürchtete keinen Einfluß der traditionellen bürgerlichen Parteien, welche unter Somoza eine Opposition mimten. Nach Maßgabe der Kräfteansammlung erfüllte die FSLN die Funktionen einer politischen und militärischen Organisation zugleich. Sie schützte und vertrat die Interessen der Arbeiter,

Bauern, der demokratischen Intelligenz, der Angestellten und Studenten. Alle Aktionen gegen die Diktatur gruppierten sich um die FSLN. Sie war die einzige Organisation, die der Aufgabe gewachsen war, die militärische Stärke des Somoza-Regimes trotz der weitgehenden Unterstützung durch die USA zu brechen.

1970-1975 konnte die FSLN ihre Positionen in den Volksmassen beträchtlich festigen. In Städten und Dörfern sowie im Gebirge entstanden illegale Gruppen. Sie gingen im Einklang mit der von Sandino ausgearbeiteten Strategie des revolutionären Volkskrieges vor, um die Somoza-Diktatur zu stürzen. Während die FSLN früher Kampfhandlungen nur führte, wenn es nicht zu vermeiden war, ging sie 1976 zur Offensivtaktik, zu ununterbrochenen Kampfoperationen über. Das war eine qualitativ neue Phase des Kampfes vor der entscheidenden Offensive, in der es um die Befreiung und Machteroberung ging. Mit einer solchen Offensive begannen die Sandinisten im März 1979.

Die FSLN kombinierte sachkundig die Streiks der Werktätigen, den Aufstand des Volkes und die militärischen Operationen der Partisanen, und im Juli



Obwohl erst 40, war Carlos Fonseca schon mehrmals im Gefängnis und wurde gefoltert. Dieses Foto wurde in einem Gefängnis gemacht, wohin er 1957, nach der Rückkehr von den damaligen Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Moskau, geworfen wurde.

1979 trug die antiimperialistische Revolution des Volkes den Sieg davon. Damit sich die Bevölkerung aktiver in die Wiederherstellung der kriegszerstörten Wirtschaft einschaltete und damit die Errungenschaften des Volkes erhalten blieben, wurden im Lande Komitees zum Schutz der Revolution gebildet.

In einem der ersten programmatischen FSLN-Dokumente wurden die Abschaffung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit Nikaraguas von ausländischen Firmen, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern sowie die Industrialisierung des Landes als Hauptziele proklamiert. Die Hauptform der Bekämpfung der Diktatur war bewaffneter Kampf.

Nach dem Sieg über die Diktatur rissen die Sandinisten die auf Willkür und Repressalien fußende militärbürokratische Maschinerie nieder und schufen ein neues Staatsgebilde. Fortschrittliche Umgestaltungen in allen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens Nikaraguas wurden eingeleitet.

In den Jahren nach dem Sieg der Revolution stärkten die Sandinisten ihre führende Rolle. Doch der Klassenkampf verschärfte sich. Washington brach einen unerklärten Krieg gegen Nikaragua vom Zaun. Die imperialistischen Kreise waren wütend, weil das Volk dieses kleinen mittelamerikanischen Landes den Weg der Unabhängigkeit und sozialen Gerechtigkeit eingeschlagen hatte. Sie wollten die Republik erwürgen. Nach Präsident Reagans Machtantritt intensivierte sich diese Politik.

Die USA bereiten offen eine Intervention vor. Die von ihnen hochgepöppelten Konterrevolutionäre erhielten vor kurzem weitere 100 Mio US-Dollar und verstärkten den Massenterror gegen das Volk. Aber die Patrioten bleiben ungebrochen. Selbstlos behaupten die Nikaraguaner ihr Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit. Zugleich unternehmen sie alles für eine politische Bereinigung der explosiven Lage in Mittelamerika und beteiligen sich konstruktiv am Contadora-Prozeß.

Als ihre Aufgabe Nr. 1 bezeichnen die Sandinisten gegenwärtig die Verteidigung der Heimat gegen die Anschläge der Imperialisten und ihrer Söldner und messen deshalb der internationalistischen Hilfe und brüderlichen Solidarität anderer Länder große Bedeutung bei.

Die KPdSU, die eine immer engere Freundschaft mit der FSLN verbindet, und das ganze Sowjetvolk stehen auf seiten des nikaraguanischen Volkes und seines gerechten Kampfes. Zu den sowjetisch-nikaraguanischen Beziehungen sagte Präsident Daniel Ortega, daß sie in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen "wirklich mustergültig, gleichberechtigt und brüderlich sind".

A. TITOW

Drei Hauptstädte, drei Epochen

Ein alteingesessener Einwohner von Cotonou, des wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Zentrums der Volksrepublik Benin, nennt diesen Platz manchmal aus alter Gewohnheit "Patte d'oie". Diesen Namen verdankte der Platz einer Verkehrsverflechtung an der Nahtstelle zwischen Wohn- und Residenzvierteln, wovon die Straßen nach den verschiedenen Seiten ausstrahlen. Aber vor fast 10 Jahren erhielt er seinen heutigen Namen: Platz der Helden.

Hier, im Vorfeld des Präsidentenpalais und des Parlaments, wiesen Soldaten der Bewaffneten Volkskräfte und Stadteinwohner am 16. Januar 1977 den Angriff einer Bande fremder Söldner zurück und schlugen sie in die Flucht. Die bewaffneten Interventionen waren auf dem nahen Flughafen gelandet und hatten versucht, die Regierungsämter aus der Bewegung zu besetzen und in diesem kleinen westafrikanischen Land einen Staatsstreich zu verüben, um mit seiner progressiven Orientierung Schluß zu machen.

"Die Volksmacht hielt damals stand, weil in jenem kurzen, aber erbitterten Kampf alle sie verteidigten, die in der Nähe waren", erinnert sich Elizabeth Bailey an jene Zeit.

Diese energische, selbstbewußte Frau steht schon seit mehr als vier Jahren dem revolutionären Verwaltungskomitee im 6. Stadtbezirk von Cotonou vor.

Das bunte Cotonou

Die Gäste der Stadt sehen meist nur den Kai mit seinen Geschäften, Hotels und Ämtern, verirren sich jedoch selten in die vom Ozean entfernten Viertel, wo das Gros der fast 400 000 Einwohner konzentriert ist. Dort wandern über ausgefahrene, staubige Gassen Hennen mit Küken daher und tummeln sich pechschwarze Ferkel. In jedem der einander ähnlichen kleinen Häuser leben Dutzende Menschen. Wie es in Afrika üblich ist, hat der Beniner einen ausgeprägten Familiensinn und wird einem entfernten Verwandten oder auch nur einem Landsmann, der aus einem Dorf auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten in die Stadt kommt, nie ein Obdach verweigern.

Dieser Stadtteil verleiht Cotonou das Gepräge eines großen Dorfes. Die

Mehrheit der Einwohnerschaft sind gestrige Bauern, hier brauchen sie nicht gleich auf ihre gewohnte Lebensweise zu verzichten und haben nicht das drückende Gefühl, zwischen Betonwänden eingemauert zu sein. Aber nach und nach gewinnt die Stadt moderne Züge.

Cotonou ist auf seinen Seehafen stolz. "Unser Hafen gilt mit Recht als Benins Lunge", sagt sein Generaldirektor, S. V. Hunkanrin. "Zu 90 Prozent passieren der Export und der Import des Landes diesen Hafen. Anfang der 80er Jahre haben wir ihn wesentlich erweitert und modernisiert. Die Durchlaßfähigkeit des Hafens ist auf das Doppelte gestiegen, allerdings wird sie nicht immer ausgelastet."

Der Hafen ist eine Art Visitenkarte von Benins Wirtschaft. Die Anlegestellen geben darüber Aufschluß, woran das Land reich ist.

Da werden Baumwollballen zum Verladen vorbereitet. Gleich daneben stehen silbrige Zisternen mit der Aufschrift SONICOG. Das ist die Abkürzung für die staatliche Gesellschaft zur Verarbeitung von Ölpflanzen.

Der Leitbetrieb der SONICOG liegt im Stadtbezirk Akpakpe, dem industriellen Herzen des ganzen Landes. Beiderseits der Schnellstraße, die Cotonou mit der amtlichen Hauptstadt der Republik, Porto Novo, verbindet, reihen sich kilometerweit Betriebe: eine Fabrik zur Produktion von Pflanzenölen, eine Textil-, eine Parfümfabrik, ein Betrieb für alkoholfreie Getränke und Bier, Kfz-Reparaturwerkstätten und Möbelwerkstätten. Abgeschlossen wird die Reihe durch eine Zementfabrik der CONACI.

K. M. Amagbenion, geschäftsführender Direktor der CONACI, erläutert: "Die Fabrik wurde 1978 mit Hilfe einer westdeutschen Firma gebaut. Mit der Inbetriebnahme war man freilich in Verzug, weil recht viele Projektierungsfehler sowie Mängel und Versäumnisse beim Bau festgestellt wurden. Unsere Leute beseitigten all diese Mängel. Seit 1981 bewältigen wir den Betrieb der Fabrik ohne ausländische Fachkräfte."

Die junge Republik strebt eine unabhängige Wirtschaftspolitik an. Da sie aber eng an das kapitalistische Wirtschaftssystem gebunden ist, bekommt sie den Druck des Neokolonialismus schmerzhaft zu spüren.



Der Minister für Information und Nachrichtenwesen A. Oudou, Mitglied des ZK der regierenden Partei der Volksrevolution Benins (PRPB), sagte: "Benin ist für Zusammenarbeit mit allen Staaten, wenn sie gerecht und für beide Seiten nützlich ist. Doch weiß man, daß die Entwicklungsländer — Benin bildet da keine Ausnahme — den westlichen Gesellschaften für die wirtschaftlichen Projekte überhöhte Preise zahlen müssen. Leider haben sich einige nationale Kader, darunter solche in verantwortlichen Funktionen, als Handlanger des Neokolonialismus entpuppt. Für Schmiergelder verraten diese Feinde der Revolution die Interessen des Landes, peitschen zweifelhafte Kontrakte mit dem Westen durch und schmähnen die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Dabei wird Benin vom weiteren Ausbau der gleichberechtigten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, denen sich unsere Republik durch ähnliche Ansichten und politische Orientierungspunkte verbunden fühlt, nur profitieren."

Der im November 1985 abgehaltene 11. Kongreß der PRPB wies offen auf erste Probleme in der nationalen Wirtschaft hin, darunter in der Industrie, die nur 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liefert. Die Rohstoffbasis ist schmal, es mangelt an Mitteln für die Erweiterung und Modernisierung der Produktion, auch an qualifizierten Kräften. In Anbetracht der bescheidenen Möglichkeiten der Republik beschloß der Parteitag, die Bemühungen des Landes auf die Land-, die Energie-, die Nachrichtenwesen und die Konsumgüterproduktion zu konzentrieren. Unrentable Betriebe werden an Privatpersonen abgetreten. Diese Maßnahme bedeutet keinen Verzicht auf den strategischen Kurs, d. h. auf die

Herbeiführung von Bedingungen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Der Präsident der Republik und Vorsitzende des ZK der PRPB, Mathieu Kerekou, erklärte vor kurzem in der Stadt Quidah, daß nur die sozialistische Gesellschaft imstande ist, allen Bürgern die wahre Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Hebung ihres Lebensstandards zu garantieren.

Orientierung auf den eigenen Bedarf

Von Cotonou bis Porto Novo sind es kaum 40 km, und viele Landesbewohner legen sie beinahe täglich zurück. Die einen fahren zur Arbeit in die Nachbarstadt, andere bringen Waren zum Markt oder besuchen Verwandte.

Selbst die afrikanische Presse nennt Cotonou bisweilen die Hauptstadt von Benin, obwohl es amtlich Porto Novo ist. So wurde diese Stadt im 18. Jahrhundert von den Portugiesen genannt, denen sie dem portugiesischen Porto zu gleichen schien. In einigen Kilometern vom Atlantischen Ozean an einer Lagune gelegen, war der "Neue Port" unter den französischen Kolonialisten das Verwaltungszentrum von Dahome, wie das Land bis 1975 hieß.

Nachdem das Land 1960 die politische Unabhängigkeit erlangt hatte, zogen allmählich fast alle Ministerien nach Cotonou um. Auch das Parlament und der Sitz des Staatschefs befinden sich dort.

"Die letzten Ministerien sind drauf und dran, aus Porto Novo zu ziehen, trotzdem ist es keine eingehende Stadt. Die Provinz Queme, deren Verwaltungszentrum es ist, gehört zu den dichtestbevölkerten und wirtschaftlich am besten entwickelten."

Nach europäischen Begriffen sind Benins Industriebetriebe nicht groß. Aber im Kampf für die wirtschaftliche Selbständigkeit spielen sie eine wichtige Rolle. In Benin weiß man: Ohne eine verarbeitende Industrie für den eigenen Bedarf wird Benin ein Agraranhängsel des Westens bleiben.

"Vor der Revolution hing die Wirtschaft unseres Landes voll und ganz vom Westen ab", betont P. Tchinhuntchin, Mitglied der ideologischen Kommission im ZK der PRPB. "Unsere neue Orientierung heißt: Die Wirtschaft muß den Interessen des Landes dienen. Wir haben Kurs darauf genommen, überall, wo es möglich ist, den vollen Produktionszyklus zu sichern, um mit örtlichen Rohstoffen Fertigerzeugnisse für den Inlandsverbrauch zu produzieren."

In den Industriebetrieben wird immer mehr für die Werktätigen gesorgt. So bekommen die Arbeiter der Zementfabrik Milch, Seife und Arbeitskleidung unentgeltlich. In der Fabrik besteht eine Sanitätsstelle und eine Apotheke.

"NEUE ZEIT" 45.86

Die ersten Schwalben

Die junge Republik hat viele Schwierigkeiten, aber auch schon reale Errungenschaften. So wurde 1985 bei praktisch allen Nutzpflanzen, besonders bei Baumwolle, eine reiche Ernte erzielt.

Die unweit von Lokossa gelegene Genossenschaft Avedji gehört zu denen, die sowohl Baumwolle als auch Nahrungspflanzen anbauen.

Um die Felder der Genossenschaft zu erreichen, mußten wir von der Asphaltstraße in eine mit rotem Lateritstaub bedeckte Landstraße einbiegen. Sie führte uns bis zu einem kleinen Dorf mit strohgedeckten Lehmhütten. Hinter mannshohen Maisstengeln gruben mehrere Bauern mit geflochtenen Hüten auf den Köpfen die länglichen Maniokknollen aus.

Wie wir erfahren, entstand die Genossenschaft Avedji 1982. Sie setzt sich aus nur 9 Familien zusammen. Die Mitglieder bearbeiten den Boden gemeinsam, die Arbeitsinstrumente aber bleiben ihr Eigentum. Die Einkünfte werden nicht nur nach der Arbeitsleistung, sondern auch nach dem materiellen Beitrag eines jeden verteilt.

In Benin heißen solche Wirtschaften "revolutionäre Vereinigungen genos-

einst einflußreichen Königreichs Dahome, der Wiege der nationalen Kultur. Von Anfang des 17. Jahrhunderts haben 12 Monarchen einander auf dem Thron in Abomey abgelöst. Die Geschichte ihrer Herrschaft ist recht gut bekannt. Wir erlebten sie noch einmal in einem Museum auf dem von Festungsmauern aus Lehm umgebenen Territorium des Palastes.

Die Nachkommen der ehemaligen Herrscher werden in Abomey auch heute verehrt. Es besteht sogar ein Verwaltungsrat der königlichen Dynastien von Abomey, der nach einem von der Regierung bestätigten Statut wirkt.

Sein Vorsitzender G. L. Glele sagt: "Der Rat wird von allen Mitgliedern der königlichen Familien gewählt. Sein leitendes Organ ist das Büro, dem hauptsächlich die Ältesten der einzelnen Stämme von höchstem Ansehen angehören."

Unsere Aufgabe besteht darin", setzt Glele fort, "die Traditionen der Fon, des größten Volkes von Benin, und ihre Bräuche und Sitten aufrechtzuerhalten, wenn sie nicht den Idealen der Revolution von 1972 widersprechen".

Abomey hat nicht nur seine uralte, sondern auch die neue Geschichte. Auf dem Goho-Platz, der sich bei der südlichen Einfahrt in die Stadt dehnt,



Eine Furt ist immer belebt

Foto: TASS

senschaftlichen Typs". Ihre Zahl beträgt in der Provinz Mono über 50, im Lande insgesamt über 500. Vor wenigen Jahren begann man mit der Gründung "experimenteller Agrargenossenschaften sozialistischen Typs". Im Unterschied zum ersten Typ sind dort die Arbeitsinstrumente vergesellschaftet. Doch die Zahl solcher Genossenschaften ist vorläufig sehr gering, sie sind die ersten Schwalben, die noch keinen Frühling machen.

Und noch eine Hauptstadt

Besucht man Benin, so darf man Abomey nicht auslassen. Diese uralte Stadt war die Hauptstadt des vom Volk der Fon gegründeten und in Westafrika

dort, wo vor fast 100 Jahren der Abomey-König und Nationalheld Behanzin die französischen Kolonialtruppen zum Stehen gebracht hatte, hielt M. Kerekou am 30. November 1972 als Chef der in jenem Jahr an die Macht gekommenen revolutionären Militärregierung seine programmatische "Rede über die nationale Orientierung". Darin forderte er auf, alle Formen der Fremdherrschaft zu vernichten und den Neokolonialismus zu bekämpfen. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit hat das Land logisch dazu geführt, zwei Jahre später den Weg sozialistischer Orientierung einzuschlagen.

A. PROSWETOW, W. TJURKIN

Cotonou

Das Duo Jennifer — Jegor

im „Kind des Friedens“

„Wir saßen stumm da und fürchteten uns, durch eine unvorsichtige Bewegung oder unseren Atem die Kerzen zu löschen... Beinahe greifbar spürten wir, was Freundschaft ist, diese ungewöhnliche Freundschaft zwischen zwei unterschiedlichen Völkern... Sie kann sehr fest sein... Wir haben gemeinsam viel Gutes erlebt, wir hatten gemeinsame Freuden und Ärgernisse.“

Das sagte die 18jährige Ella Witjuk, eine Teilnehmerin der sowjetisch-amerikanischen Musikgruppe, die das einzigartige Musical „Kind des Friedens“ aufführt. Die Teilnehmer der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau erinnern sich noch an die Uraufführung, in der u. a. auch das Lied „Wir wünschen euch viel Glück“ erklang. Gegenwärtig wird es in San Francisco und Moskau, Tokio und Boston gesungen.

Die Leitung der Inszenierung traf sich einige Monate vor Beginn der Jugendfestspiele in der sowjetischen Hauptstadt. Es waren der Amerikaner

David Woollcombe, Stiftungspräsident der internationalen Organisation „Peace Child“ (Kind des Friedens), und der sowjetische Regisseur Wladimir Alenikow. Sie machten die Musiker Steve Rifkin und David Gordon (USA) mit Stas Namin (UdSSR) bekannt. Sie wollten Millionen Menschen die Möglichkeit geben, zu hören, wie die sowjetischen und amerikanischen Kinder den Frieden fordern. Der Frieden aber kann nur anbrechen, wenn die dicke Eisschicht von Mißtrauen und Vorurteilen schmilzt und die Freundschaft feste Brücken zwischen den Völkern schlägt.

Darauf wurde eine sowjetisch-amerikanische Platte herausgegeben, die Fernsehbrücke „Moskau—Minnesota“ veranstaltet und eine Reise durch die UdSSR organisiert. Vor kurzem sind sowjetische Künstler von ihrer Gastreise in die USA zurückgekehrt.

Doch am Anfang war eine Idee.

Der amerikanische Schriftsteller Bernard Benson erzählte in seinem „Friedensbuch“ ein Märchen, in dem amerika-

nische und sowjetische Kinder für sich entdecken, daß man trotz der vielen Tausende Kilometer, die die UdSSR von den USA trennen, Freundschaft miteinander halten kann. Diese Fabel bildete die Vorlage für die Aufführung „Kind des Friedens“ von David Woollcombe, der inzwischen auch eine Organisation unter diesem Namen gegründet hatte. Sie setzt sich das Ziel, alle Länder der Welt mit dieser Inszenierung bekanntzumachen.

WLADIMIR ALENIKOW:

David schlug vor, daß nur amerikanischen Kinder an der Aufführung mitwirken sollten. Sie spielten die Rolle sowohl der sowjetischen als auch der amerikanischen Figuren. Als er aber die jungen sowjetischen Künstler aus Viktor Pownos Chor sah und hörte, stand es für ihn fest, daß die Amerikaner ihre Landsleute und sowjetische Kinder eben sowjetische Kinder spielen mußten. Zusammen mit dem Choreographen Wladislaw Drushinin hatten wir das Stück sehr bald einstudiert. Die musikalischen Themen stammten von David Gordon und Stas Namin (der schon erwähnte Song). Seit den XII. Weltfestspielen der Jugend und Studenten erfuhr die Aufführung beträchtliche Veränderungen. Aber das war auch so gedacht: Die Handlung erneuert sich fortwährend, es kommen neue Szenen hinzu, einige werden improvisiert. Jetzt erzählt die Aufführung davon, wie die Kinder die Aufführung „Kind des Friedens“ vorbereiteten und spielten. Deshalb ist das Stück lebendig und frisch. Aus den USA hat man auch neue Themen mitgebracht.

W. Alenikow sagte, unser Stück sei

Im Dienste der Verständigung

Nikolai TSCHETWERIKOW

Vorstandsvorsitzender der Agentur für Urheberrechte

Der internationale Kulturaustausch und der Frieden sind organisch verbundene Begriffe. Das hat die unlängst in Madrid abgehaltene Weltkonferenz der Autoren- und Komponistenverbände (CISAC) nochmals bestätigt.

Es ist symbolisch, daß dieses Gremium, das im Internationalen Jahr des Friedens zusammentrat, sehr repräsentativ war. Es erfaßte Delegationen von 86 urheberrechtlichen Verbänden aus 48 Ländern, darunter aus 7 sozialistischen Ländern Europas. Auch Vertreter vieler Weltorganisationen waren anwesend.

Die Konferenz erörterte sechs urheberrechtliche Hauptfragen.

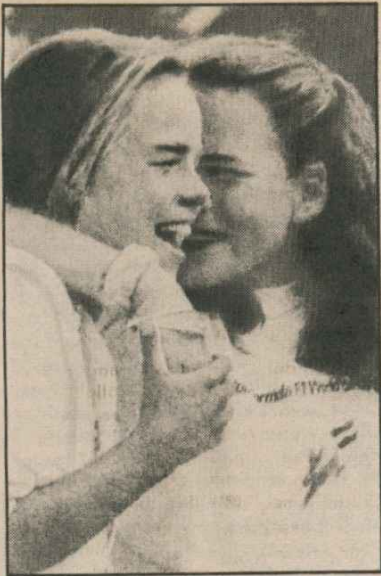
Eine Kardinalfrage war das Verhältnis zwischen Autoren und Verlegern. In den kapitalistischen Ländern müssen die Autoren ihre Werke den Verlegern bekanntlich zur vollständigen und unkontrollierten Verfügung überlassen, was

von Delegierten scharf kritisiert wurde. Sie zeigten Interesse dafür, wie es die sozialistischen Länder damit halten, wo der Autor über alle mit seinem Werk zusammenhängende Fragen selbständig entscheiden kann.

Wie Dyörgy Boytha, Leiter der urheberrechtlichen Agentur ARTISJUS (Ungarn), in seinem Referat ausführte, hat das langjährige Verlegermonopol in der sozialistischen Welt ein Ende, und die Autoren werden nicht bedrängt. Der erste gesetzliche Ausdruck dieser Auffassung von den unantastbaren Urheberrechten war ein 1919 in Rußland von Lenin unterzeichnetes Dekret. Die Erfah-

rungen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder mit dem Schutz des Urheberrechts wurden von den Teilnehmern der Konferenz günstig aufgenommen. Viele von ihnen nahmen dafür Stellung, daß die sozialistische Praxis vertraglicher Beziehungen größere Verbreitung findet, besonders in Ländern, wo, wie Prof. J. M. Kernochan aus der USA sagte, das Urheberrecht von so vielen Seiten und unter so vielen Vorwänden angegriffen wird, daß der Schützer dieses Rechts nichts anderes übrig bleibt, als sich schwere Sorgen zu machen.

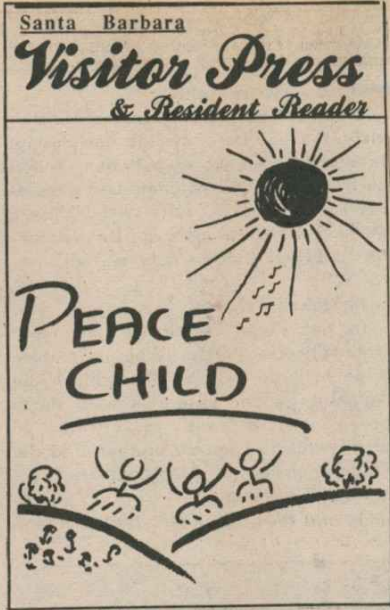
Aktuell ist das Problem des Schutzes der Urheberrechte im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer technischer Mittel zur Verbreitung von Werken. Gemeint sind die audiovisuellen Aufzeichnungen, Reprographie und das Satellitenfernsehen. Die Piratenüberfälle, die das „Videokassettengeschäft“ in den kapitalistischen Ländern auf Kunstwerte verübt, schmäleren sehr erheblich und in zunehmenden Maße die Interessen der Autoren. Wie die Diskussion zeigte, wird dieses Problem noch dadurch erschwert, daß auf die neuen Verwendungsarten für



Announce von "Kind des Friedens" in der "Santa Barbara News-Press". Die jungen Interpretinnen Christie Candler und Natasha Gromuschkina.

stark verändert worden. Das stimmt. Aber die Grundidee bleibt: Die Kunst, die Musik fördern das gegenseitige Verständnis der Völker und machen jedem einzelnen die Notwendigkeit klar, sich ebenfalls für den Frieden zu engagieren.

DAVID WOOLLCOMBE:
"Kind des Friedens" ist eine Musikphantasie über sowjetische und amerikanische Teenager, die sich miteinander



anfreunden und zusammenschließen, um zwischen der UdSSR und den USA eine feste Freundschaft und den Frieden herbeizuführen. Die Organisation "Kind des Friedens", deren Sitz in einem Vorort Washingtons liegt, will diesen Traum der Kinder Realität werden lassen und dazu unsere Aufführung in vielen, ja nach Möglichkeit in allen Ländern der Erde zeigen. Die Uraufführung fand in der Londoner "Royal Albert Hall" im Oktober 1981 statt. Unser von sowjetischen und amerikanischen Schulkindern gespieltes Musical hatte einen unglaublichen Erfolg. Die Idee des Friedens ist überaus anziehend, selbst

wenn sie von Kindern jener beiden Großmächte ausgeht, von denen es abhängt, ob der Himmel klar bleibt oder zu einem nuklearen Inferno zusammenstürzt.

Ein Auszug aus der Fernsehbrücke "Moskau-Minnesota", worin sich die Hände der Haupthelden Jennifer und Jegor dank den Errungenschaften der modernen TV-Technik "berühren", erschütterte die Zuschauer. Die Kinder befanden sich ja an den gegenüberliegenden Küsten des Ozeans.

Einander fest an den Händen haltend, traten amerikanische und sowjetische Kinder in 12 Städten der USA und in Vancouver (Kanada) vor, um sich zu verbeugen. Als die Zeit des Abschieds kam, zündeten sie Kerzen an und vereinbarten, erst mit dem Erlöschen des letzten Flämmchens auseinanderzugehen.

...VIEL GUTES ERLEBT, GEMEINSAME FREUDEN UND ÄRGERNISSE GEHABT...

Welche Ärgernisse meint Ella? Ich blätterte in einem ganzen Berg von Zeitungen, und alle brachten positive Rezensionen über die Auftritte der Kindertruppe.

Leider gab es Leute, denen die Initiative der Kinder nicht gefiel. Vor allem waren es die amtlichen US-Kreise. Auf dem abschließenden Konzert im Washingtoner Kennedy Center waren keine Vertreter der Administration anwesend. Laut UPI erklärte Steven Rain Smith von der USIA: "'Kind des Friedens' ist sowjetische Propaganda, und die darin enthaltene Aufforderung zur nuklearen Abrüstung stimmt mit den Ansichten der Regierung Reagan nicht überein."

Die US-Öffentlichkeit war über die empörende Haltung des New-Yorker Oberbürgermeisters Koch entrüstet.

JEGOR DRUSHININ (14 Jahre alt):

Unsere Gruppe wurde von Oberbürgermeister Koch eingeladen. Vor und nach diesem Treffen fanden wir überall eine sehr gute Aufnahme. Der Bürgermeister von Seattle erlaubte es sogar jedem von uns, sich an seinen Amtstisch zu setzen und einen amerikanischen OB zu "spielen". Hier aber wendete sich die Sache ganz überraschend. Erstens begriffen wir nicht gleich, daß der Mann in einem zerknüllten Oberhemd und mit Hosenträgern, der uns nicht über die Vortreppe gehen ließ, der Oberbürgermeister war. Irgendwie geheimnisvoll trug er das Blatt mit einer Ansprache an unsere Gruppe hinter seinem Rücken. Dann aber sprach er frei: "Wir sind keine Freunde. Ihr und wir, wir sind Feinde. Als Vertreter der rechtsorientierten Bevölkerung geniere ich mich nicht, euch das zu sagen."

Die Zeitung "Seattle Post-Intelligencer" schrieb empört: "Während eines Empfangs in New York beleidigte der Bürgermeister der Stadt, Edward Koch, die sowjetischen Schulkinder."

In einer Stadt sammelten die Einwohner 15 000 Unterschriften aus Protest

erke anwendbare Bestimmungen sowohl in den Gesetzen der meisten Länder als auch in den internationalen Konventionen fehlen.

Und noch ein wichtiges Problem: die Rolle der urheberrechtlichen Verbände. Das Gesetz mögen noch so gute und detaillierte urheberrechtliche Regelungen getroffen sein, dieses Recht droht zur reinen Fiktion zu werden, wenn es nicht real gesichert wird. Es wird eigentlich gerade von den Autorenverbänden wahrgenommen. Die Konferenzteilnehmer äußerten sich anerkennend über die Tätigkeit der Unionsagenten für Urheberrechte (WAAP) sowohl im Rechtswesen als auch bei der Ausdehnung des Austausches geistiger Werte zwischen der UdSSR und anderen Ländern. Die Anerkennung unserer größeren Autorität ist darin zum Ausdruck gekommen, daß Repräsentanten der WAAP in ständige Organe des CISAC gewählt worden sind.

Es wäre unrecht, in diesen Notizen über die Konferenz ungesagt zu lassen, daß sie in einem Land tagte, mit dem wir schon lange in engem geistigem Verkehr

stehen. Dieser hat nach der gesamteuropäischen Konferenz erneut einen machtvollen Impuls erfahren. In den vergangenen elf Jahren hat die WAAP mehr als 200 Kontrakte über die Herausgabe der Werke spanischer Schriftsteller in der UdSSR und sowjetischer Schriftsteller in Spanien geschlossen. In diesem Zeitraum sind die Direktverbindungen und der Austausch von Delegationen Kulturschaffender bedeutend reichhaltiger und vielseitiger geworden. Wir sind aber überzeugt, daß diese Kontakte noch viel umfassender sein könnten. Das haben wir spanischen Partnern gegenüber ganz offen gesagt. Hier ein Beispiel: Zwischen 1980 und 1986 schloß die WAAP 60 Kontrakte über die Herausgabe spanischer Schriftsteller in der UdSSR, aber nur 47 über die Herausgabe von Werken sowjetischer Autoren in Spanien. Unser Bücheraustausch könnte gewiß intensiver und ausgewogener sein.

Der 35. CISAC-Kongreß hat unter Beweis gestellt, daß die Urheberrechte in der Welt von heute eine sehr wichtige Rolle spielen. Sie stehen im Dienste der Verständigung und des Vertrauens.

gegen das ungehörige Verhalten Kochs. Die Amerikaner schämten sich einer solchen "Gastlichkeit" gegenüber den Friedensabgesandten aus der UdSSR.

In allen anderen Städten empfing man die sowjetischen Kinder mit Blumen, Luftballons und Transparenten. Den kleinen Künstlern schlossen sich Kinderchöre an, und so traten sie gemeinsam auf. Manchmal wurden die Mikros mitten auf den Flughäfen aufgestellt, und unsere kleinen Künstler gaben, kaum der Maschine entstiegen, ein Konzert aus dem Stegreif für diejenigen, die sie empfingen (eine Aufführung kann auf dem Flughafen selbstverständlich kaum ablaufen).

Neben 14 Aufführungen des Musicals "Kind des Friedens" gab es noch 10 Konzerte der Rock-Gruppe Stas Namins. Amerikanische und sowjetische Musiker spielten häufig gemeinsam auf derselben

Bühne, sie sangen von Frieden, Liebe und Freundschaft, griffen Melodien auf und sekundierten einander in englischer und russischer Sprache.

Die US-Reise war für unsere Künstler nicht nur eine berufsmäßige Bewährung. In allen Städten, wo sie auftraten, fanden auch Treffen, Diskussionen und Pressekonferenzen statt. Stets war "unsere Mama", wie die Kinder die Dolmetscherin Nadeshda Burowa nannten, an unserer Seite.

Nadeshda Burowa:

In der Regel hatten wir eine sehr wohlwollende Presse. Eine Ausnahme bildeten Reporter, die offensichtlich die Aufgabe hatten, unsere Kinder durch provokatorische Fragen zu verwirren, in eine peinliche Lage zu bringen und die Friedensmission zu kompromittieren.

Jegor Drushinin:

Auf der Pressekonferenz hörte ich eine

Frage, für die ich mich schämen mußte. Ein Journalist fragte grinsend, was wir Kinder von der amerikanischen Lebensweise mit nach Hause nehmen und was wir Amerika zum Mitnehmen aus der Sowjetunion empfehlen würden. Ich empfahl den Amerikanern, mehr von unserem Land zu wissen, denn immer wieder stießen wir auf völlige Unkenntnis der elementarsten Normen des Sozialismus, auf eine bis zum Lachhaften verzerrte Vorstellung von der UdSSR. Aber dem Journalisten ging es um etwas anderes, nämlich um Dinge mit dem Aufdruck "Made in USA", die es in der Sowjetunion nicht zu kaufen gibt. Er präziserte also seine Frage in diesem Sinne und bemitleidete uns, weil gewisse Waren uns, wie er beteuerte, in der Heimat schmerzlich fehlen müßten. Es war sonderbar, das von einem Erwachsenen zu hören, noch dazu auf einer Pressekonferenz, die unserer Reise, dem Frieden, der Festigung des Vertrauens zwischen der UdSSR und den USA gewidmet war. Leute wie er erzählen Märchen von Bären, die durch Leningrads Straßen spazieren gehen. Es war klar, daß jede Antwort falsch ausgelegt worden wäre. Ich mußte also die Wahrheit wiederholen: Das Ziel unseres Besuches seien nicht die amerikanischen Konsumgüter, wir kamen, um Friedensliebe und Wohlwollen anzubieten. Im Saal brodelte es.

Das Abzeichen "Kind des Friedens" wurde für viele Amerikaner damals zu einem Bekenntnis. Wie die Kinder erzählten, kam man in den Straßen auf sie zu, um ihnen die Hand zu schütteln und zu danken.

Die Karten zu den Aufführungen waren billig, damit möglichst viele Menschen Eingang fanden. Den ganzen Erlös überwiesen die sowjetischen und die amerikanischen Kinder an die Stiftung der Organisation "Kind des Friedens". Über den Kassen der Konzertsäle hingen Bekanntmachungen: "Zahle mehr, wenn du kannst und wenn du der Organisation 'Kind des Friedens' helfen willst."

Der bekannte amerikanische Schauspieler Paul Newman zahlte 50 000 und Armand Hammer 20 000 Dollar für eine Eintrittskarte. Eine junge Amerikanerin, deren Eltern ihr 25 000 Dollar für die Bildung zusammengespart hatten, überzeigte sie davon, dieses Geld der Organisation "Kind des Friedens" zu übergeben.

Ella Witjuk:

... Wir saßen im Kreise und hatten Angst zu atmen. Dann schworen wir, alle unsere Kräfte dem Kampf für den Frieden zu widmen und unbedingt wieder zusammenzukommen. Der Abschied war traurig... Als wir in Washingtoner Kennedy Center zum letztenmal spielten und auch zum letztenmal Abschied vom Publikum nahmen, konnte sich kaum jemand der Tränen enthalten.

A. BUDJONNY

"NEUE ZEIT" 45.86

PERSONALIEN



Botschafter der UdSSR in Sierra Leone

NOWOSSELZEW

Wladimir Stepanowitsch

W. S. Nowosselzew, Russe, geb. 11.6.1938 im Dorf Bolsche-Pestschanka, Rayon Nasywajewo, Gebiet Omsk. Absolvierte 1962 die Staatliche Universität "W. Kujbyschew" in Tomsk, 1974 — die Parteihochschule beim ZK der KPdSU und 1986 die Diplomatische Akademie beim Außenministerium der UdSSR. Dr. oec. Seit 1960 Mitglied der KPdSU.

Seine Laufbahn begann er 1955 als Schlosser in einer Maschinen- und Traktorenstation im Dorf Irtysch, Rayon Tscherlak, Gebiet Omsk. Seit 1959 Komsomol- und Parteifunktionär. 1963–1965 Abteilungsleiter im Gebietskomitee des Komsomol in Omsk. 1965–1972 Lektor in der Propagandaabteilung und Assistent des 1. Sekretärs des Gebietskomitees der KPdSU Omsk. 1974–1976 1. Sekretär des Perwomajski-Bezirkskomitees der KPdSU in Omsk, 1976–1978 Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU Omsk und von 1978 bis 1984 Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Omsk. W. S. Nowosselzew ist Träger staatlicher Auszeichnungen.



Botschafter der UdSSR in Libyen

AKOPOW

Pogos Semjonowitsch

P. S. Akopow, Armenier, geb. am 10. August 1926 im Dorf Kwemo Schwilissi, Rayon Achalziche, Grusinische SSR. Absolvierte 1945 die Fachschule für Eisenbahnverkehr in Tbilissi und arbeitete als Techniker für Nachrichtenwesen in Rustawi (Grusinische SSR). Nach Abschluß der Moskauer Staatlichen Hochschule für Wirtschaft 1951 arbeitete er in einer der Einrichtungen des Staatlichen Plankomitees der UdSSR. 1960 absolvierte er die Diplomatische Hochschule beim Außenministerium der UdSSR. Mitglied der KPdSU seit 1952. Von 1960 bis 1968 bekleidete er mehrere Posten im Zentralen Apparat des Außenministeriums der UdSSR und in seinen Auslandseinrichtungen. Von 1968 bis 1983 Berater und Gesandtschaftsrat an der Botschaft der UdSSR in Ägypten, stellvertretender Leiter der Nahostabteilung des Außenministeriums der UdSSR. Von 1983 bis 1986 — Botschafter der UdSSR in Kuwait.

P. S. Akopow wurde mit dem Rotbannerorden der Arbeit, dem Orden "Ehrenzeichen" und mit einer Medaille ausgezeichnet.

Viel wie noch nie schreibt die sowjetische Presse jetzt über die Mängel in Eurem Leben, besonders in der Wirtschaftstätigkeit. Konkrete Beispiele werden angeführt, Menschen genannt, die gegen das Gesetz verstoßen... Was ist also euer "Sowjetbürger" oder, wie Ihr immer schreibt, der "Mensch der neuen Welt" wert? Worin soll er sich von dem in der "alten" unterscheiden? Verstehen Sie denn nicht, daß der Mensch VON NATUR AUS unvollkommen und mit Verbraucherinstinkten behaftet, daß sein Verhalten letztendlich irrational ist!

L. FEILER
Bern, Schweiz



Es diskutiert
Dr. phil.
Leonid GOLOWANOW

Nein, Herr Feiler, wir haben einen anderen Standpunkt. Die Menschen sind Produkt der Verhältnisse und der Erziehung, und ihre menschlichen Eigenschaften sind, ob positiv oder negativ, nicht von der Natur determiniert, sondern durch das soziale Milieu, die Kultur und Geschichte bedingt. Die Frage ist schwierig und seit Jahrhunderten hitzig umstritten. Mit dem Standpunkt zu dieser Frage hängen ja zahlreiche Alltagsprobleme zusammen, von den Familiensorgen bis zu staatswichtigen Aufgaben. Wohl deshalb unternahm eine Gruppe schweizerischer Wissenschaftler vor einigen Jahren den Versuch, mit Hilfe eines Computers den Menschen des 21. Jahrhunderts zu modellieren. Das Bild fiel recht deprimierend aus: In 100 Jahren werden die Menschen größer und beliebter sein als der heutige "Durchschnitt" der Erde, werden einen großen Schädel, eine vorstehende Stirn und schlaffe Gliedmaßen, wenig Bewegung und untätige Hände haben. Aber der Charakter, das moralische Bewußtsein, die schöpferischen Fähigkeiten? All das blieb bei dem von Ihren Landsleuten aufgebauten mathematischen Modell außer Betracht, ebenso wie die Frage, ob der Mensch glücklicher sein wird. Aus dem Experiment wurde also der Mensch als solcher ausgeklammert. Das Ganze lief auf äußere, beschreibende Charakteristiken hinaus, das Wesen aber blieb unbeachtet. Vielleicht weil es für die Autoren dieses Modells unklar war? Oder weil sie von etwas ein für allemal Gegebenem ausgingen, was

auch aus Ihrem Schreiben herauszuhören ist? Unser berühmter Denker Alexander Herzen schrieb aber vor mehr als 100 Jahren, als er in Ihrem Land in der Emigration leben mußte: "Die Soziologie wird den Menschen aus der Anatomie heraus- und der Geschichte wieder zuführen."

Es wäre kurzichtig, hinter dem Menschen sein Milieu und seine Geschichte nicht zu sehen. Sein Hintergrund ist die menschliche Welt. Es ist die Dialektik des Lebens, daß die Menschen, die diese Welt bilden, von ihr ebenfalls gebildet werden. Empfinden Sie das als Schweizer denn nicht? Fühlen Sie sich denn nicht zu einer bestimmten Kultur mit ihrer Eigenart und spezifischen Tradition, ihren bestimmten ethischen und ästhetischen Werten, nationalen Neigungen, politischen Imperativen usw. gehörig?

Auch Rußland hat der Welt Menschen von einem bestimmten Schlag gegeben. Das bedeutet nichts Erstarrtes, Unbewegliches. Die Verhältnisse änderten sich und mit ihnen die Menschen. Unsere Oktoberrevolution bedeutete einen kardinalen Einschnitt. Die Behauptung der neuen Gesellschaftsordnung brachte einen Menschen hervor, der Träger neuer Eigenschaften, eines neuen Systems von Werten ist. Das Wort "sowjetisch" betont für uns dieses Neue, das sich vor allem in früher unbekannten Normen des sozialen Lebens, in einer in Ausmaß und Inhalt einzigartigen Aufbautätigkeit offenbart. Die Sowjetmacht brachte den Menschen die Freiheit von der Mentalität des Privateigentums, von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung und gab ihnen, was besonders wichtig ist, beispiellose Möglichkeiten, die eigenen Kräfte und Fähigkeiten zu entfalten.

Betrachten Sie die Geschichte der UdSSR nach der Oktoberrevolution unvoreingenommen, und Sie werden zugeben müssen, daß unser Land den riesigen Sprung von einer wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit zum heutigen Entwicklungsstand dank den einträchtigen Anstrengungen von Millionen Menschen vollziehen konnte, weil sie nicht nur große Fähigkeiten, sondern auch einen enormen Enthusiasmus an den Tag legten.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Da Sie die Entwicklung in unserem Lande verfolgen, sind Dnepr-Kraftwerk, Magnitogorsk, Komsmolsk, Kusnezsk-Becken, Uralmasch, die Geschichte der "Tscheljuskin", die Tschkalow- und die Stachanow-Bewegung Ihnen sicherlich ein Begriff. All das sind eindrucksvolle Kapitel unserer Geschichte, aber auch ein Sinnbild für die besten Eigenschaften des Sowjetbürgers. 1931 schrieb Romain Rolland nach einem Besuch in der UdSSR: "Dieses Land hat nicht nur riesige Betriebe und Maschinen erschaffen. Es hat auch — und das ist, glaube ich, am erhabensten und schönsten — Tausende neue Menschen erschaffen, ganze Generationen kühner, gesunder, frischer, uneigennütziger Menschen, die vom heißen Glauben an die neue Welt bewegt und bewogen sind."

Offenbar wissen Sie, welchen Schaden uns die Hitleraggression zufügte: Im Krieg 1941—1945 verloren wir 10 Prozent der Bevölkerung und 30 Prozent des nationalen Reichtums. Im Westen beteuerten viele Experten, die Wiederherstellung der sowjetischen Wirtschaft werde Jahrzehnte dauern. In Wirklichkeit waren es Jahre.

Wir sagen nicht, bei uns wäre alles ideal. Wenn Ihre Aufmerksamkeit, Herr Feiler, hauptsächlich den kritischen Materialien unserer Presse gilt, sollten Sie zumindest unterscheiden, was, von wem und um welches Ziel es kritisiert wird. Der Arbeiter geißelt Nichtstuer, Schieber und Veruntreuer des gesellschaftlichen Eigentums; der Wissenschaftler tritt gegen Bürokraten auf, die eine wertvolle Erfindung schmoren lassen; die Hausfrau nimmt die unvollkommene Dienstleistungsversorgung unter die Lupe, usw. Alle unsere Presseorgane haben die Rubrik "Stellungnahme zu unserem Signal". Darin antworten leitende Funktionäre auf die strengen Fragen der Werktätigen, die sich als wahre Herren ihres Landes empfinden. Indem die Sowjetbürger Mängel und Versäumnisse bekämpfen, Fehler verbessern (nur wer nichts tut, irrt sich bekanntlich nicht) und das Erreichte vervollkommen, bilden sie weiterhin auch sich selbst. In unserer Gesellschaft, die nicht dem Eigennutz und Profit lebt, die vielmehr die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit zum Ziel hat, bedeutet jeder Schritt vorwärts in Wirtschaft und Kultur auch eine neue Höhe des Faktors Mensch, der immer vollkommener wird.

Die Argumente Andrej Sokolows

Noch haben sich die Leidenschaften um das faszinierende Duell Kasparow-Karpow nicht gelegt, die Schachwelt aber fiebert bereits neuen Schlachten um den Weltmeistertitel entgegen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des königlichen Spiels steht der 23jährige Moskauer Andrej Sokolow...

Im Herbst 1987 wird Garri Kasparow den Weltmeistertitel verteidigen müssen. Für das Recht, den Titelverteidiger herausfordern zu dürfen, werden im Februar in Linares (Spanien) der Ex-Champion, der bei dem Revanchespiel verlor, und der Sieger einer zweijährigen Auswahlrunde in einem stark beachteten Match aufeinandertreffen.

Über Karpow wurde bereits viel gesagt. Zehn Jahre triumphaler Siege bei größten Wettkämpfen. Weder diese Erfolge noch die Erfahrungen oder sein Alter (35 Jahre sind nicht so viel) und auch nicht sein Kämpfercharakter erlauben ihm, sich mit dem zweiten Rang im Wertschach abzufinden. Seine Möglichkeiten kennt er, sie kennen auch andere.

Doch welch geheimnisvolle Figur ist sein Gegner?

Eigentlich ist Andrej Sokolow kein Neuling in der Schacharena. Eine Aufzählung seiner Siege ist beeindruckend. 1982 wurde er Weltmeister der Junioren, 1984 gewann er die UdSSR-Meisterschaft der Erwachsenen...

Doch es kam so — wohl vor allem, weil er nicht stabil auftrat. Seine Ergebnisse begeistern mal, dann rufen sie Bestürzung oder Streit hervor. Glänzende Siege wechseln mit unerklärlichen Niederlagen, schöpfe-

rische Höhenflüge mit jähem Fall. Doch was bemerkenswert ist, die für ihn wichtigsten Wettkämpfe gewinnt Sokolow, wobei er die Propheten und Skeptiker immer wieder verwirrt.

Niemand hatte von dem Debütanten des Anwärterturlers in der französischen Stadt Montpellier hohe Ergebnisse erwartet — zu bekannt waren die dort Auftretenden und zudem schien Sokolow kein sonderliches Glück zu haben. Doch im Finish war Sokolow irgendwie unbemerkt unter die Sieger geraten.

Fast alle hatten ihm eine unweigerliche Niederlage im Halbfinale des Anwärterturlers gegen den erfahrenen Rafael Waganian prophezeit, Andrej aber siegte mit 6:2.

Und schließlich hatten sich im Finale die Sympathien der Öffentlichkeit klar Artur Jussupow zugeneigt. Um so mehr, da der willensstarke Großmeister fast während des gesamten Wettkampfes in Führung lag. Doch im Finish geschah das Unerwartete — Sokolow, der drei Partien hintereinander für sich entschied, errang den ersehnten Sieg.

Wenn es zwischen diesen bedeutenden Erfolgen nicht mehr als bescheidene Ergebnisse in einigen anderen, nicht so wichtigen Wettkämpfen gegeben hätte oder wenn sich die Erfolge, sozusagen gesetzmäßig, bei besagtem Turnier oder Match eingestellt hätten, würden sie allgemeinen Beifall finden. Doch auch skeptische Stimmen werden laut. "Er hat Glück", behaupten die einen. Mit dem "Elan der Jugend" suchen das andere zu erklären. Doch bekannt ist, daß man schlecht zufällig eine Partie spielen kann, zufällig aber bei einem



großen Wettkampf, zu dem noch nicht in einem, sondern in mehreren Wettkämpfen zu siegen — das gibt es einfach nicht. Das muß irgendwie begründet werden. Und hier sollte man auf Großmeister Sergej Makarytschew hören, der Andrej seit langem gut kennt:

"Sokolow gehört zu den wenigen Schachspielern, für die Glück gleichsam ein natürlicher Bestandteil des sportlichen Stils ist, doch diesem Glück liegen Kaltblütigkeit und Optimismus zugrunde."

"Sokolow zeichnen gute Nerven und Selbstsicherheit aus", fügt Schachtrainer Mark Dworezki hinzu. "Mit solchen Eigenschaften kann man in schwierigen Situationen siegen."

Andrejs Schachstil ist originell. Er hat sich natürlich noch nicht endgültig formiert und entwickelt sich schnell, doch sowohl die Logik seiner Pläne als auch deren organischer Charakter sind auffallend. So-

kolow sind ein feines Positionsgespür eigen, die Fähigkeit, sowohl kühn anzugreifen als auch sich geschickt zu verteidigen. Und das, obwohl gerade die Schärfe des Eröffnungsrepertoires und der offensive Charakter seiner Pläne für Andrejs Spielmanier wohl am charakteristischsten sind.

Andrej ist eine Frohnatur. Er ist gern mit seinen Freunden zusammen, singt zur Gitarre. Doch wer ihn näher kennt, bemerkt auch, daß er in sich selbst vertieft ist, und seine komplizierte Willensstruktur. "Sein Nervensystem und seine Durchschlagskraft sind sehr stark", räumt Weltmeister Garri Kasparow ein. "Andrej hat einen sportlichen Charakter", sagt Anatoli Karpow über ihn, und aus seinem Mund ist dies das größte Lob, um so mehr, da er auch sagte: "Mir steht eine Begegnung mit einem ersten Rivalen bevor."

M. TAIMANOW
internationaler Großmeister
Foto: APN

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Die Nacht
ist im Osten
aufgeschlagen.
Der Morgen
hebt seine Strahlen-
hände.
Podwoiski,
müde,
besteigt den Wagen:
„Schluß...
zum Smolny,
das Stück ist zu Ende.“

**Wladimir
Majakowski**

In jener Nacht zum
25. Oktober (7. Novem-
ber) 1917 erstürmten die
Rotgardisten nach einem
Schuß der „Aurora“ den
Winterpalast, die letzte
Zuflucht der Provisorischen
Regierung. Dem Revolu-
tionären Militärkomitee von
Petrograd stand der Bol-
schewik Nikolai Podwoiski
vor.

Die Jahre vor der Okto-
berrevolution waren für
ihn eine lange Kette von

Verhaftungen und Gefäng-
nissen. Nach einem Mee-
ting wurde er von der Po-
lizei bestialisch verprügelt,
dann, verwundet, zu Hause
festgenommen und auf
einer Trage ins Gefängnis-
spital eingeliefert. Die
Ärzte fällten ihr eigenes
Urteil: Der Mann würde
nie aufstehen. So entließ
man Podwoiski in den
Tod. Er aber überwand
sein Leiden und kämpfte
weiter.

In der Gefängniszelle
studierte Podwoiski die
Militärwissenschaft. Er be-
griff: Bald würde man eine
Arbeiter- und Bauernarmee
brauchen. Nach der Revo-
lution wurde er Volkskom-
missar für militärische An-
gelegenheiten der RSFSR
und Vorsitzender des Ge-
samtrussischen Kollegiums
zur Organisation und For-
mierung der Roten Armee.
Er schrieb: „Nichts und
niemand wird mich besie-
gen, weil ich Lenins Schü-
ler bin, Lenin verstehe,
seinen Weg gehe und be-
müht bin, bei der Arbeit
seine Methoden anzuwen-
den.“

In Jaroslawl, wo sein
revolutionärer Weg be-
gann, wird der Film „Niko-
lai Podwoiski“ gedreht.
Die Gestalt dieses Solda-
ten der Revolution soll
den Menschen von heute
nähergebracht werden.



SOLDAT DER REVOLUTION



- 1918, Bürgerkrieg, Front.
- Nikolai Podwoiski 1934.
- Bild aus dem künftigen Film. Der junge Schauspieler Wladimir Antonik als Podwoiski.

Fotos: aus dem Archiv Nina Podwoiskajas (Tochter Nikolai Podwoiskis) und von V. Kusin



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

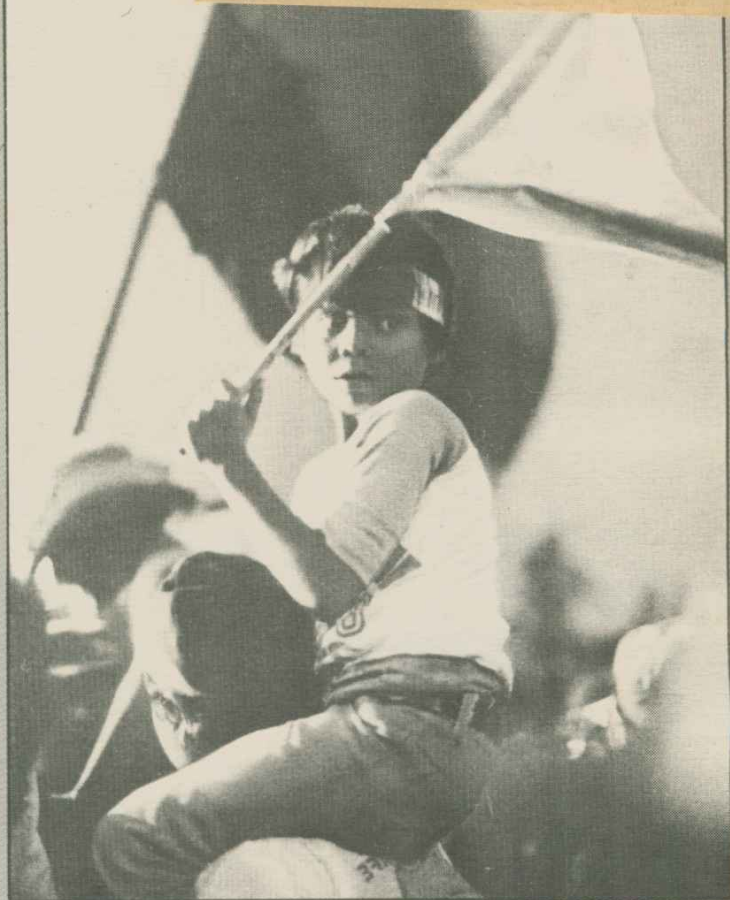
„JAHR
DES FRIEDENS“



Aufnahmen
von Wladimir
WJATKIN
(UdSSR)

Vati verteidigt
die Revolution

Junger
Sandinist



Aus dem Zyklus „Nikaraguas Kinder“